



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Emotionen in der Europapolitik der beiden polnischen
Parteien PiS und PO im Spiegel ausgewählter Medien“

Verfasserin

Evelyne Kolnberger

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, im November 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 243 / 375

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Slawistik / Polnisch

Betreuer:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Alois Woldan

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei Univ.-Prof. Mag. Dr. Alois Woldan bedanken, der mich während meiner Diplomarbeit betreut und unterstützt hat.

Großen Dank möchte ich meinem Verlobten Michael für die starke Motivation und meinen Eltern, für ihre finanzielle Unterstützung aussprechen.

Weiterer Dank für gute Ratschläge in schwierigen Zeiten gebührt meinen Freundinnen Chrissi, Erika und Andrea.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Die Weitschichtigkeit des Begriffs „Europa“ und seine Relevanz für diese Arbeit....	3
3. Polens Verortung in Europa	5
3. 1. Geschichtlicher Hintergrund.....	5
3. 2. Polen und die EU – Kritikpunkte.....	10
3. 3. Polen zwischen Nationalismus und Integration.....	11
3. 4. EU - Gesamteuropäische und globale Kritikpunkte	15
4. Charakterisierung der beiden polnischen Parteien PiS und PO.....	16
4. 1. Die polnische Parteienlandschaft im Überblick.....	17
4. 2. PiS – <i>Prawo i Sprawiedliwość</i> (Recht und Gerechtigkeit)	18
4. 2. 1. Die Entstehung der PiS	18
4. 2. 2. Die Parteiideologie und Wählerschaft der PiS	20
4. 2. 3. Die Europapolitik der PiS	24
4. 3. PO – <i>Platforma Obywatelska</i> (Bürgerplattform).....	28
4. 3. 1. Die Entstehung der PO	28
4. 3. 2. Die Parteiideologie und Wählerschaft der PO	29
4. 3. 3. Die Europapolitik der PO	30
5. Die Relevanz der Medien für Politik und Gesellschaft	34
5. 1. Zur Problematik der Meinungsbeeinflussung durch Medien	34
5. 2. Zur Rolle von Kommunikatoren und Rezipienten.....	35
5. 3. Die Beziehung zwischen Politik und Medien.....	36
6. Die polnische Zeitungs-/Zeitschriftenlandschaft.....	37
7. Methodischer Hintergrund	37
7. 1. Text und Diskurs.....	38
7. 2. Diskurs und Wirklichkeit.....	40
7. 3. Diskurs und Macht.....	41
7. 4. Begriffsabklärung: Diskursanalyse (DA) – Kritische Diskursanalyse (KDA).....	42
7. 4. 1. Kritische Diskursanalyse (KDA)	42
7. 4. 2. Die KDA nach Jäger und ihre Anwendung in der vorliegenden Arbeit	43
7. 5. Theoretischer Ablauf der Analyse	46
7. 5. 1. Vorbereitende Tätigkeiten für die Analyse.....	46

7. 5. 2. Ablauf der Analyse ausgewählter Diskursfragmente	46
8. Empirischer Teil.....	47
8. 1. Untersuchungsgegenstand und -zeitraum der empirischen Analyse.....	47
8. 2. Hypothesen und Fragestellungen	47
8. 3. Zusammenstellung des Materialcorpus	48
8. 3. 1. Die Textstruktur der Artikel	49
8. 3. 2. Die Textfunktion der Artikel.....	50
8. 4. Charakterisierung der analysierten Zeitschrift „ <i>Wprost</i> “	50
8. 5. Charakterisierung der analysierten Zeitschrift „ <i>Polityka</i> “	51
8. 6. Einteilung in Themen und Unterthemen (Strukturanalyse)	52
8. 6. 1. Strukturanalyse von „ <i>Wprost</i> “	53
8. 6. 2. Strukturanalyse von „ <i>Polityka</i> “	53
8. 7. Analyseergebnisse	54
8. 7. 1. Anmerkungen zur Interpretation	54
8. 7. 2. Probleme der Interpretation.....	55
8. 7. 3. Analyseergebnisse „ <i>Wprost</i> “	55
8. 7. 4. Analyseergebnisse „ <i>Polityka</i> “	85
8. 7. 5. Vergleich der Ergebnisse	109
9. Zusammenfassung in deutscher Sprache	110
10. Zusammenfassung in polnischer Sprache.....	120
11. Bibliographie.....	131
11. 1. Primärquellen	131
11. 2. Sekundärquellen	131
11. 3. Nachschlagewerke.....	134

1. Einleitung

Seit 1. Mai 2004 ist Polen Mitglied der Europäischen Union und gehört somit zum „neuen“ vereinten Europa. Aber auch vor diesem Schritt hatte Polen seinen Platz in Europa inne. Denn Europa definiert sich nicht allein über die Europäische Union, es wäre falsch dies anzunehmen. Europa geht über den Rahmen der EU hinaus, aber was ist Europa noch? Europa wird als geographische Größe betrachtet. Es ist aber vielleicht auch eine kulturelle, politische oder ökonomische Einheit. Europa setzt sich aus vielen Einzelstaaten zusammen, die alle ihre individuellen kulturellen, ökonomischen und politischen Eigenheiten in dieses Europa einbringen. Es sind aus der Geschichte und Kultur des jeweiligen Landes erwachsene Charakteristika, die dieses Land von den anderen Staaten Europas unterscheiden. Zudem können diese Unterschiede beträchtlich sein und können, müssen aber nicht unbedingt, ein Problem darstellen. Darüber hinaus wird die oft bereichernde Wirkung, die kulturelle Differenzen auf andere Länder sowie deren Kulturen ausüben, oft unterschätzt. Manchmal mangelt es der „interstaatlichen Verständigung“ einfach an guter Kommunikation. Dabei müssten diese Länder auch ihr Nationalstaat-Denken relativieren und sich auf das Wagnis eines „gemeinsamen Europa“ mit all seinen Vor- und Nachzügen einlassen (wollen). Doch wie weit muss sich ein Land, das zu diesem Europa gehört, an die anderen Staaten dieses Europa anpassen? Wie funktioniert eine solche „Angleichung“ und funktioniert sie überhaupt? Welche Emotionen kommen während dieses Prozesses beim gesellschaftlichen Individuum hoch und wie ist es einem „gemeinsamen Europa“ gegenüber eingestellt? Werden diese Emotionen in weiterer Folge von den Machteliten eines Landes instrumentalisiert und nutzbringend für „ihre“ Politik eingesetzt? Wenn ja, wie?

Auf viele der hier angeführten Fragen gibt es keine eindeutige Antwort. Das „gemeinsame Europa“ lässt sich als ein Projekt bezeichnen, das noch in seiner Entwicklungsphase steckt. Die vorliegende Arbeit kann, aufgrund ihrer speziellen Fragestellung, nicht tiefgehender auf die „europäische Frage“, obgleich sie äußerst interessant ist, eingehen. Sie beleuchtet diese durchaus problematische Thematik aus der polnischen Perspektive. Zwei polnische Medien, zwei polnische Parteien und ein Auszug aus dem allgemeinen gegenwärtigen europäisch-polnischen Diskurs bilden dabei diese Perspektive. Zu beachten ist hierbei, dass die bisher erschienene Anzahl an Publikationen zur polni-

schen Europa- bzw. Finalitätsthematik¹ rar ist, was unter anderem am sehr kurzen Zeitraum der aktiven Partizipation am Europa- bzw. EU-politischen Geschehen liegt (Beitritt Polens zur EU im Mai 2004!).

Dass es erst so wenige Arbeiten zu dieser Thematik gibt, liegt wie bereits erwähnt am kurzen Zeitraum der Relevanz dieser Thematik, aber impliziterweise auch an dem Umstand, dass diese Thematik im politischen Leben der Machteliten lange kaum eine bzw. nur eine kleine Rolle spielte: „Ein nicht zu vernachlässigender Faktor ist so der Umstand, dass Polen bis vor kurzem die EU lediglich aus der Außenperspektive erfahren konnte [...]“ (Münch 2007: 60).

Um der unausweichlichen Mehrdeutigkeit des Begriffs der „Europapolitik“ etwas entgegenzuwirken, soll im Folgenden dieser Begriff speziell auf die vorliegende Arbeit hin abgegrenzt werden. Denn fast genauso weitschichtig wie der Begriff „Europa“ lässt sich auch der Begriff „Europapolitik“ auslegen. Würde man die Europapolitik institutionell definieren, könnte man sie mit der Europäischen Union gleichsetzen. Möchte man sie hingegen aus geografischer oder kultureller Perspektive betrachten, geht sie über den Rahmen der Europäischen Union hinaus (vgl. Münch 2007: 14-15).

Diese Arbeit beschäftigt sich, basierend auf den Ergebnissen der empirischen Analyse, die hauptsächlich auf EU-spezifischen Problematiken beruhen, mit Erscheinungen, die vorwiegend auf der EU-Ebene auftreten/aufgetreten sind. In den Worten von Holger Münch zusammengefasst:

Mit Europapolitik wären demnach die Prozesse der gemeinsamen und individuellen Entscheidungsfindung im Hinblick auf die inneren und äußeren Aktivitäten und die Entwicklung des Institutionengefüges der EU und ihren Wechselwirkungen mit der mitgliedstaatlichen Ebene einerseits und der internationalen Ebene andererseits sowie der gesellschaftlichen Bedingungen dieser Prozesse gemeint (Münch 2007: 15).

So schreibt auch Holger Münch, der die Leitbilder und Grundverständnisse der polnischen Europapolitik herausgearbeitet hat und zu den Pionieren auf diesem Gebiet gezählt werden kann, dass nur eine verschwindend geringe Anzahl an Publikationen über die polnische Finalitätsproblematik und damit verbundenen parteispezifischen Finalitätspositionen existiert (vgl. Münch 2007: 12).

¹ Die Finalitätsdebatte beschäftigt sich mit Finalitätsvorstellungen, deren Ziel es ist, eine angestrebte zukünftige Ordnung Europas bzw. der EU herauszuarbeiten (vgl. Münch 2007: 23).

Ausgehend von der Hauptthese, dass die beiden Wochenzeitschriften „*Wprost*“ und „*Polityka*“ unterschiedliche europapolitische Einstellungen vermitteln und sich diese an den europapolitischen Haltungen der beiden polnischen Parteien PiS und PO orientieren, sollten diese Unterschiede freigelegt werden. Alle für diese Arbeit relevanten Hypothesen und Fragestellungen sind in Kapitel 8. 2. beschrieben. Untersucht wurde ein Zeitraum von fast drei Jahren. Aufgrund des Heranziehens diskursspezifischer, aktueller Literatur sollte es ermöglicht werden, die Analyseergebnisse im Spiegel des wissenschaftlichen Diskurses zu dieser Thematik zu vergleichen und die aufgestellten Thesen entweder falsifizieren oder verifizieren zu können.

2. Die Weitschichtigkeit des Begriffs „Europa“ und seine Relevanz für diese Arbeit

Viele verbinden mit Europa (ähnlich wie bei den USA) den Zusammenschluss von Staaten zur Europäischen Union. Aber diese Union ist lange nicht das Einzige, was Europa ausmacht. Im folgenden Kapitel soll auf diesen vieldeutigen Begriff „Europa“ in Bezug auf seine Herkunft und seine Bedeutung eingegangen werden.

Man vermutet, dass das Wort „Europa“ aus dem Semitischen „ereb“ (dunkel) abstammt. Es ist ein Begriff für die entgegengesetzte Himmelsrichtung der aufgehenden Sonne, die im Semitischen mit „asu“ (Asien) bezeichnet wurde. Mit dem Fortschritt der Zeit veränderte sich der Begriff „Europa“ und war nunmehr bestimmend für die Abgrenzung gegenüber anderen Gebieten, in denen andere kulturelle und politische Verhältnisse herrschten. Während der römischen Antike bezeichnete der „Okzident“ (Sonnenuntergang oder Westen) die westliche Welt, ausgehend von Italien. Später breitete sich die Reichweite des Begriffs auf den gesamten christlichen Kulturkreis aus. In der deutschen Sprache wurde dafür das Synonym „Abendland“ eingeführt (das Gegenteil dazu „Orient“ – „Morgenland“) (vgl. Boden 1998: 10).

Die Geschichte Europas ist nicht zu beschränken auf die Geschichte eines einheitlichen Kontinents oder der Geschichte von Einzelstaaten, sie ist vielmehr ein Produkt von einzelstaatlichen und sich gegenseitig beeinflussenden Ereignissen und Entwicklungen. Die Basis der europäischen Identität bildeten dabei das in der Antike geschaffene Menschenbild und das römische Bürgerrecht. Nach dem Untergang des römischen Weltreiches teilte sich Europa in die germanischen Stämme mit einer universalen Reichsidee im Westen und ein von der Antike geprägtes Byzanz im Osten. Als Konstantinopel die

muslimisch-osmanische Eroberung erfuhr, vergrößerten sich die Unterschiede, was zu einer Verlagerung des Zentrums von Europa nach Westen führte. Aufgrund der verbindenden kulturellen, religiösen und politischen Eigenschaften bildete sich die spezifische europäische Bevölkerung heraus. Als zentraler Anhaltspunkt war hierbei die damalige Verbindung des christlichen Glaubens mit staatlicher Gewalt. Die römische Kirche bildete damals die Basis der europäischen Identität, die sich in zahlreichen gemeinsamen Kreuzzügen manifestierte. Auch nach der wesentlichen Zäsur der Reformation in der Kircheneinheit existierte der kulturelle Zusammenhang weiterhin. In der Zeit des Humanismus und der Renaissance griffen die Europäer auf die weltliche Lebensgestaltung der vorchristlichen Antike zurück. Weiterentwicklungen wie wissenschaftlicher Fortschritt, technischer Fortschritt, Trennung von Kirche und Staat, Aufklärung, Einführung der Demokratie und Schutz der Menschenrechte bildeten die wesentliche Grundlage eines europäischen Bewusstseins in jüngerer Vergangenheit. Die Idee einer europäischen politischen Einheit existierte unter Philosophen und Literaten bereits im Mittelalter. Bis zu ihrer Verwirklichung mussten allerdings einige Jahrhunderte vergehen. In jüngster Geschichte und vor der Entstehung dieses geeinten Europas musste dieses allerdings noch die verheerenden Folgen zweier Weltkriege überstehen (vgl. Boden 1998: 10-11).

Alle diese erwähnten Schritte der „europäischen Entwicklung“ spielen immer wieder auf eine kollektive europäische Identität an. Dabei ist zu beachten, dass diese kollektive Identität nicht über Generationen hinweg gleich bleibt, sondern einem steten Wandel unterzogen ist (vgl. Adamczyk / Gostmann 2007: 11).

Adamczyk und Gostmann schreiben in Bezug dazu: „Die qualitative Identität eines Kollektivs ist demnach nichts, das sich, einmal bestimmt, unverändert in der Zeit kontinuierlich ließe, sondern unterliegt einem permanenten Konstruktionsprozess [...]“ (Adamczyk / Gostmann 2007: 11).

Anzumerken ist hier auch, dass „Europa“ ungefähr über vierzig Jahre hinweg nur die wirtschaftlich und gesellschaftlich besonders gut entwickelten Staaten bezeichnete. Unter „Europa“ verstand man vorwiegend Institutionen wie „Europarat“ oder „Europäische Gemeinschaft“, die alle Teile des westlichen Europa waren. Der „Ostblock“ schaffte es immer nur für kurze Zeit (durch größere politische Ereignisse) von „Europa“ beachtet zu werden (Polen zum Beispiel in den Jahren 1970 und 1981) (vgl. Frącz 2006: 41-42). Dieses Erbe lastet schwer auf den neuen EU-Mitgliedsstaaten und darf nicht außer Acht gelassen werden.

3. Polens Verortung in Europa

3. 1. Geschichtlicher Hintergrund

Um die heutige Rolle, die Polen in Europa spielt, besser verstehen zu können, ist es notwendig, die europäische Verankerung Polens auch aus historischer Perspektive zu betrachten. Diese Arbeit beschränkt dabei die historischen Ausführungen auf das Minimum, da aufgrund der gewählten Thematik eine ausführliche Schilderung des geschichtlichen Hintergrundes den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Im Folgenden werden vorwiegend Geschehnisse erwähnt, die es ermöglichen, sich ein ungefähres Bild von einem Polen in Europa, ausgehend vom Ende des 18. Jahrhunderts, zu machen. Dieses Bild soll helfen sich der Rolle, die Polen im heutigen Europa spielt, bewusster zu werden.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde die polnische Staatlichkeit „zerstört“ und konnte erst wieder im Oktober 1918 proklamiert werden. In diesem Zeitraum hatte Polen keinen Platz auf der Landkarte, es existierte nicht. Auch die Staatsmänner der Großmächte sahen dies so, obwohl sie die Polen, auch ohne eigenen Staat, als Gefahr einschätzten. Trotzdem brachten die Polen ihnen, gemäß dem Grundsatz, dass der Nachbar dein Gegner sei und der Nachbar des Nachbarn dein Partner, eine Möglichkeit zur gegenseitigen Annäherung (Russland und Preußen bzw. Russland und das Deutsche Reich). Eine solche Annäherung war nur mit Hilfe der dazwischenstehenden polnischen „Querulanten“ (entsprechend dem vorhergehend erwähnten Grundsatz) möglich. Mit Ausklingen des 19. Jahrhunderts änderte sich dies jedoch. Russland und Deutschland wurden zu Gegnern. Partner waren nun Russland und Frankreich, am Anfang des nächsten Jahrhunderts kam auch noch Großbritannien dazu (vgl. Holzer 2007: 7-8).

Die Polen, die keinen eigenen Staat für sich beanspruchen durften, sahen ihre Identität deswegen nicht gefährdet. Sie konzentrierten sich auf ihre kulturellen, konfessionellen und sprachlichen Eigenheiten, selbst wenn sie unter ärmlichsten Verhältnissen leben mussten. Ob die Polen sich als Europäer sahen, ist nicht einfach zu sagen. Überhaupt ist es schwierig, ein Volk, eine Gruppe oder ein Individuum als Europäer zu definieren. Was bedeutete es damals Europäer zu sein? (Was bedeutet es heute?) Was bedeutete es europäisch zu sein – wurde „europäisch“ automatisch mit wirtschaftlich und gesellschaftlich „entwickelt“ gleichgesetzt? Trotzdem kann gesagt werden, dass sich die polnischen Eliten am Westen orientierten, oder dass sie selbst zumindest dieses Gefühl

hatten. Aber auch der Westen war nicht so „europäisch“, wie er schien, besonders in den südlichen und östlichen Randgebieten (zum Beispiel konnten in Süditalien auch noch nicht alle Menschen lesen und schreiben). Aber nicht nur polnische Eliten blickten nach Westen, immer mehr Polen selbst wandten dem Osten den Rücken zu und emigrierten in den Westen um dort zu arbeiten. Zumeist waren dies Analphabeten, die im Westen zur Stereotypenbildung des „rückständigen Polen“ beitrugen (vgl. Holzer 2007: 9-11).

In den Jahren zwischen 1870 und 1914 wanderten aus allen drei Teilungsgebieten jeweils über eine Million Einwohner aus (vgl. Jaworski / Lübke / Müller 2000: 278-279). Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bildete sich der polnische Sozialismus heraus, der nach Westen gerichtet und demokratisch war. Die Sozialisten waren in zwei Gruppen geteilt. Jerzy Holzer spricht hierbei von einer europäischen Dichotomie, die bis heute Gültigkeit hat: Ein Teil der Sozialisten war der Ansicht, dass der Weg zu einem vereinten Europa über den Nationalstaat führt, der andere Teil der Sozialisten war entgegengesetzter Ansicht. Beide Gruppen aber gehörten der (fast nur aus europäischen Sozialisten bestehenden) Internationale an (vgl. Holzer 2007: 12-13).

Die nächste große politische Bewegung war der Nationalismus, eine Ideologie, die auf dem ganzen europäischen Kontinent anzutreffen war: alle anderen Staaten wurden genau ins Visier genommen und in Gegner, Freunde und neutrale Mächte eingeteilt. Der Nationalist sieht das Volk und nicht die Europäer als Gemeinschaft. Auch die polnischen Nationalisten dachten in diesen Kategorien. Roman Dmowski² war der Ansicht, dass besonders die Deutschen den Polen hinderlich wären, da deren Wirtschaft sich gut entwickelte und sie über eine ausgeprägte Hoch- und Massenkultur verfügten. Die Russen hingegen erklärte Roman Dmowski zu „Partnern“. Den polnischen Nationalismus bekamen aber nicht diese großen Mächte zu spüren, sondern vor allem Minderheiten: Juden und Ukrainer (vgl. Holzer 2007: 14).

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurden die polnischen Territorien zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland aufgeteilt. Somit stellten sich die Polen die Frage, wohin sie sich orientieren sollten – die nach Unabhängigkeit strebenden Sozialisten,

² Roman Dmowski (1864 – 1939) - Politiker der Zwischenkriegszeit, Antisemit, Gegner der Deutschen; wichtigste Schlüsselfigur des polnischen Nationalismus; gründete einige nationalistisch ausgerichtete polnische Parteien; 1919 machte er sich auf der Pariser Friedenskonferenz für ein großes Polen stark. Seine Sicht der Nationaldemokratie, poln. *Narodowa Demokracja* (ND) oder auch *endecja* genannt legte großes Gewicht auf Werte wie Nation, Volk, Katholizismus, auf den Stolz auf die Größe und Besonderheit Polens sowie auf die Befürwortung autoritärer Regierungsformen. Abgelehnt wurden hingegen nationale Minderheiten und „Andersgläubige“ (vgl. Vetter 2008: 58).

Teile der Liberalen und Nationalisten und der Großteil der galizischen Politiker entschieden sich für Österreich-Ungarn. Nur unter wenigen fiel die Wahl auf Russland. Józef Piłsudski³ bereitete polnische Kader ab 1910 sogar auf einen bewaffneten Kampf gegen Russland vor, für den er jedoch die Unterstützung von Österreich-Ungarn und Deutschland, das jedoch bereits jahrelang eine antipolnische Politik führte, brauchte (vgl. Holzer 2007: 14-15).

Roman Dmowski vertrat dabei die sogenannte „Piastische Ausrichtung“, Józef Piłsudski hingegen die „Jagiellonische Idee“. Diese Begriffe bezogen sich bedeutungsmäßig auf die damaligen Reichsgrenzen. Mit der „piastischen Ausrichtung“ wurde eine Angliederung Schlesiens und Pommerns an Polen angestrebt und sie war primär gegen die Deutschen gerichtet, die man als Gegner sah. Die „Jagiellonische Ausrichtung“ bezeichnet die Absicht Piłsudskis, Polen im Sinne einer Föderation nach Osten hin auszudehnen (vgl. Urban 2003: 51).

Piłsudskis Interesse galt der Bildung einer an die polnisch-litauische Staatstradition anknüpfenden föderalistischen Konstruktion. Roman Dmowski hingegen strebte einen ethnisch geschlossenen polnischen Nationalstaat an, der zu Deutschland in direkter Konfrontation stehen sollte. Er orientierte sich im Gegensatz zu Piłsudski, der antirusisch eingestellt war, an Russland, allerdings nur bis zum Ausbruch der Russischen Revolution, ab der er um die Gunst der Westmächte warb (vgl. Jaworski / Lübke / Müller 2000: 295-296).

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde auf Basis der Grundsätze des friedlichen Zusammenlebens, der nationalen Freiheit und der Demokratie daran gearbeitet, eine europäische Ordnung herzustellen. Doch selbst der Völkerbund, den man damals gegründet hatte, konnte diese Grundsätze nicht ausreichend einhalten. Polen, das nun wieder einen Staat besaß, verbündete sich 1921 mit Frankreich. Frankreich versprach militärischen Beistand bei einem Angriff von Deutschland, nicht jedoch bei einem Angriff von russischer Seite. Man wollte den Sowjetstaat von Europa isolieren und Polen fungierte hier als Teil des „Cordon sanitaire“, der Europa vor dem Osten Schutz bieten sollte (Polen lag zwischen Deutschland und der Sowjetunion, also zwischen zwei einander feindlichen Staaten). Die Sozialisten in Frankreich betrachteten die Polen jedoch sehr skeptisch. Polen hatte daneben auch mit Grenzstreitigkeiten mit der Tschechoslowakei

³ Józef Piłsudski (1876 – 1935) – Politiker der Zwischenkriegszeit, bekannt vor allem durch seine Ideologie der „Gesundung, Heilung“, poln. *sanacja* des Staates. Der Putsch von 1926 hatte das Ziel, die geschwächte parlamentarische Demokratie Polens wieder zu stärken. Das Mittel zur „Heilung“ der Gesellschaft sollte ein autoritäres Regime mit starken moralischen Werten sein (vgl. Vetter 2008: 59-60).

und Litauen zu kämpfen. Im damaligen Europa jedoch waren Zerwürfnisse mit Nachbarn und zwischenstaatliche Abneigung eine „normale“ Erscheinung. Polen hatte allerdings wesentlich mehr Konflikte, in denen es um die Verteidigung von Territorien ging, auszutragen als die anderen Staaten. Auch innenpolitisch gesehen war es für Polen nicht einfach. Man forderte den Grundsatz der nationalen Freiheit der Nationalstaaten. Dies war jedoch schwierig umzusetzen, da man den Zusammenhalt eher in ethnischer Nähe oder einer gemeinsamen Identität der Völker sah. So bestand nämlich ein Drittel der polnischen Bevölkerung aus Ukrainern, Juden, Weißrussen und Deutschen, was innerstaatlich ebenfalls wieder zu Konflikten führte. Des Weiteren hatte Polen in der damaligen Zeit, so wie die meisten europäischen Staaten, mit wirtschaftlichen Problemen und mit dem Fehlen einer politischen Kultur zu kämpfen, was sich besonders im Zusammenbruch der parlamentarischen Demokratie manifestierte (vgl. Holzer 2007: 28-35).

Während des Zweiten Weltkrieges, dessen verheerende Auswirkungen vor allem Polen zu spüren bekam, sah die Nazi-Elite die Polen als „Hilfskräfte“. Jeglicher Widerstand fand in einer grausamen Niederschlagung durch die Besatzer sein jähes Ende. Beim dazukommenden Einfall der Roten Armee am 17. September 1939 konnte Polen nicht auf die Hilfe von Verbündeten zählen. Man überließ Polen seinem eigenen Schicksal (vgl. Urban 2003: 66-67).

Das Leid, das die Menschen während des Zweiten Weltkriegs ertragen mussten, war unbeschreiblich groß, die Kriegserinnerungslandschaft in den einzelnen Ländern ist deswegen auch höchst kompliziert, besonders in Polen. Während für den Großteil Europas die Leidensurheber die Deutschen waren, kam bei den Polen noch die Sowjetunion dazu, zugunsten derer Polen im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges erneut seine Unabhängigkeit verlor (vgl. Holzer 2007: 49-54).

Es folgte eine stark stalinistisch geprägte Entwicklung mit einer zentralen Planwirtschaft, Kollektivierung der Landwirtschaft und einem Staatssicherheitsapparat. Die Lebenserhaltungskosten explodierten, die Löhne wurden nicht regelmäßig angepasst und die Auslandsschulden wuchsen immer mehr. Deswegen wurden von der Regierung immer wieder Sparmaßnahmen ins Leben gerufen, auf die die Bevölkerung mit Protesten reagierte. Streiks waren die Folge, es wurde die berühmte Gewerkschaft der „Solidarność“ gegründet, die sich zu einer politischen Bewegung ausweitete und gegen die kommunistische Doktrin ankämpfte. Weitere Ereignisse, wie zum Beispiel die Verhängung des Kriegsrechtes und das verstärkte Auftreten der katholischen Kirche als „politi-

scher Diplomat“, beeinflussten die weitere Entwicklung Polens. Im Jahre 1989 musste die kommunistische Regierung abtreten (vgl. Boden 1998: 375-378).

Mit Ende des Zweiten Weltkrieges existierten „zwei“ Europa: ein östliches und ein westliches. Nach 1989 vereinigten sich Polen und andere Länder des kommunistischen Ostblocks wieder mit dem westlichen Europa. Trotzdem wurde eine ältere Einteilung, die sich an dem Entwicklungsstand des jeweiligen Landes orientierte, Europa A und Europa B, wobei Europa A für das weiterentwickeltere Europa steht, nicht ganz aufgegeben. In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des Ostblocks kam es zu einer Einteilung in drei Zonen:

Zone 1: Mitgliedsländer der NATO und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und alle übrigen Staaten Westeuropas

Zone 2: Fast alle Staaten, die nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden waren - verbunden durch die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit Russland als Zentrum

Zone 3: mitteleuropäische Zone, zu der Polen und die Länder des Baltikums und des Balkans gehörten (vgl. Holzer 2007: 95-102)

Mit dem Zerfall des sowjetischen Imperiums orientierte sich Polen nur mehr marginal am Osten, wenn überhaupt, so taten dies nur noch extrem populistische und nationale Gruppierungen, die einer Integration mit Westeuropa negativ gegenüberstanden. Im Allgemeinen aber herrschte Konsens über die Ausrichtung Polens zum Westen hin. Angemerkt werden muss allerdings, dass seitens der EU Polen und andere Länder des ehemaligen Ostblocks immer in Relation zu den europäischen Beziehungen mit Russland gesetzt wurden. Russland galt als Großmacht, mit der man die Beziehungen auf besondere Art und Weise pflegen musste, um die europäische Stabilität zu garantieren. Trotz anfänglichem Widerstand von Seiten Russlands wurde Polen, so wie andere Länder des ehemaligen Ostblocks in die NATO integriert (Polen 1999). Das Verhältnis zu Russland hat sich in vergangener Zeit noch weiter verschlechtert (zum Beispiel in Bezug auf die Energiefrage) (vgl. Holzer 2007: 102-104).

3. 2. Polen und die EU - Kritikpunkte

Der Beitritt Polens zur NATO wird von den polnischen Politikern oft als Startschuss für eine enge Verbundenheit Polens mit Amerika angesehen. Dieser Verbundenheit wurde durch die polnische Unterstützung (durch Entsendung polnischer Truppen) der Intervention im Irak Rechnung getragen. Von der EU wurde diese Entscheidung negativ bewertet. Die EU sieht die enge Gebundenheit, die auch als Absicherung vor Russland dienen sollte, eher als schlecht an (vgl. Holzer 2007: 107-108).

Aber auch die Probleme und Vorurteile, die die Osterweiterung der EU mit sich brachte, waren nicht zu unterschätzen. So sah man in Polen zum Beispiel folgende Gefahren eines Beitritts zur EU:

- Bankrott der Landwirtschaft infolge des Konkurrenzkampfes mit den höher entwickelten EU-Ländern
- Aufkaufen von polnischem Land durch Ausländer
- Aufkaufen des polnischen Handels durch Fremde
- Ansteigen der Preise aufgrund der Anpassung an das viel höhere West-Niveau
- Werteverfall durch Beeinflussung aus Westeuropa (Zerfall der Familie, Sexualmoral ohne Grenzen, etc.(vgl. Holzer 2007: 102-104))

Als positive Argumente der Polen galten:

- Eintritt Polens in eine Gemeinschaft wohlhabender Länder
- Hoffnung auf schnellen Anstieg des Lebensstandards
- Aussicht auf besser entlohnte Jobs in den westeuropäischen EU-Ländern (vgl. Holzer 2007: 104)

Aus dem Blickwinkel der EU ergaben sich folgende Vorbehalte gegenüber einer Eingliederung Polens in die EU (der Beitritt Polens zur EU erfolgte 2004), die auch in einem Aufleben antipolnischer Stereotype resultierten:

- Angst vor einem rasanten Anstieg der Arbeitsmigration und in Folge dessen Senkung des Lohnniveaus, gesteigerte Arbeitslosigkeit, ruiniertes Arbeitsmarkt

und Verlagerung von Arbeitsplätzen in die künftigen Mitgliedsländer (vgl. Holzer 2007: 105)

- Befürchtung eines Zuwachses an Kriminalität

Aufgrund dieser Ängste entschied man sich in einigen Ländern der EU dafür, den Zugang zum Arbeitsmarkt für polnische BürgerInnen vorerst zu beschränken. In anderen EU-Ländern nutzt man Polen als Arbeitskräfte für niedrigqualifizierte Arbeiten (zum Beispiel Irland, Großbritannien und Schweden). Aufgrund der genannten und weiterer Einflüsse, reagiert(e) Polen eher distanziert auf die Frage der Vertiefung der europäischen Integration. Polen wird dem bereits erwähnten Europa B zugeordnet. Als Gründe für diese Zuordnung nennt Jerzy Holzer:

- niedrigerer ökonomischer Entwicklungsgrad
- Existenz von Mängeln im demokratischen System
- hoher Korruptionsindex
- niedrige Wahlbeteiligung aufgrund von Misstrauen und Passivität seitens der Bürger
- unzureichende Stabilität in der politischen Einstellung der Bürger (vgl. Holzer 2007: 107-113)

3. 3. Polen zwischen Nationalismus und Integration

Da der Nationalismus bei den Analyseergebnissen ebenfalls eine nicht unwesentliche Rolle spielte, wird im folgenden Kapitel kurz auf diese Erscheinung eingegangen. Stanisław Frącz beschreibt den Nationalismus folgendermaßen:

Mit dem Nationalismus, begriffen als exzessive Bindung an die eigene Nation und die vorrangige Loyalität, der gegenüber alle anderen Loyalitäten, individuellen Freiheiten und Rechte zurückzustehen haben, drängen die längst überwunden geglaubten Kategorien nationalistischer Motivation und Rivalität immer stärker ins politische Tagesgeschehen Osteuropas zurück (Frącz 2006: 10).

In Ostmittel- und Südosteuropa musste die Bevölkerung lange Zeit ohne nationale Identität auskommen, da ihr der sowjetische Internationalismus seine Identität aufoktroyier-

te. Der wiederentstandene Nationalismus dient nun als Mittel zur Selbstfindung und -definition. Zwei gegensätzliche, scheinbar unvereinbare Denkmodelle bieten gemäß Stanisław Frącz im Europa des 21. Jahrhunderts ein hohes Konfliktpotential:

Europäisierung:

Die Forderung, nationalstaatlicher Souveränität in wesentlichen Bereichen gemeinsam nachzukommen. Der Weg dazu führt über die EU.

Re-Nationalisierung:

Uneingeschränkte Loyalität gegenüber der eigenen Nation vor anderen Loyalitäten, Bindungen und Werten (vgl. Frącz 2006: 9-11).

Frącz sieht Gefahren im Ethnonationalismus:

[...] aus den nationalistisch geprägten Mentalitätssystemen mit ihren jeweiligen, in Symbiose und/oder Konfrontation mit dem Sowjetkommunismus und in weiterer Folge mit den Transformationsprozessen nach seinem Zerfall entstandenen bössartigen Mutation erwachsene, sog. postkommunistische Ethnonationalismus, [...] (Frącz 2006: 12)

Man müsse, so Frącz einen Unterschied machen zwischen dem westeuropäischen Nationalismus und dem osteuropäischen. Die osteuropäischen Nationalismen seien spezifische Erscheinungsformen, die auf die speziellen osteuropäischen Gegebenheiten zurückgingen (vgl. Frącz 2006: 12).

In den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas fehlte ein politisch-kulturelles und territoriales Gemeinwesen, was dazu führte, dass anders als in Westeuropa, es zuerst zu einer Nationenbildung und erst dann zu einer Staatenbildung kam (aber auch erst nach der Abspaltung vom unterdrückenden Gegner). Die Nationenbildung im Westen beruhte auf bereits gegebenen Staaten, die Nationen des Westens definieren sich als Staatsnationen. Im Osten und Südosten wurde die nationale Identität nach historisch gewachsenen kulturellen, sprachlichen und konfessionellen Eigenheiten ausgerichtet (vgl. Frącz 2006: 46-47).

Für eine gesamteuropäische Integration sei es deswegen unabdingbar den kleinen aber vorhandenen Unterschied zwischen west- und osteuropäischen Nationalismen im Auge zu behalten. Nur so könnten die gegenläufigen Entwicklungstendenzen zwischen Ost und West ausgeschaltet werden. Europa solle die Integration als Möglichkeit betrachten, sich an die ureigenen Werte zu erinnern und dadurch beide scheinbar unvereinbaren

Denkmodelle miteinander zu vereinen, indem das Nationale bewahrt aber dessen destruktive Eigenschaften eliminiert werden sollen (vgl. Frącz 2006: 12).

Adamczyk und Gostmann halten es für möglich, sich zugleich mit der eigenen Nation und dem europäischen Kollektiv zu identifizieren. Für die Definition der eigenen nationalen Identität ist es notwendig sich auf Dinge zu konzentrieren, die die eigene Nation von anderen Nationen unterscheiden. Für die europäische Kollektivität ist es im Gegensatz dazu wichtig, sich auf die internationalen, europäischen Gemeinsamkeiten zu konzentrieren und die Differenzen zwischen den einzelnen Nationen in Relation dazu zu sehen (vgl. Adamczyk / Gostmann 2007: 25).

Den postkommunistischen „Ethnonationalismus“ sieht Frącz als Ergebnis der plötzlichen ideologischen Leere der postsowjetischen Zeit und einer „historischen Amnesie“. Des Weiteren trugen soziale und wirtschaftliche Unzufriedenheit, die sich während der vergangenen Jahre angestaut hatte, die gewaltsame Unterdrückung von Wünschen nach Mitbestimmung in der Politik und das Streben nach nationaler Selbständigkeit zu dieser ideologischen Erscheinung bei (vgl. Frącz 2006: 31).

Gleichzeitig sind die gegenwärtigen osteuropäischen Bevölkerungen geprägt von einer politischen Passivität, als Folge einer jahrzehntelangen Entfremdungs- und Entmündigungspolitik während des Kommunismus. Ein weiteres „Überbleibsel“ dieser Zeit ist ein gewisses dichotomisches Denken in der Politik, wo im politischen Kampf mit den Begriffen „wir“ und „sie“ (poln. *my* und *oni*) polarisiert wird, ganz nach dem bereits seit langer Zeit bekannten „Freund-Feind-Weltbild“ (auch im Kommunismus wurde ein „Feind“ gesucht, auf den sich alle politischen Unzulänglichkeiten des Systems abwälzen ließen). Das „sie“ spielt dabei auf die neuen demokratischen Machtstrukturen oder potentielle Feinde von außen an (vgl. Frącz 2006: 35). Auch in der aktuellen polnischen Politik, insbesondere bei der politischen Rechten, spielt dieses „Freund-Feind-Weltbild“ eine Rolle, wie die Analyseergebnisse dieser Arbeit zeigen werden.

Frącz bringt es noch treffender auf den Punkt:

Dieser kollektive Denkmechanismus schwächt die Fähigkeit der sich formierenden Demokratien zur friedlichen und konstruktiven gesellschaftspolitischen Konfliktbewältigung. Bleiben die Kategorien von Kampf und Feindschaft Hauptantriebskraft der menschlichen Einstellungen und Handlungsweisen, werden traditionelle Feindumschreibungen einfach auf neue Feindbilder umgepolzt. Aus Begriffen wie „Klasse“, „Klasseninteresse“ und „Klassenfeind“ werden programmatisch „Nation“, „nationales Interesse“ und „Feind der Nation“. Damit aber verzögert

sich die Etablierung einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft im Sinne einer *civil society*. Man könnte gegenwärtig wohl treffender von einer Art postkommunistischer „Gegengemeinschaft“ sprechen, die weiterhin an einem Feindbild ausgerichtet bleibt, und in der die Begriffe Gesellschaft und Nation vorerst noch zusammenfallen (Frącz 2006: 36).

Viele Menschen vertrauten auf die realsozialistische „Zukunftsversion“ und orientierten sich daher am System. Für die meisten von ihnen war sozialer Aufstieg überhaupt nur über diesen Weg möglich. Als dieses System dann zusammenbrach, stellten sich Schuldgefühle wegen der Zusammenarbeit mit dem Regime ein, und alles, was durch diese Kollaboration erreicht wurde, schien seinen Stellenwert zu verlieren. Die Menschen brauchten also eine Neuorientierung, etwas Neues, an das sie glauben konnten und über das eine Identifizierung möglich war, wie zum Beispiel Glaube oder eben die Zugehörigkeit zu einer Nation. Dass der ideologische Übergang von Kommunismus zu Nationalismus fast nahtlos passierte, wurde auch dadurch erleichtert, dass beide Ideologien sich auf das nationale bzw. proletarische Kollektiv und seiner Priorität vor dem Individuum und seinen Rechten konzentrierten. Die Machteliten der postkommunistischen Länder haben es bisher noch nicht geschafft, die ideologische „Lücke“, die durch den Wegfall des realsozialistischen Denkens entstanden ist, gänzlich zu schließen. Es müssen neue Leitbilder und Wertvorstellungen eingeführt werden, um das Gefühl der Entwurzelung und Desorientierung kompensieren zu können (vgl. Frącz 2006: 36-39). Noch einmal verdeutlicht Frącz dabei die Rolle des Nationalismus:

Der Nationalismus mit seiner verklärenden Vergangenheitsschau, seinen mythologisierten Zukunftsutopien und seinen verlockenden Versprechen, kollektive Sehnsüchte nach einstiger Größe und Ansehen alsbald zu erfüllen, wird den automatisierten Gesellschaften zum einen als neues, probates Konzept der Krisenbewältigung angeboten. Zum anderen, und vor allem aber auch als neue, pseudoreligiöse Ideologie. Die Nation wird damit zum „psychologischen Anker“, zur naturgegebenen, unantastbaren Schicksalsgemeinschaft, die den Menschen wieder einen Sinn des Lebens, des Leidens und auch des Sterbens zu vermitteln vermag (Frącz 2006: 40).

3. 4. EU - Gesamteuropäische und globale Kritikpunkte

Im Folgenden soll exemplarisch auf wesentliche gesamteuropäische und globale Problemfelder eingegangen werden, um die Komplexität der Verknüpfungen zwischen den nationalen, gesamteuropäischen und globalen Thematiken aufzuzeigen.

Ein kritisches Überdenken der Sinnhaftigkeit und der Problematiken der EU wird sowohl von der EU selbst, als auch von beiden in dieser Arbeit angesprochenen Parteien unternommen (siehe dazu auch Kapitel 4. 2. 3. und 4. 3. 3.), was auch in ihren europapolitischen Haltungen zum Ausdruck kommt. Kritisch hinterfragt wird aktuell immer wieder das „Abgleiten“ von eigentlichen Zielvorstellungen der EU (funktionierende und produktive Zusammenarbeit zwischen den Staaten, Beschäftigungs-Union, Sozial-Union, Umwelt-Union, Friedens-Union) zu einer Entwicklung der EU als reine Freihandelszone hin, wo die sozialen Zielstellungen hintangereicht werden. Diese Ziele werden mit ambivalenten Instrumenten wie Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und Wettbewerb angestrebt. Grundlage für eine funktionierende EU wäre eine Sozialunion, deren Hauptziel ein „europäisches Gemeinwohl“ sein sollte (vgl. Staritz / Ziegler 2006: 105-117).

Auch die von der EU oft propagierte Demokratie gerät immer häufiger unter Beschuss, da sie sich immer mehr zu einer „Scheindemokratie“ herauskristallisiert. Es wäre notwendig, die Mitbestimmungsrechte, Partizipation und Subsidiarität⁴ systematisch zu verbessern. Auch die Wahrung der Menschenrechte stellt einen Brennpunkt innerhalb der EU und in globaler Sicht dar. Zwei Beispiele: Der Wettbewerb produziert immer mehr Armutsfälle und die sexuelle Orientierung bietet immer noch eine Angriffsfläche für Diskriminierung (vgl. Felber 2006: 299-314).

Auch konzentrierte man sich, laut Wilfried Graf, zu sehr auf innereuropäische Bruchlinien zwischen einer west-, mittel- und osteuropäischen Geopolitik, zwischen einem westchristlichen, ostchristlichen und islamischen Europa oder auf die ideologischen

⁴ „Das Prinzip der Subsidiarität ist in Artikel 5 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft definiert. Es besagt, dass Entscheidungen auf einer möglichst bürgernahen Ebene zu treffen sind, wobei zu prüfen ist, ob ein gemeinschaftliches Vorgehen angesichts der nationalen, regionalen oder lokalen Handlungsmöglichkeiten wirklich gerechtfertigt ist. In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, handelt die Union also nur dann, wenn ihre Maßnahmen wirksamer sind als nationale, regionale oder lokale Maßnahmen. Mit der Subsidiarität gekoppelt sind die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Notwendigkeit, d. h. die Maßnahmen der Union dürfen nicht über das zur Verwirklichung der Vertragsziele notwendige Maß hinausgehen.“ (URL: http://europa.eu/scadplus/glossary/subsidiarity_de.htm [16. 10. 2008]).

Gegensätze während des Kalten Krieges (Ost-West-Konfrontation). Die Gefahren liegen eher auf globalen, ökologischen und ökumenischen Gebieten, die aus der Vereinahmung der Welt, der Ausbeutung der Natur und der Verbrauchskultur der Menschen resultieren. Graf merkt dabei an, dass ein Übergang von nationalstaatlicher zu einer gesamteuropäischen bzw. globalen Sicherheitspolitik absolut notwendig sei (vgl. Graf 2006: 265). Das Problem besteht eben auch darin, dass diese Meinung jedoch nicht „gesamteuropäisch“ bzw. „global“, geschweige denn „national“ vertreten wird.

4. Charakterisierung der beiden polnischen Parteien PiS und PO

Dieses Kapitel bietet einen Überblick über die polnische Partei PiS – *Prawo i Sprawiedliwość* (Recht und Gerechtigkeit) und die PO – *Platforma Obywatelska* (Bürgerplattform). Zu Beginn wird kurz die Parteientstehung beider Parteien skizziert. Auf die Biographien der Parteileader wird nicht speziell eingegangen. Im Anschluss daran werden die jeweiligen Parteiideologien der beiden Parteien vorgestellt. In einem weiteren Unterkapitel werden die wichtigsten außenpolitischen/europapolitischen Einstellungen und die damit verbundenen Emotionen und Problematiken aufgezeigt, wobei keinesfalls alle außenpolitischen/europapolitischen Problemstellungen behandelt werden. Die Emotionen, die in außenpolitischen Belangen eine Rolle spielen, spiegeln sich auch in den Analyseergebnissen der Zeitschriften wieder (siehe Kapitel 8. 7. 3. und 8. 7. 4.).

Eine wesentliche Rolle spielt bei außenpolitischen/europapolitischen Belangen vor allem die Thematik der europäischen Integration. Beobachten lässt sich, „[...] dass der Konfliktlinie zwischen Traditionalismus und Modernität zentrale Bedeutung bei der grundsätzlichen Positionierung gegenüber der europäischen Integration zukommt.“ (Münch 2007: 13). Holger Münch führt in einer Aussage, die sich auf die gesamte polnische Parteienlandschaft bezieht, weiter aus:

Die auf den ersten Blick wichtige Bedeutung der Konfliktlinie zwischen Post-Kommunisten und Post-Solidarność-Parteien offenbart sich bei genauerer Betrachtung als Camouflage für einen historisch tiefer liegenden Konflikt zwischen konservativen und progressiven Kräften der polnischen Gesellschaft. Die spezifischen Finalitätsvorstellungen Polens lassen sich daher auch als Ausdruck des Widerstreits der politischen Kräfte entlang der Konfliktlinie zwischen primär traditionellen und modernistischen Weltanschauungen oder anders gesagt: als Modernisierungskonflikt verstehen, der offenbar von einer hohen historischen Pfadabhängigkeit gekennzeichnet ist (Münch 2007: 14).

Beide, in dieser Arbeit vorkommenden Parteien, vertreten ihre eigenen Vorstellungen zu europapolitischen Themen bzw. zur Finalitätsdebatte. Im folgenden Kapitel werden unter anderem die europapolitischen Profile der beiden Parteien gezeichnet (siehe Kapitel 4. 2. 3. und 4. 3. 3.). Teilweise existieren tatsächlich auch Parallelen zueinander. Aus den europapolitischen Ausführungen geht jedoch eindeutig hervor, dass die erwähnten politischen Eliten durchaus differierende Vorstellungen von Polen in einem „gemeinsamen Europa“ haben.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass trotz der letzten 19 Jahre, in denen sich das Parteiensystem ständig und schnell wandelte und die Regierungen oft wechselten, die europapolitische Kontinuität (Beitrittsverhandlungen, gewonnenes Referendum und Beitritt) überrascht (vgl. Münch 2007: 54).

Auf innerpolitische Angelegenheiten kann aufgrund des Rahmens dieser Arbeit nur dort eingegangen werden, wo diesen eine engere europapolitische Relevanz zukommt.

Zu sagen bleibt in diesem Bezug allerdings noch, dass „[...] Europapolitik immer auch Teil des innenpolitischen Wettbewerbs ist, so dass viele Äußerungen taktischer Natur sind, um die eigene politische Kraft zu stärken bzw. die konkurrierenden Kräfte zu schwächen.“ (Münch 2007: 97).

4. 1. Die polnische Parteienlandschaft im Überblick

Vorab soll die Frage geklärt werden, welche allgemeinen Funktionen eine Partei überhaupt erfüllen muss, um als eine solche gelten zu können.

Am Anfang einer Partei steht die Zielfindung, in diesem Schritt soll ein Parteiprogramm erstellt und die Parteiideologie herausgearbeitet werden. Parteien sollen die Willensbildung sowie die aktive und passive Partizipation der BürgerInnen fördern. Sie fungieren als eine Anlaufstelle für Interessen, Weltanschauungen und Meinungen und vertreten ihren Standpunkt in der Öffentlichkeit (Interessenaggregation). Des Weiteren muss dieser Standpunkt auch öffentlich zum Ausdruck gebracht werden (Interessenartikulation). Eine weitere Aufgabe besteht darin, Eliten zu rekrutieren und eine Regierung zu bilden (vgl. Bevc 2007: 239-240).

Folgende sechs Parteien haben in den letzten sechs Jahren wesentlich das politische Geschehen Polens geprägt (vgl. Adamczyk / Gostmann 2007: 63):

SLD - Bündnis der demokratischen Linken (*Sojusz Lewicy Demokratycznej*) – überwiegend links

PO - Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska*) – überwiegend liberal

PiS - Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*) – überwiegend konservativ

SO - Selbstverteidigung (*Samoobrona*) – überwiegend konservativ

PSL – Polnische Volkspartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe*) – überwiegend konservativ

LPR – Liga der Polnischen Familien (*Liga Polskich Rodzin*) – überwiegend konservativ

Die sehr kurze Information zur jeweiligen politischen Ausrichtung (links, liberal oder konservativ) soll nur einen groben Anhaltspunkt für diese Ausrichtung liefern, sie ist keinesfalls als vollständige Information aufzufassen (vgl. Adamczyk / Gostmann 2007: 63).

4. 2. PiS – *Prawo i Sprawiedliwość* (Recht und Gerechtigkeit)

4. 2. 1. Die Entstehung der PiS

Den politischen Ursprung hat der Großteil der Mitglieder der PiS in den Parteien PC – Zentrumsunion (*Porozumienie Centrum*), ZChN – Christlich-Nationale Vereinigung (*Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe*), ROP – Bewegung für den Wiederaufbau Polens (*Ruch Odbudowy Polski*) und SKL – Konservative Volkspartei (*Stronnictwo Konserwatywno-Ludowe*), von denen viele Mitglieder in die spätere AWS⁵ – Wahlaktion Solidarność (*Akcja Wyborcza Solidarność*) übergingen (vgl. Vetter 2008: 19-20).

Die PiS – Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*), wurde im Juni 2001 gegründet. Lech Kaczyński war zur Gründungszeit Vorsitzender der Partei und war gemäß Umfragen führender Meinungsforschungsinstitute der zweitpopulärste polnische Politiker nach dem damaligen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski. Diese enorme Popularität verdankte Lech Kaczyński (seit Oktober 2005 Präsident Polens) seiner leitenden

⁵ Die AWS stellte gemeinsam mit der UW – Freiheitsunion (*Unia Wolności*) von 1997–2001 die Regierung. Die AWS bestand aus Mitte-Rechts-Parteien und wurde von Marian Krzaklewski ins Leben gerufen. Beide Kaczyńskis waren ursprünglich Funktionäre der PC - Zentrumsunion (*Porozumienie Centrum*), die es 1993 aber nicht mehr ins Parlament schaffte. Somit verloren die Brüder an politischem Einfluss. Bei der Wahl 1997 gelang Lech Kaczyński wieder der Sprung ins Parlament. Im Jahr 2000 wurde er Justizminister der AWS-Regierung und forderte eine strenge Law-and-Order-Politik (zum Beispiel Forderung der Wiedereinführung der Todesstrafe und einer strengeren Urteilsfällung). Jarosław Kaczyński legte 2001 das Amt des Vorsitzenden der PC nieder (vgl. Vetter 2008: 19-20).

Position im Justizministerium, wo er an Maßnahmen zur Verschärfung des Strafrechts arbeitete. Aufgrund dieser Popularität gründete er 2001 die Partei und übernahm den Vorsitz bis 2003. Danach übernahm sein Zwillingsbruder Jarosław Kaczyński dieses Amt (vgl. Adamczyk / Gostmann 2007: 67-68).

Das Jahr 2005 war kennzeichnend für den größten europa- und innenpolitischen Rechtsruck in der nachkommunistischen polnischen Politik (vgl. Münch 2007: 57).

Bei der Parlamentswahl am 25. September 2005 erhielt die PiS den höchsten Stimmanteil mit 27 Prozent und stellte mit 155 Mandaten die größte Fraktion. Aufgrund der gescheiterten Koalitionsverhandlungen mit der PO kam es unter PiS-Funktionär und Wirtschaftsfachmann Kazimierz Marcinkiewicz zu einer Minderheitenregierung. Nach innerparteilichen Differenzen übernahm jedoch Jarosław Kaczyński im Juli 2006 das Amt des Ministerpräsidenten und bildete eine Koalition mit der LPR und der SO, die im Sommer 2007 wieder auseinanderbrach (vgl. Vetter 2008: 20-21). Donald Tusk schlug Neuwahlen als Lösung vor, die von den BürgerInnen in Umfragen unterstützt wurden. Nach einem Gespräch mit Jarosław Kaczyński ging dieser auf den Vorschlag von Neuwahlen ein, weil er dachte, dass er mit diesem Schachzug an der Macht bleiben würde. Am 7. September 2007 wurden im Sejm mittels Abstimmung die freiwillige Auflösung und Neuwahlen beschlossen, die für den 21. Oktober 2007 festgesetzt wurden. Im Wahlkampf setzte die PiS auf die Propagierung ihrer Erfolge zum Beispiel in Bezug auf die Kriminalität und scheute auch nicht davor zurück, verbal in die „unterste Schublade“ zu greifen. Die PO hingegen zeigte die Fehler der PiS auf und benutzte dies für ihren Wahlkampf. Beide machten keine eindeutigen Aussagen in Zukunftsbelangen. Unterstützt wurde der Wahlkampf der PiS vor allem vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen *Telewizja Polska* (vgl. Vetter 2008: 117-126).

Die Parlamentswahlen am 21. Oktober 2007 wurden zu einem wahrhaft spannenden Ereignis. Die Wahlbeteiligung (53,88 Prozent) war so hoch (höchster Wert nach 1989), dass in manchen Wahllokalen die Stimmzettel ausgingen und sich somit die Bekanntgabe der ersten Ergebnisse um einige Stunden verzögerte. Das ausgezählte offizielle Ergebnis fiel folgendermaßen aus: 41,51 Prozent der Stimmen entfielen auf die PO und 32,11 Prozent auf die PiS. Die PO bekam 209 und die PiS 166 Mandate (vgl. Vetter 2008: 129-130).

Trotz des Verlustes der PiS bei den Wahlen 2007 wuchs die Zahl der Wähler von September 2005 bis Oktober 2007 von 3,2 Millionen auf 5,2 Millionen an (vgl. Vetter 2008: 131).

4. 2. 2. Die Parteiideologie und Wählerschaft der PiS

Die Kaczyńskis üben Kritik an der „Dritten Republik“ und befürworten eine bessere „Vierte Republik“. Das nationalkonservative Denken ist stark vertreten. In ihre Argumentation bauen sie dazu passende „Legenden“ ein, auf die im Folgenden ebenfalls kurz eingegangen werden soll. Der Ursprung ihres nationalkonservativen Denkens läge, laut Reinhold Vetter, allerdings nicht alleine in der kommunistischen Zeit, sondern vor allem in der Zwischenkriegszeit, in der unter anderem Politiker wie Dmowski und Piłsudski wirkten. Reinhold Vetter betont, dass sich die Ideologien der PiS nicht exakt von denen der beiden Politiker der Zwischenkriegszeit ableiten lassen, jedoch seien Parallelen erkennbar (vgl. Vetter 2008: 58) (siehe dazu auch Kapitel 3. 1.).

Unter der politischen Prämisse „Czwarta Rzeczpospolita – Gerechtigkeit für alle“ verstehen die Politiker der PiS unter anderem ihren Einsatz für die innere und äußere Sicherheit des Landes. Zu den wichtigsten Anliegen der Partei gehören die Stärkung der Nationalkultur, Verhinderung der Legalisierung von Sterbehilfe, weichen Drogen und homosexuellen Partnerschaften und die Ablehnung der Einführung von rechtlich geregelten Abtreibungen. Sie spricht sich für einen gebührenfreien Zugang zu Bildung und Gesundheitsschutz aus. Eine Wiedereinführung der Todesstrafe wird befürwortet. Des Weiteren fordert die PiS die Aufdeckung aller Geheimdienstakten aus volksrepublikanischer Vergangenheit (vgl. poln. *lustracja*) (vgl. Adamczyk / Gostmann 2007: 67-68).

Insbesondere in diesem Punkt verbreiten die Brüder die „Legende“, dass vor ihrem Regierungsantritt nichts gegen die Hinterlassenschaften des Kommunismus gemacht worden sei und machen dafür vor allem die Linke (obwohl nicht nur die linken, sondern alle politischen Kräfte dafür verantwortlich waren) verantwortlich. Die Leute seien weder politisch noch juristisch zur Verantwortung gezogen worden, schlimmer, sie hätten sich sogar gemeinsam mit der Opposition zu einer gewinnbringenden Zusammenarbeit zusammengeschlossen. Das Ergebnis und der indirekte Beweis dafür sei das weitverzweigte informelle „System“ (poln. *układ*), welches durch seine korrupten Machenschaften die demokratischen Institutionen ausnutzen und gefährden würde. Und auch hier zeigte sich später, dass nicht nur die linke Parteienlandschaft, sondern auch die rechte sich korrupter Arbeitsweisen bediente (vgl. Vetter 2008: 23-31). Die Instrumentalisierung dieser Feindbilder weitete sich aus auf Homosexuelle, Medien, Gegner des Katholizismus und viele mehr. Mit Hilfe dieser Instrumentalisierung von Feindbildern versucht die PiS ihre Wählerschaft zu emotionalisieren (vgl. Loew 2006: 36). Zu den

Feindbildern der PiS zählt auch das „postkommunistisch-liberale Lager“ der PO, welches im Gegensatz zum „solidarischen“ Polen der PiS durch egoistische Wirtschaftsinteressen ein „liberales“ Polen anstrebe. Mit rhetorischen Mitteln („Lumpenliberale“ - *lumpenliberałowie*, „Lumpenliberalismus“ – *lumpenliberalizm*, „Lumpenproletariat“ – *lumpenproletariat*, etc...) versuchen sie die PO zu diskreditieren (vgl. Huterer 2006: 56-57).

Die zweite wesentliche, von den Brüdern verbreitete „Legende“ sei die, dass keine zufriedenstellende und nationalbewusstseinsstärkende Geschichtspolitik nach 1989 betrieben worden sei. Die von der PiS betriebene „ungesunde“ und unkritische Geschichtspolitik beabsichtigte eine Stärkung des Ansehens der Polen als heldenhafter Nation, die sich allen Widrigkeiten der Geschichte mutig entgegenstellte (vgl. Vetter 2008: 23-31). Die PiS beruht auf ihrem „Nationalstaatsdenken“ und kritisiert, dass zwischen 1989 und 2005 die nationalen Interessen nicht genug gefördert wurden. Dieses „Nationalstaatsdenken“ beruht auf der Tatsache, dass Polen vor 1989 nicht unabhängig war und seine „wiedergewonnene“ Unabhängigkeit nun geschützt und verteidigt werden müsse. Hier ruht auch ein Teil des Erfolgs der PiS, nämlich in den parallelen Denkweisen, die zwischen den Kaczyńskis und Teilen der polnischen Bevölkerung, bestehen:

Die Denk- und Verhaltensweisen der Kaczyńskis sind in Teilen der Gesellschaft – historisch, politisch, ökonomisch und sozial bedingt – tief verankert. In ihnen spiegeln sich die Transformations- und Reformprobleme eines Landes wieder, dessen Abschied vom Sozialismus gerade mal zwei Jahrzehnte zurückliegt (Vetter 2008: 12).

Fakt ist auch, dass die Kaczyńskis dem polnischen Image im Ausland wesentlich geschadet haben und dies bekam das polnische Volk, das (wie jedes Volk) nicht mit der politischen Elite des Landes gleichgesetzt werden darf, auch zu spüren (vgl. Vetter 2008: 10).

Diese Einstellung zur Wichtigkeit des Nationalstaats spiegelt sich vor allem in der Außenpolitik der PiS (siehe auch Kapitel 4. 2. 3.) wieder. Die Kaczyńskis befürchten, Polen würde auf der internationalen Bühne (besonders innerhalb der EU) eine immer weniger wichtige Rolle spielen, als politischer Partner gering- bzw. unterschätzt und als Mittel zur Machtvergrößerung der europäischen Eliten (besonders Deutschlands) eingesetzt werden. Dies zeigte sich vor allem auch in ihren Bemühungen, die Abstimmungs-

modalitäten⁶ innerhalb der EU, die zu sehr Deutschland und Frankreich begünstigen würden, zu ändern. Auch das Fehlen einer ausreichenden europäischen Solidarität wurde seitens der PiS oft bemängelt, insbesondere in energiepolitischen Fragen. In den meisten europapolitischen Belangen wird Deutschland oft als dominant dargestellt. In der Beziehung Deutschland-Polen habe sich auch nichts verändert und das „Beharren“ Deutschlands auf gute Beziehungen zu Russland ist der PiS ebenfalls ein Dorn im Auge. Die USA hingegen werden von der PiS als starker strategischer Partner angesehen. Der amerikanische Blickwinkel zeigt hier allerdings kein Spiegelbild der polnischen Perspektive. Die USA sehen Polen nicht als gleichwertigen Partner an (vgl. Vetter 2008: 37-45).

Zu den wichtigsten, parteiideologischen Merkmalen der PiS, die einen zentralistischen autokratischen Führungsstil bevorzugt, gehören das Eintreten für einen starken, zentralen Staat mit zentraler Entscheidungsgewalt, das Ablehnen von Subsidiarität und Selbstverwaltung, die Ablehnung der klassischen Dreiteilung in Legislative, Exekutive und Judikative (die Exekutive soll vorrangig die Richtung weisen), das Vorgeben von ethischen und moralischen Kriterien, das Bestimmen der Geschichtsinterpretation, u. v. m. (vgl. Vetter 2008: 46-47).

Reinhold Vetter fasst zusammen:

All diese Auffassungen kann man in dem Begriff des sozialfürsorglichen, patriarchalischen Obrigkeitsstaates zusammenfassen. Ein Staat also, der führt, belehrt und bestraft, nicht aber staatsbürgerliche Courage und Selbstverantwortung fördert. Konzepte wie Zivilgesellschaft, Pluralismus und Autonomie und selbst Begriffe wie Debatte, Kompromiss und Konsens sind dem Denken der Kaczyńskis fremd (Vetter 2008: 47).

So eine Regierung spricht vor allem diejenigen Bürger an, die sich in Zeiten der Marktwirtschaft, der EU-Mitgliedschaft und Globalisierung benachteiligt fühlen. Vor einigen Jahren hatten die Kaczyńskis das Wort „Gerechtigkeit“ (poln. *sprawiedliwość*) in den Parteinamen eingebracht, welches wohl genau diese Wählerschaft anspricht. Auch der

⁶ Im Brüsseler EU-Gipfel im Juni 2007 wurde unter anderem die Stimmgewichtung kritisiert und seitens der polnischen Regierung, insbesondere seitens des deutschland- und europapolitischen Beraters der PiS – Marek. A. Cichocki, das „Quadratwurzel-System“ gefordert, welches vorsieht, das Stimmgewicht eines Landes durch das Wurzelziehen aus der Bevölkerungszahl zu berechnen und anschließend in einen prozentualen Anteil umzuwandeln. Für Deutschland ergäbe sich dadurch ein Stimmgewicht von 10,3, für Frankreich 8,8 und für Polen 7,1 Prozent. Das System relativiert also die absolute Bevölkerungszahl. Jarosław Kaczyński distanzierte sich im Verlauf des Gipfels von diesem System (vgl. Vetter 2008: 55-56).

zweite Teil des Namens „Recht“ (poln. *prawo*) konnte zum positiven Ausfallen des Wahlergebnisses beitragen, denn viele Wähler wünsch(t)en sich mehr Gesetzestreue, Moral, Ordnung und Anstand im gesellschaftlichen Leben. Sie setzten im Wahlkampf auf den von den Kaczyńskis geforderten „solidarischen Staat“, der im Gegenzug zum „liberalen, egoistischen Staat“ für die Bürger sorgt und sie schützt. Als weiteres erfolgreiches Wahlkampfkonzept lässt sich noch das der nationalen Rhetorik nennen, die fast in allen Aussagen der PiS erkennbar ist (vgl. Vetter 2008: 62-68). Die Rhetorik ist nicht zufällig so wie sie ist, die neotraditionalistische Ideologie wird bewusst dazu eingesetzt, das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Bevölkerung zu wecken/stärken. Gleichzeitig drückt diese neotraditionalistische Ideologie auch das Machtlosigkeits- und Fremdheitsgefühl der PiS in Bezug auf die EU aus (vgl. Staniszkis 2006: 8-12). Klaus Bachmann schreibt über die Wählerschaft populistischer Parteien: „Populistische Parteien fungieren häufig als Korrektiv von Fehlentwicklungen in Demokratien und als Katalysator gesellschaftlicher Veränderungen, die zuvor blockiert waren. Dadurch müssen sich diese populistischen Parteien auf Interessensgruppen stützen, die sich ebenfalls als von diesem Establishment benachteiligt sehen.“ (Bachmann 2006: 27).

Auch gewisse Medien unterstützten den Wahlkampf, wie zum Beispiel der klerikal-nationalistische Radiosender „*Radio Maryja*“ oder Zeitungen und Zeitschriften wie „*Nasz Dziennik*“, „*Nasza Polska*“ und auch (besonders für die vorliegende Arbeit interessant) die Zeitschrift „*Wprost*“. Die Wählerschaft der PiS findet sich vor allem in Kleinstädten und eher ländlichen Gegenden (zum Beispiel: Kleinpolen, westliches Galizien, um Warschau). Der Regierungsstil und die Koalition der PiS mit der Samoobrona und der LPR waren für den Großteil der Bevölkerung jedoch absolut inakzeptabel, was zu einer Spaltung der polnischen Gesellschaft und letztendlich zu Neuwahlen führte (vgl. Vetter 2008: 62-68).

Nach den verlorenen Wahlen setzte die PiS auf die Taktik des „Schürens von politischer Unruhe“, um auf sich aufmerksam zu machen. Auch Präsident Lech Kaczyński steht seitdem vor einer neuen Herausforderung. Die derzeitige Regierung teilt die politischen Ansichten des Präsidenten nicht und auch er teilt die politischen Ansichten der Regierung nicht. So bleiben ihm nur zwei Möglichkeiten: entweder er tendiert zur Opposition, also zur PiS, und versucht somit der Regierung das „Leben schwer zu machen“ (vgl. Einsatz des Veto-Rechts in der Gesetzgebung) oder er sieht sich als überparteiliches Organ des politischen Lebens (vgl. Vetter 2008: 169).

4. 2. 3. Die Europapolitik der PiS

Dass Polen Mitglied der NATO und der EU ist, wurde von der PiS-Regierung akzeptiert und in gewisser Weise auch befürwortet. Holger Münch teilt aufgrund seiner Analyse die PiS dem Kooperationsmodell (neben Föderationsmodell und Autonomiemodell) zu, das der Grundgedanke der „Anerkennung der *Notwendigkeit institutionalisierter internationaler Kooperation* im Rahmen der europäischen Union“ (Münch 2007: 138) zugrunde liegt. Die Betonung liegt auf der „Notwendigkeit“ der europäischen Ausrichtung, denn im Gegensatz zum weiter unten angesprochenen Föderationsmodell (siehe Kapitel 4. 3. 3.) stellt sich die PiS gegen eine weitergehende Dynamik der Integration (zum Beispiel die Vereinheitlichung der Währung). Im Gegenzug dazu ist sie überzeugt vom Nationalstaat. (vgl. Münch 2007: 138-139)

Münch bringt es auf den Punkt: „Die EU wird vor allem als Mittel zur Stärkung der Position des polnischen Nationalstaates innerhalb der *europäischen bzw. globalen Systemkonkurrenz* betrachtet“ (Münch 2007: 160).

So erscheint es auch nicht verwunderlich, dass die PiS der Fraktion „Union für das Europa der Nationen“⁷ beiträt. Dieser Fraktion schlossen sich unter anderen auch die italienische Alleanza Nazionale von Gianfranco Fini, die EU-skeptische „Dansk Folkeparti“ und Philippe de Villiers' „Rassemblement pour la France“ an (vgl. Münch 2007: 185).

Das politische Denken der PiS dreht sich vor allem um die eigene Nation. Laut PiS begleite Polen ein ständiges Gefühl des „nicht richtig unabhängig Seins“, das vor allem durch die Geschichte Polens bedingt würde, in der Polen regelmäßig zum Opfer diverser Hegemonialbestrebungen wurde. Aus diesem Blickwinkel kommt die PiS zu dem Schluss, dass innerhalb der EU besonders Deutschland (u. a. aufgrund der von Deutschland geführten Russlandpolitik) kein verlässlicher Partner für Polen sein könne, was wesentlich das Vertrauen in die EU beeinflusst (vgl. Adamczyk / Gostmann 2007: 234). Die Aufgabe der nationalen Ausrichtung zugunsten einer gemeinsamen europäischen Identität ist für die PiS nicht vorstellbar, da die notwendige Öffnung hin zur EU (aufgrund der wirtschaftlichen Notwendigkeit) auch als Bedrohung wahrgenommen wird. Das Ideal der EU für die PiS beschreibt Münch wie folgt: „[...] „ein lockeres Staatenbündnis“ basierend auf moralischer Verpflichtung des Stärkeren gegenüber dem

⁷ Eine der Parteien im Europaparlament, in der vor allem EU-Gegner vertreten sind (vgl. Bachmann 2006: 14). Für weitere Informationen siehe auch URL: http://www.uengroup.org/pl_home.html [17. 10. 2008]

Schwächere[n] und [...] einer gottgegebenen nationalstaatlichen Ordnung Europas als Ideal [...]“ (Münch 2007: 174).

Die Konfliktlinie im polnischen Parteiensystem zur Europadebatte zieht sich entlang nationalstaatlichem Traditionalismus und europäischem Modernismus (vgl. Münch 2007: 174). Zum nationalstaatlichen Traditionalismus lassen sich die dem Kooperationsmodell zugeschriebenen Parteien, also unter anderen die PiS, zum europäischen Modernismus eher die Parteien des Föderationsmodells, also unter anderen die PO einteilen, wobei die PO eine Grenzposition zum Kooperationsmodell einnimmt (vgl. Münch 2007: 267).

Wirtschaftliche Integration erscheint der PiS weitgehend steuerbar, Ängste machen sich jedoch in Bezug auf den Eingriff in Wertebereiche breit. Diese Wertebereiche werden als direkt mit nationaler Identität verbunden gesehen und könnten diese somit bei Verletzung der Wertebereiche gefährden. Ein EU-Einfluss auf die polnischen Moralwerte wird abgelehnt, gleichzeitig sieht die PiS in Polen aber einen Wertebringer für die EU (vgl. Münch 2007: 187-188). In den Worten Münchs: „Polen wird in gewisser Weise als Heilsbringer für den dekadenten Westen (Europas) betrachtet“ (Münch 2007: 188).

Genauso wie die PO sieht auch die PiS in der EU die Möglichkeit, Polens Wirtschaft und somit den Lebensstandard in der Gesellschaft auf westeuropäischen Standard zu bringen. Dies soll mit dementsprechender finanzieller Unterstützung seitens der EU erfolgen (vgl. Münch 2007: 155).

Eine Sonderregelung für die finanzielle Unterstützung Polens mit EU-Finanzmitteln wird dabei als selbstverständlich und „moralisch gerechtfertigt“ angesehen und gefordert (vgl. Münch 2007: 161). „Moralisch gerechtfertigt“ deswegen, weil Polen laut PiS die Finanzmittel, die man auch als Prämie oder Reparationsleistung bezeichnen könnte, aufgrund durchlebter Ereignisse wie Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg, Kommunismus und darauffolgende Transformationsprozesse (also aufgrund der historischen Schulden Westeuropas) zustünden (vgl. Münch 2007: 186-187).

Aufsehen innerhalb der EU erregte 2003 die polnische Unterstützung der USA bei der amerikanisch-britischen Intervention im Irak, die seitens einiger Staaten in der EU stark kritisiert und abgelehnt wurde. Ebenfalls umstritten waren die von Polen verlangten langen Übergangsfristen beim Landkauf durch Ausländer (vgl. Vetter 2008: 90-102). Die Intervention wurde mit einer „Verpflichtung“ der NATO gegenüber begründet, aufgrund deren Polen bei Nichtunterstützung nie eine Chance auf eine regionale Führungsrolle bekommen würde. Außerdem vertritt die PiS die Ansicht, dass eine dauerhafte

Etablierung von Frieden nur durch die USA und nicht durch die EU möglich sein würde. Eine politische Stärkung der EU sei gemäß der PiS kontraproduktiv, da sie zu einer Hegemonie Deutschlands und Frankreichs und somit gleichzeitig zu einer Schwächung von Staaten wie Polen führen würde, was wiederum zu einer Distanzierung von den USA und infolgedessen zu einer Vergrößerung der potentiellen russischen Gefahr führen würde (vgl. Münch 2007: 150-164).

Die Kaczyńskis versuchen mit allen Mitteln ihre nationalen Interessen durchzusetzen und die Rolle Polens innerhalb Europas aufzuwerten.

Dabei greifen sie auch auf populistische Rhetorik (Anti-EU bzw. anti-deutsche Töne) zurück und kritisierten immer wieder den Mangel an Solidarität innerhalb der EU, der eine Hegemonie der großen EU-Länder (wie zum Beispiel Deutschland oder Frankreich) begünstige (vgl. Münch 2007: 65).

Als positive Erfolge der PiS lassen sich der ausgehandelte Finanzrahmen von 91 Milliarden Euro an Bruttotransfers für die Jahre 2007-2013, die durchgeführte Änderung der polnischen Verfassung (die für die Einführung des europäischen Haftbefehls notwendig war), die stärkere Absicherung der EU-Außengrenze und die Beteiligung Polens an der EU-Mission in der Republik Kongo verbuchen. Gescheitert ist aber unter anderem der sogenannte „Pakt der Musketiere“⁸ zur Gewährleistung der Energiesicherheit (man forderte dies aufgrund der großen Abhängigkeit Polens von russischen Gaslieferungen). Dieser Pakt kam aufgrund diverser Differenzen innerhalb der EU und NATO bzw. unterschiedlichen Ansichten Russland gegenüber nicht zustande. Im Jahr 2005 verhängte Russland ein Embargo gegen Fleischimporte aus Polen, worauf Polen mit einem Veto gegen die Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland reagierte (das Fleischembargo wurde 2007 wieder aufgehoben). Polens Regierung war auch gegenüber dem EU-Verfassungsvertrag negativ eingestellt, weniger wegen inhaltlicher Belange, Warschau sprach sich vor allem gegen das bisher vorherrschende Abstimmungssystem aus. Stark kritisiert wurde von der EU auch die Ablehnung der Anerkennung der Europäischen Charta der Grundrechte. Wesentlich ist auch die Politik, die die PiS in Bezug auf Deutschland führt. Mit dem Regierungsantritt der PiS wurden viele bilaterale Kontakte eingeschränkt oder sogar eingestellt. Kontroverse Themen wurden neu aufgerollt und behinderten den deutsch-polnischen Dialog erheb-

⁸ Der „Pakt der Musketiere“ sollte in Zeiten unzureichender Energie bzw. Energielieferunterbrechungen Absicherung durch eine gegenseitige Beistandsverpflichtung der Länder der EU und der NATO gewährleisten (vgl. Vetter 2008: 92).

lich. Die von der PiS geführte Deutschlandpolitik hatte aber auch Auswirkungen auf die Menschen in Deutschland, die bereits vor der Ära Kaczyński antipolnische Einstellungen hegten, indem sie diese noch verstärkten. Zu bemängeln sei auch die Art und Weise, wie Deutschland sich mit dem Vorhaben des Baus der Ostseepipeline über Polen hinwegsetzte (vgl. Vetter 2008: 90-102).

Zusammenfassend lässt sich über die Außenpolitik der PiS sagen, dass sie aufgrund ihres parteiideologischen Hintergrundes nicht viel bewegen konnte bzw. teilweise sogar zu einer „Isolation“ Polens führte. Schuld an dieser Isolation ist unter anderem die von der PiS betriebene „Abgrenzungsstrategie“ (Frącz 2006: 100). So versuchte die PiS, zum Beispiel in Bezug auf Deutschland, Feindbilder aufzubauen, um einerseits den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Polen zu stärken und andererseits infolgedessen ihr „Programm“ leichter durchsetzen zu können. Dass diese Taktik zu einer Abgrenzung nach außen führt, schreibt auch Frącz:

Durch die identitätsstiftende Selbstdefinition über den Gegensatz zum „Feind“ wird in der Praxis Integration nach innen zumeist als Ausgrenzung nach außen interpretiert und realisiert. Die für die postkommunistischen Gesellschaften charakteristische Identitätsunsicherheit in Verbindung mit einem mangelnden Selbstwertgefühl führt häufig zu dem Versuch, diese Defizite durch identitätssichernde Abgrenzungen zu kompensieren. Die „Abgrenzungsstrategie“ basiert auf negativen, stereotypen Wahrnehmungen anderer Ethnien oder Nationalitäten, d.h. auf ethnischen Vorurteilen und auf deren Grundlage geschaffenen Feindbildern (Frącz 2006: 100).

Trotzdem verhält es sich gemäß einigen Umfragen so, dass die antideutsche Politik der PiS glücklicherweise nur einem kleinen Teil der polnischen Bevölkerung zusagt und die von der PiS gewünschte Etablierung eines „allgegenwärtig wirksamen Deutschland-Feindbildes“ und dessen Instrumentalisierung nicht möglich sein wird.

Ein weiterer wichtiger Aspekt stellt der Rang der christlichen Werte in der europapolitischen Debatte der PiS dar. Europa wird beschrieben als „[...] *westliche Wertegemeinschaft*“ [...], die vornehmlich über das Christentum definiert wird.“ (Münch 2007: 158). Die PiS grenzt dabei das „christliche Europa“ vom „unchristlichen Asien“ ab. Aufgrund dieser Ausrichtung ist auch die generelle Tendenz der PiS gegen eine Integration der Türkei zu verstehen. Dass ein Gottesbezug im Verfassungsentwurf fehlte, wurde von der PiS als Bestätigung der vermuteten europäischen Identitätskrise gesehen – die Union hat sich von ihrem verbindenden Element, das im Christentum gesehen wird, „entfernt“ (vgl. Münch 2007: 158-159).

In der Debatte um den Verfassungsvertrag war auch die politische Aussage der PiS deutlich ablesbar, die die Bereitschaft der EU zur Solidarität in Frage stellte. Dieser Standpunkt lässt sich auch in der Meinung wiederfinden, Polen sei nur ein EU-Mitglied „zweiter Klasse“. Aufgrund der beiden genannten Punkte sieht die PiS ihr „hartnäckiges“ Pochen auf nationale Interessen gerechtfertigt (vgl. Münch 2007: 161).

4. 3. PO – *Platforma Obywatelska* (Bürgerplattform)

4. 3. 1. Die Entstehung der PO

Donald Tusk, Vorsitzender der PO und heutiger Ministerpräsident blickt, genau wie die Kaczyńskis, auf eine lange politische Erfahrung zurück. Seit Beginn der neunziger Jahre war er immer Abgeordneter im polnischen Parlament. Wie die Kaczyńskis machte auch er seine ersten Schritte in der Politik in der demokratischen Opposition gegen das kommunistische Regime. Seine ersten Erfahrungen sammelte Tusk in konservativen Oppositionsgruppen wie zum Beispiel der RMP⁹ – Bewegung junges Polen (*Ruch Młodej Polski*). Diese Zeit prägte das konservative Denken Donald Tusks. In den achtziger Jahren galt Tusk als eine der Hauptfiguren im Danziger Liberalismus, der für den Aufbau einer freiheitlichen, marktwirtschaftlich und rechtsstaatlich verfassten Demokratie eintrat. Nach 1989 wandelte sich der Danziger Liberalismus in den KLD – Liberal-Demokratischer Kongress (*Kongres Liberalno-Demokratyczny*), der 1990 zur Partei wurde. Im Jahr 1991 wurde Donald Tusk Vorsitzender dieser Partei. Teilweise arbeitete diese Partei sogar mit der PC (wie bereits erwähnt unter Jarosław Kaczyński) zusammen, zerfiel aber aufgrund diverser unterschiedlicher Auffassungen wieder. Im April 1994 verbündete sich der KLD mit der DU – Demokratische Union (*Unia Demokratyczna*). Die neue Partei bekam den Namen UW – Freiheitsunion (*Unia Wolności*), Donald Tusk und Janusz Lewandowski wurden zu den stellvertretenden Vorsitzenden ernannt. Bei der Parlamentswahl im Jahr 1997 schaffte es die UW auf den dritten Platz im Parlament. Einige der Mitglieder wurden Minister in der AWS. Die Freiheitsunion war jedoch nicht stark genug sich zu einer großen Partei der Mitte zu entwickeln. Auch er beschäftigte sich, wie die Kaczyńskis mit Dmowski und Piłsudski (siehe Kapitel 3. 1.),

⁹ Die RMP wurde geleitet von Aleksander Hall, einem führenden konservativen Publizisten, der besonders in den letzten Jahren die Kaczyńskis immer wieder kritisiert hatte (vgl. Vetter 2008: 105).

orientierte sich allerdings eher an Piłsudski. Er fasste, in Anlehnung an diesen, die polnische Identität als eine Verbindung zwischen verschiedenen Nationen/Nationalitäten als auch zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen auf. Dmowski sah im Gegensatz dazu in der polnischen Identität eher das Besondere zur Abgrenzung gegen die „Anderen“. Im Jahr 2001 gründeten Donald Tusk, Andrzej Olechowski und Maciej Płażyński schließlich die PO (vgl. Vetter 2008: 103-111).

Bei der Namensgebung vermieden die Gründer der „Bürgerplattform“ bewusst das Wort „Partei“ und feierten im Gründungsjahr aufgrund ihrer Anti-Parteien-Rhetorik den ersten großen Wahlerfolg (vgl. Münch 2007: 66).

Nach Maciej Płażyński übernahm 2003 Tusk den Vorsitz der Partei. Bei den Parlamentswahlen 2005 belegte die PO mit 25 Prozent der Stimmen und 133 Mandaten den zweiten Platz im Parlament. Gleichzeitig verlor Tusk (47 Prozent der Stimmen), aber die Präsidentschaftswahl im selben Jahr, bei der Lech Kaczyński (53 Prozent) als Sieger hervorging (vgl. Vetter 2008: 103-111).

Bei den Parlamentswahlen 2007 ging die PO als Sieger hervor (siehe Kapitel 4. 2. 1.).

4. 3. 2. Die Parteiideologie und Wählerschaft der PO

Es ist nicht möglich, das Parteiprogramm der PO zwischen 2005 und 2007 einer eindeutigen Richtung zuzuordnen. Mit der PiS hat die PO folgende Anliegen gemeinsam: die Forderung nach Lustration (also der Aufdeckung kommunistischer GeheimdienstmitarbeiterInnen und Entfernung dieser aus den öffentlichen Institutionen), die Beibehaltung und Stärkung katholischer Werte (zum Beispiel Ablehnung der Abtreibung, Euthanasie und der therapeutischen Nutzung von Drogen). Im Gegensatz zur PiS lehnt sie allerdings die Todesstrafe ab. Die parteiprogrammatische Einstellung versteht sich als liberal, die PO setzt sich für einen noch stärkeren Abbau des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft ein, für die Entbürokratisierung des unternehmerischen Umfelds und für Steuersenkungen und Steuervereinfachungen. Im Gegensatz dazu wünscht die PiS sogar noch eine Verstärkung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft. Eine tiefere Auseinandersetzung der PO mit sozialpolitischen Fragestellungen entstand erst anlässlich der Parlamentswahlen im Oktober 2007. Werden alle Faktoren berücksichtigt, kann man nicht behaupten, dass die PO an der politischen Lage Polens von 2005 bis 2007 komplett unschuldig gewesen sei. Dieser Aspekt sollte berücksichtigt werden. Trotz einiger

Gemeinsamkeiten lassen sich die offensichtlichen Widersprüche zwischen den Parteien jedoch nicht ausschalten, die vor allem in den autoritären und nationalistischen Denkweisen der Kaczyńskis bestehen, und diese sind es auch, die eine Koalition der beiden Parteien absolut undenkbar machen/machten (vgl. Vetter 2008: 110-116).

Die Wählerschaft der PO setzt sich vor allem aus Selbständigen, leitenden Angestellten, Personen mit Hochschulbildung, Erstwählern und Studenten aus größeren Städten zusammen. Die Wählerschaft besteht eher aus Menschen, die pro-europäisch eingestellt sind, sich für freie Marktwirtschaft, für die Trennung von Staat und Kirche und gegen eine zu rigide aber durchaus erwünschte Abrechnung mit der kommunistischen Hinterlassenschaft aussprechen (vgl. Vetter 2008: 61-65).

Vor den Wahlen am 21. Oktober 2007 unternahm Tusk noch eine Auslandsreise nach England, Schottland und Irland, um die dortigen polnischen EmigrantInnen von sich und seiner Partei zu überzeugen, was im offensichtlich auch gelungen ist. Dieser Sieg der PO stellt den bislang größten Erfolg der Partei dar. Vom September 2005 bis Oktober 2007 stieg die Zahl der Wähler seiner Partei von 2,8 auf 6,7 Millionen (vgl. Vetter 2008: 126-131).

Die PO ging eine Koalition mit der PSL ein, die einen eher stabilen Faktor in der polnischen Parteienlandschaft darstellt.

Zu den innenpolitischen Bestrebungen Tusks bei Regierungsantritt zählten unter anderen eine Verbesserung der öffentlichen Verwaltung und mehr Selbstständigkeit für Städte und Gemeinden. Tusk spricht hierbei oft von einem „schlanken Staat“. Dieser Staat soll bei geringeren Kosten mehr Leistung erbringen (vgl. Vetter 2008: 142-143).

4. 3. 3. Die Europapolitik der PO

In Bezug auf die Europapolitik schreibt Vetter, dass die PO bis kurz vor der Parlamentswahl 2007 mit der Europapolitik der PiS größtenteils übereinstimmte. Sie befürwortete auch das Veto gegen die Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland, das „Quadratwurzel-System“ und die von den Kaczyńskis vorgeschlagene Energieabsicherung (vgl. Vetter 2008: 112-113).

Trotzdem muss die Europapolitik der PO einer genaueren Analyse unterzogen werden, um die Besonderheiten der Europapolitik der PO herausarbeiten zu können. Münch hat mit seiner Analyse einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet. Nach Münch gehört die

PO zu den Anhängern des Föderationsmodells, dessen Ziel eine „*immer engere supranationale Zusammenarbeit*“ (Münch 2007: 69) ist. Weiter führt Münch aus: „Grundtenor im Föderationsmodell ist eine – teils verhaltene, teils enthusiastische – Zustimmung zu einem als evolutionär, jenseits nationalstaatlicher Steuerbarkeit liegenden Prozess der immer engeren Verflechtung der Unionsmitglieder.“ (Münch 2007: 69). Im Unterschied zu den anderen Modellen (Kooperationsmodell, Autonomiemodell) und deshalb auch im Unterschied zur PiS, die nach Münch dem Kooperationsmodell (siehe Kapitel 4. 2. 3.) zuteilbar ist, stellt im Föderationsmodell die europäische Ebene die wichtigste Ebene für europapolitische Lösungen dar. Sie ist die Basis und die Chance für eine erfolgreiche Außenpolitik der Nationalstaaten. Die Zusammenarbeit auf europapolitischer Ebene wird als notwendig erachtet (vgl. Münch 2007: 68-73).

Die PO sieht einen Vorteil der Mitgliedschaft Polens in der EU in der zu erwartenden Hebung des Lebensstandards und in der damit verbundenen Angleichung der polnischen Wirtschaft an die westeuropäische (vgl. Münch 2007: 73-79).

Im Gegensatz zum Kooperationsmodell (somit auch zur PiS) wird dabei die EU allerdings nicht „[...] als Entwicklungshilfelinstrument angesehen [...], dessen Aufgabe es ist, sich aus europäischer Solidarität [...] den schwächeren Ländern gegenüber zur Unterstützung zu verpflichten.“ (Münch 2007: 78).

Neben den positiven ökonomischen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft sieht die PO auch eine Chance auf dauerhaften Frieden in ihr (vgl. Münch 2007: 95).

Nach Regierungsantritt unternahm Tusk zahlreiche diplomatische Reisen in verschiedene europäische Länder (auch Moskau) und Washington. Er beabsichtigte der außenpolitischen Isolierung Polens durch die Kaczyńskis ein Ende zu bereiten. Er gab zu verstehen, dass er auf europäische Kooperation Wert legt, die polnischen Interessen aber trotzdem konsequent vertreten wird (vgl. Vetter 2008: 153-166).

Die Dynamik des Integrationsprozesses wird daher nicht nur als positiv beurteilt, sondern in gewisser Weise auch als Gefahr für die national definierte Identität gesehen, allerdings nicht so stark wie bei der PiS. Diese Tendenz lässt laut Münch deswegen auch eine Grenzposition der PO im Föderationsmodell zum Kooperationsmodell erkennen (vgl. Münch 2007: 133).

Das europäische Echo auf den Regierungswechsel war positiv, bemängelt wurde allerdings weiterhin das Fehlen eines ausgereiften polnischen außenpolitischen Programms. Tusk unterzeichnete am 13. Dezember 2007 den EU-Reformvertrag, wehrte sich aber

gegen das Prinzip der doppelten Mehrheit¹⁰ beim Abstimmungsmodus und forderte stattdessen eine Beibehaltung des Abstimmungsmodus des Nizza-Vertrags. Des Weiteren sprach er sich für eine Neuverhandlung des EU-Beitrittsvertrages aus, da die Umweltschutzaufgaben von ihm als zu streng eingestuft wurden. In die Regierungszeit Tusks fällt auch bereits die Erweiterung der Schengenzone am 21. Dezember 2007. Auch nach Russland hin kam es zu einer außenpolitischen „Öffnung“. Der polnisch-russische Dialog wurde wiederaufgenommen, in den positive und negative Elemente der Beziehung Polen-Russland einfließen. Die Großmachtambitionen Russlands stellen weiterhin eine Gefahr (nicht nur für Polen) dar, weshalb, wie die neue Regierung betonte, die polnische Russlandpolitik innerhalb der EU diskutiert werden sollte (vgl. Vetter 2008: 153-166). Die PO sieht die polnische Ostpolitik aber als grundlegenden Bestandteil der EU-Ostpolitik (vgl. Münch 2007: 86).

Als außenpolitischer Erfolg kann dabei die Aufhebung des bereits angesprochenen Fleischembargos angesehen werden. Besonderen Wert legt Tusk auch auf eine gute Beziehung zu den USA, die auf gemeinsamen Werten beruhen würde und weniger auf einer strategischen Partnerschaft. Dies wurde besonders bei der Abziehung polnischer Truppen aus dem Irak Ende des Jahres 2007 deutlich (dieser Schritt wurde auch von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet, nicht jedoch von der PiS). Aber auch in Sachen des Raketenabwehrsystems, das die USA in Teilen Polens und Tschechiens installieren will, trat die Regierung selbstbewusster den USA gegenüber, indem sie sich zwar mit dem Projekt einverstanden erklärte, aber im Gegenzug dazu die Lieferung amerikanischer Luftraumtechnologie und eine engere militärische Kooperation forderte. Tusk spricht sich auch für eine engere Beziehung EU-USA aus, bei der Polen eine wesentliche Schlüsselrolle spielen könnte. Auch der NATO gegenüber scheint Tusk positiv eingestellt zu sein (vgl. Vetter 2008: 153-166).

„Die große Bedeutung, die den USA und der NATO in der Sicherheitspolitik beigemessen wird, erklärt sich auch aus der Geschichte nicht zuletzt der deutsch-polnischen Beziehungen [...]“ (Münch 2007: 73). Die NATO bzw. die USA werden als notwendige Sicherheitsgaranten gesehen, nicht nur für Polen, sondern für ganz Europa (vor allem als eventueller Schutz vor Russland) (vgl. Münch 2007: 73-74).

¹⁰ System der doppelten Mehrheit: Die Grundlage für die Mehrheit im Rat ist die Mehrheit der Mitgliedstaaten und die Mehrheit der Bevölkerung der Union (URL: http://europa.eu/scadplus/glossary/double_majority_de.htm [17. 1. 2008]).

In Bezug auf Deutschland spricht sich Tusk für eine Verbesserung der strategischen Beziehung Deutschland-Polen aus. Auch für Deutschland stellte der Regierungswechsel eine willkommene politische Veränderung dar. So zählten zu den primären Zielen, die sich Tusk in Bezug auf die Beziehung zu Deutschland gesetzt hatte: die Wiederankurbelung dieser, die Wiederaufnahme regelmäßiger Regierungskonsultationen und die Wiederbelebung des „Weimarer Dreiecks“¹¹. Daneben zählten unter anderem noch die Energiesicherheit, der Klimaschutz, gemeinsame Förderung von Forschung und Entwicklung, die Nachbarschaftspolitik der EU und die Russlandpolitik zu den unmittelbaren europapolitischen Projekten. Zu den Fakten der deutsch-polnischen Beziehung zählen aber auch, dass die politischen Probleme, die zwischen Deutschland und Polen bestehen, fast keinen Einfluss auf enge Beziehungsnetze (gesellschaftliche Gruppen, Nichtregierungsorganisationen,...) zwischen Polen und Deutschland bzw. auf die wirtschaftlichen Beziehungen haben. Einer der Gründe für die tiefgreifenden politischen Kontroversen ist zum Beispiel die Frage der deutschen Vertriebenen aus Polen im und nach dem Zweiten Weltkrieg (vgl. Vetter 2008: 153-166).

Als konservative Partei bezieht sich die PO auch auf den Wert des Christentums, welchem eine wesentliche Rolle im Prozess der europäischen Integration zugestanden wird. Die EU ist definiert als eine „christliche Wertegemeinschaft“ und sprach sich grundsätzlich auch für eine Erwähnung dessen im Entwurf für einen Verfassungsvertrag aus (vgl. Münch 2007: 82).

Die christliche Wertegemeinschaft ist ein zentrales Bindeglied in der europäischen Zivilisation und ihr kommt somit auch zentrale Bedeutung für die polnische und die europäische Identitätsbildung zu. Die normativ-konservative Orientierung der PO ist auch die Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur Europäischen Volkspartei¹² (vgl. Münch 2007: 133).

Neben dem christlichen Bekenntnis kommt gemäß der PO auch dem Nationalgefühl eine enorme Bedeutung für die Gesellschaft zu. Sie sieht in der Nation eine Verantwortungsgemeinschaft und ein Mittel für das Funktionieren der Gesellschaft. Aus diesem Grund erachtet es die PO als notwendig, innerhalb der europäischen Integration auch Grenzen zu ziehen (vgl. Adamczyk / Gostmann 2007: 228-229). Adamczyk und Gostmann beschreiben es folgendermaßen: „Bei der Nation handelt es sich um eine seit

¹¹ Das „Weimarer Dreieck“ dient der Kommunikation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen und wurde 1991 gegründet (URL: <http://www.weimarer-dreieck.eu/> [17. 10. 2008]).

¹² Eine der Parteien im Europaparlament. Nähere Informationen dazu auf URL: <http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp?lg1=de> [17. 10. 2008].

Jahrhunderten eingeübte Form der Kollektividentität [...] geht es somit, wenn es um Polen geht, immer auch um seine Vergangenheit [...] nicht immer bildete die Nation eine Verantwortungsgemeinschaft, und wo sie es nicht tat, ist dies unbedingt zu kritisieren.“ (Adamczyk / Gostmann 2007: 229). Die PO setzt so Schwerpunkte auf die Nation, ist aber auch kritisch (vgl. Adamczyk / Gostmann 2007: 230).

5. Die Relevanz der Medien für Politik und Gesellschaft

Da sich die vorliegende Arbeit auf die Diskursebene der Medien konzentriert, wird im folgenden Kapitel auf diese Ebene eingegangen. Auch die Beziehung zwischen Diskurs und Medien wird geklärt.

5. 1. Zur Problematik der Meinungsbeeinflussung durch Medien

Für die zu beantwortenden Fragestellungen im Rahmen dieser Arbeit boten sich die Medien als Diskursebene deswegen an, weil sie zeigen, wie gewisse Themen massenhaft verbreitet werden und somit auch zur Bewusstseins- und Meinungsbildung in der Gesellschaft beitragen.

Es existieren unterschiedliche Kommunikationsarten. Neben den Einzelkommunikationen wie zum Beispiel die dialogische, monologische und schriftliche Kommunikation gibt es auch die für diese Arbeit relevante Massenkommunikation. Die Massenkommunikation ist eine Informationsvermittlung, die an einen sehr großen Rezipientenkreis gerichtet ist (Presse, Literatur, Rundfunk,...). Dem Autor sind die Rezipienten in der Regel unbekannt, somit bleibt es unmöglich dem Autor als Rezipient auf gleiche Weise zu antworten. Besonders Politik und Werbung setzen auf die Medien als Mittel zur Beeinflussung der Bevölkerung (vgl. Sowinski 1983: 68-69).

Aus wirtschaftlicher Sicht sind Medien abhängig von „finanzierenden Konstanten“ (Lektenschaft, Werbung, Anzeigen,...).

Brigitta Huhnke definiert die Funktion der Medien unter anderem folgendermaßen:

Sie popularisieren das Normen- und Wertesystem der Eliten sowie des Publikums und wirken an ihm mit. Sie geben über Themen Orientierung und umreißen im Hinblick auf Bedeutungen die Bandbreite möglicher Konnotationen für die Alltagstheorien der Menschen (Huhnke 1996: 86-87).

Die Etablierung von Themen erfolgt in den Medien nicht nur durch Präsentation von nackten Fakten, sondern auch über Metaphorisierungen, die gewisse Denkschablonen und Gefühlsmöglichkeiten vermitteln und dadurch emotionale Verbindlichkeiten hervorrufen können (vgl. Huhnke 1996: 88). „Die Medien holen die Menschen da ab, wo sie sich mit ihren Werten, Überzeugungen aber auch Gefühlen und Phantasien befinden.“ (Huhnke 1996: 88). Sabina Pawlas-Czyż geht ebenfalls darauf ein: „Niemniej pomiędzy kształtem i charakterem świata medialnego a społeczeństwem zachodzi pewne podobieństwo. Dotyczy ono przede wszystkim właśnie odbicia, projekcji w obrazie medialnym wartości fundamentalnych dla danego społeczeństwa.“ (Pawlas-Czyż 2008: 26).

5. 2. Zur Rolle von Kommunikatoren und Rezipienten

Die Rolle des Pressejournalisten (auch *Kommunikator* genannt) ist klar festgelegt:

[...] ist der Pressejournalist doch auch in vielfältiger Weise institutionell eingebunden und in seiner Autonomie eingeschränkt: Er ist Mitglied einer Redaktion und damit deren internen Normen unterworfen; die Redaktion ist verantwortlich gegenüber dem, der die Zeitung finanziert, der damit den Rahmen des Sagbaren bestimmen kann usw. Was der Journalist schreibt und wie er es schreibt, ist also nicht in sein Belieben gestellt (Burger 2005: 3).

Die Grundlage für die Erstellung von Texten bildet dabei das Bild (nur in Form von Konstrukten), das sich Kommunikatoren bzw. Redakteure von ihren Rezipienten machen (vgl. Burger 2005: 9).

Nicht allen Rezipienten (auch *dispersed Publikum* genannt¹³) von Medien ist der, oben angesprochene, nicht unwesentliche Einflussfaktor von Medien bewusst. So gehen viele Medienkonsumenten davon aus (was die jeweiligen Zeitungen/Zeitschriften auch beabsichtigen), dass die von den Medien vermittelte Wirklichkeit (unter Verwendung spe-

¹³ Das *disperse Publikum* ist ein Begriff aus der publizistischen Forschung und bezeichnet die Rezipienten eines Textes. *Dispers* meint hier, dass es sich um eine äußerst schwer zu bestimmende Größe handelt, da das zahlenmäßig große Publikum voneinander unabhängig verteilt ist (vgl. Burger 2005: 5).

zieller sprachlicher Mittel) als die wahre Realität angesehen werden kann. Auch Fairclough thematisiert diese Problematik: „[...] the tendency for dominant ideological representations of reality to be naturalized as the only possible ways of seeing reality [...]“ (Fairclough 1995: 64). Medien kommt daher ein durchaus nicht zu unterschätzender manipulativer Charakter zu.

Des Weiteren ist die funktionale Dichotomie des Verhältnisses zwischen Information und Meinungsbildung zu beachten. Die Presse verwendet besonders in der Politik die Funktion der Meinungsbildung: „Der Leser erwartet von „seinem“ Blatt Orientierung und Hilfestellung.“ (Burger 2005: 23), „[...] media institutions perform not only cognitive functions of information dissemination but also interpretative functions of analysis, assessment, and comment.“ (McNair 1995: 67).

5. 3. Die Beziehung zwischen Politik und Medien

Medien spielen, wie weiter oben bereits erwähnt, für die Politik eine wesentliche Rolle:

The media, [...], should be viewed as important political actors in themselves. Not only do they transmit the messages of political organisations to the public, but they transform them through various processes of newsmaking and interpretation. What the politician wishes to say is not necessarily what the media report him or her as having said (McNair 1995: 45).

Die Politik nutzt die Medien, um ihre „Message“ an die Bevölkerung zu bringen und sie in die gewünschte Richtung hin zu beeinflussen. Schwierigkeiten bereitet hierbei die weiter oben angesprochene Vielfältigkeit des Publikums (*disperses* Publikum). Die „Message“ wird nicht bei allen Rezipienten gleich ankommen (und erreicht sicher auch niemals alle Rezipienten) und nicht alle werden in die gewünschte Richtung hin beeinflusst (vgl. McNair 1995: 10-11). So werden die Rezipienten nicht nur in der Wahl des Mediums, sondern auch in der Wahl politischer Parteien beeinflusst: „Media posiadają bowiem „władzę dyskrejonalną“: mają moc decydowania o obecności w mediach określonych aktorów politycznych czy wytwarzając w sposób zawoalowany, subtelny określony „klimat“ – sprzyjający (bądź nie) danej partii czy kandydatowi“ (Pawlas-Czyż 2008: 38). Die Leser bilden sich ihre Meinung und handeln dementsprechend, sie werden „mobilisiert“ (Pawlas-Czyż 2008: 22), und beeinflussen somit wiederum die

Medien bzw. die politischen Organisationen, die dann infolgedessen darauf reagieren (müssen).

Medien berichten und analysieren Ereignisse des politischen Lebens, sind aber zugleich auch ein Teil von diesem (vgl. McNair 1995: 45). Sie präsentieren die politischen Fakten nicht auf neutrale Weise, sondern: „[...] their accounts of political events [...] are laden with value judgments, subjectivities and biases.“ (McNair 1995: 12).

6. Die polnische Zeitungs-/Zeitschriftenlandschaft

In diesem Kapitel soll ein kurzer Überblick über die polnische Medienlandschaft gegeben werden, der sich dabei aber auf die Zeitungs- und Zeitschriftenlandschaft beschränkt.

Aufgrund politischer Ereignisse hat sich auch die Medienlandschaft nach 1989 verändert. Die Zensur wurde aufgehoben und Druckerzeugnisse brauchten nur mehr registriert anstatt lizenziert zu werden, was zu zahlreichen Zeitungs- und Zeitschriftengründungen führte, von denen nur sehr wenige „überlebten“. In den letzten Jahrzehnten hat sich der polnische Medienmarkt langsam an die westeuropäischen Medienmärkte angeglichen. Zu den wichtigsten überregionalen polnischen Tageszeitungen zählen „*Gazeta Wyborcza*“ (höchste Auflagenzahl unter den Tageszeitungen), „*Super Express*“, „*Rzeczpospolita*“, „*Życie*“, „*Express Wieczorny*“ und „*Życie Warszawy*“, zu den wichtigsten regionalen polnischen Tageszeitungen „*Dziennik Zachodni*“, „*Trybuna Śląska*“ und „*Gazeta Pomorska*“. „*Polityka*“, „*Wprost*“, „*Tygodnik Powszechny*“ und „*Nie*“ zählen zu den wichtigsten Wochenmagazinen in Polen (vgl. Winter 2003: 4-6; vgl. Bajka 2004: 83-95).

7. Methodischer Hintergrund

Für die empirische Analyse der Zeitschriftenartikel lehne ich mich an das Verfahren der Kritischen Diskursanalyse von Siegfried Jäger an. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels wird auf dieses Verfahren noch genauer eingegangen. Um in späterer Folge die Methode näher beschreiben zu können, ist es notwendig vorher die wichtigsten Grundbegriffe abzuklären.

7. 1. Text und Diskurs

Zunächst erscheint es wichtig, den Begriff „Text“ näher zu definieren: „Der Terminus „Text“ bezeichnet eine begrenzte Folge von sprachlichen Zeichen, die in sich kohärent ist und die als Ganzes eine erkennbare kommunikative Funktion signalisiert.“ (Brinker 2001: 17).

Wie hängt dieser Begriff, der hier sowohl als sprachliche als auch als kommunikative Einheit beschrieben wird, überhaupt mit dem des „Diskurses“ zusammen? Im Folgenden soll die gegebene Verbundenheit dieser zwei Begriffe in Anlehnung an Siegfried Jäger und Norman Fairclough aufgezeigt werden.

Norman Fairclough unterstreicht die Reichweite des Begriffes „Text“ und stellt den Zusammenhang zwischen Diskurs und Text folgendermaßen her:

A text is traditionally understood to be a piece of written language – a whole ‘work’ such as a poem or a novel, or a relatively discrete part of a work such as a chapter. A rather broader conception has become common within discourse analysis, where a text may be either written or spoken discourse, so that, for example, the words used in a conversation (or their written transcription) constitute a text. In cultural analysis, by contrast, texts do not need to be linguistic at all; any cultural artefact – a picture, a building, a piece of music – can be seen as a text (Fairclough 1995: 4).

Auch Siegfried Jäger beschäftigt sich mit dieser Problematik. Für ihn kommt Texten im gesellschaftlichen Gesamtdiskurs eine enorme Bedeutung zu. Sie, also die Texte, sind das Ergebnis menschlicher Arbeit/Tätigkeit, welches auch für andere zugänglich und verwendbar ist. Dabei stützt und bezieht sich die Person, die den Text erzeugt, auf in Gegenwart oder Vergangenheit Ursprung habende Gedanken anderer Menschen (vgl. Jäger 2004: 117).

Jäger geht auch auf den Zusammenhang zwischen Text und Diskurs ein und schreibt dazu:

Texte sind insofern niemals etwas nur Individuelles, sondern immer auch sozial und historisch rückgebunden. Anders ausgedrückt: Sie sind oder enthalten Fragmente eines (überindividuellen) sozio-historischen Diskurses. Diese Elemente bezeichne ich als *Diskursfragmente*. Sie *sind* Bestandteile bzw. Fragmente von *Diskurssträngen* (= Abfolgen von Diskursfragmenten mit gleicher Thematik), die sich auf verschiedenen *Diskursebenen* (= Orte, von denen aus gesprochen wird, also Wissenschaft, Politik, Medien, Alltag etc.) bewegen und in ihrer Gesamtheit den *Gesamtdiskurs* einer Gesellschaft ausmachen, den man sich als ein großes wu-

cherndes *diskursives Gewimmel* vorstellen kann; zugleich bilden die Diskurse (bzw. dieses gesamte diskursive Gewimmel) die jeweiligen Voraussetzungen für den weiteren Verlauf des gesamtgesellschaftlichen Diskurses (Jäger 2004: 117).

Zum Begriff *Diskurs*: „>D.< heißt in der wörtlichen Bedeutung ›Rede, Gespräch‹ und ist über den Umweg der französischen Sprache vom lateinischen *discursus* (>das Hinundherlaufen, die Mitteilung<) in die deutsche Sprache gelangt.“ (Fuchs / Roller 2007: 50).

Als unmöglich und auch nicht sinnvoll erweist sich die Aufgabe, dem Begriff „Diskurs“ eine einzige allgemeingültige und auf alle Wissenschaftsdisziplinen anwendbare Definition zuzuschreiben. Es existieren viele Definitionen dieses Begriffs. Reiner Keller schreibt dazu: „Der Begriff des Diskurses bezieht sich deswegen selbst innerhalb des engeren Feldes der Diskursforschung auf sehr Unterschiedliches und mit seiner Verwendung sind heterogene Forschungsziele verbunden.“ (Keller 2004: 8).

Zur Verdeutlichung dieser Vielfältigkeit und Definitionsproblematik werden folgend einige Auffassungen über die Frage *Was ist Diskurs?* dargestellt. Dabei beschränkt sich die folgende Darstellung auf die Sozial- und Kulturwissenschaften:

Eine Definition des Diskursbegriffes von Keller: „Diskurse lassen sich als mehr oder weniger erfolgreiche Versuche verstehen, Bedeutungszuschreibungen und Sinn-Ordnungen zumindest auf Zeit zu stabilisieren und dadurch eine kollektiv verbindliche Wissensordnung in einem sozialen Ensemble zu institutionalisieren.“ (Keller 2004: 7).

Konrad Ehlich vertritt einen „funktional-pragmatischen Ansatz“ und sieht „Diskurs“ bloß als eine besondere Verbindung von sprachlichen Handlungen. Für Franz Janussek ist ein Diskurs einerseits ein komplexes System von zusammengehörenden Äußerungen und Texten, andererseits gehören für ihn auch einzelne Äußerungen und Texte, die sich auf dieses System beziehen, zu diesem. Der Diskurs entsteht durch das Schreiben oder Sprechen, durch welches gleichzeitig auch die Wirklichkeit konstituiert wird. Für Jürgen Link ist Diskurs verkürzt ausgedrückt eine institutionalisierte Redeweise, die mit Handlungen einhergeht und dadurch Machtwirkungen erzeugt (z.B. Ministerreden in Medien) (vgl. Jäger 2004: 121-128).

Rainer Diaz-Bone bezieht sich auf die Foucaultsche Diskursforschung:

In der Diskursforschung ist ein Diskurs sowohl eine Wissensordnung als auch eine Wissenspraxis, die in einem sachlich, zeitlich und sozial identifizierbaren Bereich methodisch abgrenzbar und wirkmächtig ist. „Wirkmächtig“ heißt dabei, dass durch den Diskurs als Praxisform die Ordnung im Wissen hergestellt wird, dass mit dem Begriff „Diskurs“ aber auch die Wissensordnung selbst bezeichnet wird

und weiter, dass ein Diskurs ursächlich auf andere, so genannte nicht-diskursive Bereiche (wie institutionelle Praktiken) einwirkt (Rainer Diaz-Bone 2006: 72).

Siegfried Jäger definiert Diskurs: „Der Diskurs ist, ganz allgemein formuliert, ja nichts anderes als der »Fluß von ›Wissen‹ durch die Zeit«; und wenn dies so ist, dann ist davon auszugehen, daß der Diskurs immer schon mehr oder minder stark strukturiert und also »fest« und geregelt (im Sinne von konventionalisiert bzw. sozial verfestigt) ist.“ (Jäger 2004: 129).

7. 2. Diskurs und Wirklichkeit

Dabei ist es allerdings so, dass Diskurse keine Spiegel der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind, sondern sie führen neben der Wirklichkeit ein „Eigenleben“. Diskurse haben eine eigene Materialität, sie sind nicht nur „Ideologie“. Sie werden von Menschen vermittelt und produzieren dadurch Realität (vgl. Jäger 2004: 144-147). Jäger schreibt weiter: „Das alles kann selbstverständlich nicht bedeuten, daß sich die Wirklichkeit auf die Existenz von Diskursen reduzieren ließe, sondern nur, daß Wirklichkeit nach Maßgabe der Diskurse gestaltet wird.“ (Jäger 2004: 147).

Des Weiteren ist der Diskurs nach Jäger überindividuell:

Der Diskurs ist überindividuell, während der einzelne Text ein individuelles Produkt ist, den ein einzelner Mensch, der dabei zugleich immer als in die Diskurse verstrickter vorzustellen ist, als gedanklichen Zusammenhang produziert. Der Diskurs wird zwar von der Gesamtheit aller Individuen gemacht, bei unterschiedlicher Beteiligung der Individuen an jeweiligen Mengen von diskursiven Strängen und unterschiedlicher Nutzung der Spielräume, die die sozio-historisch vorgegebenen Diskurse erlauben. Aber keines der Individuen determiniert den Diskurs. Dieser ist sozusagen Resultante all der vielen Bemühungen der Menschen, in einer Gesellschaft tätig zu sein. Was dabei herauskommt, ist etwas, das *so* keiner gewollt hat, an dem aber alle in den verschiedensten Formen und Lebensbereichen (mit unterschiedlichem Gewicht) mitgestrickt haben (Jäger 2004: 148).

Daraus geht auch hervor, dass sich der Diskursbegriff auf die Gesellschaft bezieht, in der sich das einzelne Subjekt, das Individuum, konstituiert (vgl. Jäger 2004: 148).

Merkmale der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind Bürokratisierung, hierarchische Kommunikation, Herrschaftsinteressen und Aufrechterhaltung von Macht (vgl. Heinze 1992: 37).

7. 3. Diskurs und Macht

Wenn von Macht gesprochen wird, stellt sich zumeist auch die Frage, was Macht bedeutet, wie sich Macht in der gesellschaftlichen Wirklichkeit manifestiert und konstituiert, von wem sie ausgeübt wird und auf wen sie wirkt.

Wie bereits erwähnt, fungiert menschliches Sprechen als eine Tätigkeit, die die echte Realität durch die Bearbeitung (Auseinandersetzung mit der Realität) der Materie Wirklichkeit entstehen lässt. Demnach folgt auch, dass Diskurse als Träger von Wissen zugleich auch Macht in einer Gesellschaft ausüben und sogar das Verhalten beeinflussen, indem zum Beispiel Widerstand gegen diese Macht geleistet wird. Es wäre aber nicht richtig, die Ausübung von Macht auf bestimmte dominante Wissens Elemente des Diskurses zu reduzieren. Das Hauptgewicht der Machtausübung liegt im Subjekt und in der Gesellschaft. Siegfried Jäger greift in seinen Theorien über Diskurs und Macht auf Michel Foucault zurück. Michel Foucault sieht Macht als eine Vielfalt von organisierenden Kraftverhältnissen auf einem Gebiet, die sich durch Auseinandersetzungen verändern können. Sie können sich gegenseitig stützen, wenn sie sich zu Systemen zusammenschließen oder sich bei Uneinigkeit voneinander entfernen. Sie wirken in ihren komplexen Strategien bis in die entferntesten Winkel der Gesellschaft. Macht ist allgegenwärtig, da sie sich überall und zwischen allen Beziehungen erzeugt. Er betont aber auch, dass Macht nicht von „oben“ nach „unten“ (oben = die Herrscherschicht; unten = die beherrschte Schicht) ausgeübt wird, sondern von „unten“ nach „oben“. Die „unten“ anzutreffenden unterschiedlichen Kraftverhältnisse (in Familien, Gruppen, Institutionen usw.) sind Grundlage für Teilungen in der Gesellschaft. Die Herrschaftsebene „oben“ liegt auf dieser Basis und reagiert auf die „Erschütterungen“ von „unten“. Eine wesentliche Rolle in den Machtverhältnissen spielt dabei der von „unten“ herrührende Widerstand gegen die Macht. Ohne Macht kein Widerstand und umgekehrt. Foucault geht auch auf die Beziehung zwischen Diskurs und Macht ein. Er sieht den Diskurs gleichzeitig als Machtinstrument und Widerstandsinstrument. Er sieht in der Macht aber keine rein negative unterdrückende Instanz, sondern vielmehr etwas, was produktiven Einfluss auf die gesamte Gesellschaft ausübt (vgl. Jäger 2004: 149-155).

Eine wesentliche Rolle spielt dabei auch der Pluralismus der Diskurse, der als Bedingung von Gesellschaft gesehen werden kann. Alle Diskurse einer Gesellschaft haben gemein, dass sie andere Diskurse zu unterdrücken versuchen, um selbst an die Macht zu kommen. Da es aber zu viele Diskurse gibt, kann es, außer im Extremfall (Stalinismus,

Nationalsozialismus), nicht dazu kommen, dass ein Diskurs allein an die Macht gelangt (vgl. Bevc 2007: 302).

7. 4. Begriffsabklärung: Diskursanalyse (DA) – Kritische Diskursanalyse (KDA)

Grundsätzlich besteht ein Unterschied zwischen der Diskursanalyse (DA) und der Kritischen Diskursanalyse (KDA). Die Begriffsunterscheidung Diskursanalyse – Kritische Diskursanalyse erfolgt bei Reiner Keller folgendermaßen:

[...] besteht der zentrale Unterschied zwischen der *discourse analysis* und der *Critical Discourse Analysis* bzw. der *Kritischen Diskursanalyse* darin, dass die letztgenannten Ansätze weniger eine kognitionsorientierte als vielmehr eine sozialtheoretische, auf kollektive Wissensordnungen zielende Fundierung von Diskursanalysen anstreben [...] (Keller 2004: 26).

7. 4. 1. Kritische Diskursanalyse (KDA)

Mit Hilfe der Kritischen Diskursanalyse (kurz: KDA) kann an Fragestellungen gearbeitet werden, die sowohl linguistische als auch ideologie-, gesellschafts-, sozialwissenschaftlich- und sprachkritische Aspekte beinhalten. Die wichtigsten Vertreter der Kritischen Diskursanalyse sind der niederländische Sprachwissenschaftler Teun van Dijk, die österreichische Linguistin Ruth Wodak, der britische Sprachforscher Norman Fairclough und der deutsche Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger (vgl. Keller 2004: 26).

Der niederländische Sprachwissenschaftler Teun van Dijk sieht in der *discourse analysis* eine Analyse von Sprachgebrauch (reden oder schreiben) im gesellschaftlichen Kontext. Der Kontextbegriff wird dabei allerdings sehr weit gesteckt, er kann lokalsituative, gesamtgesellschaftliche und historische Dimensionen annehmen. Die Breite eines Diskurses hängt dabei von der Forschungsfrage ab (vgl. Keller 2004: 20).

Die Analysekonzepte von Norman Fairclough und Ruth Wodak lehnen sich an die *discourse analysis* an, erweitern diese aber um die gesellschaftstheoretische und gesellschaftskritische Intention (vgl. Keller 2004: 28). Norman Fairclough sieht seine Critical Discourse Analysis folgendermaßen:

CDA is consolidated here as a 'three-dimensional' framework where the aim is to map three separate forms of analysis onto one another: analysis of (spoken or written) language texts, analysis of discourse practice (processes of text production, distribution and consumption) and analysis of discursive events as instances of sociocultural practice (Fairclough 1995: 2).

7. 4. 2. Die KDA nach Jäger und ihre Anwendung in der vorliegenden Arbeit

Der Analyseteil dieser Diplomarbeit stützt sich, wie bereits erwähnt, auf den diskursanalytischen Ansatz von Siegfried Jäger. Jäger orientierte sich bei der Entwicklung seines Ansatzes an Michel Foucault und Jürgen Link. Der Ansatz ist auch unter dem Namen „Duisburger Ansatz“ bekannt und wurde schon in zahlreichen Arbeiten angewendet.

Die Kritische Diskursanalyse hat den großen Vorteil, dass sie auf allen diskursiven Ebenen anwendbar ist (vgl. Jäger / Jäger 2007: 17).

Kurz gesagt: „Es geht darum, diskursive Sagbarkeitsfelder darzustellen, diese zu interpretieren und einer Kritik zu unterziehen. Das hat zur Folge, dass auch die Diskurspositionen der Analysierenden in diese Analyse einfließen.“ (Jäger / Jäger 2007: 15).

Nicht nur die Diskursposition des Analysierenden, welche nicht unerheblichen Einfluss auf die Analyse hat, spielt bei der Analyse eine wesentliche Rolle. Für die vorliegenden Analyseergebnisse mussten im Speziellen die Diskurspositionen der für die Arbeit relevanten Parteien/Politiker und Periodika/Autoren herausgearbeitet werden, um feststellen zu können, ob es ideologische Parallelen zwischen den Parteien und den Medien gibt. Zu beachten war dabei, dass sowohl bei der analysierenden Person als auch bei den zu analysierenden Objekten die Bildung der Diskursposition sowohl bewusst, als auch unbewusst erfolgt bzw. erfolgte.

Zusammenfassend lassen sich die Besonderheiten der Kritischen Diskursanalyse wie folgt beschreiben:

Kritische Diskursanalyse kann möglicherweise einen Beitrag dazu leisten, die zu erwartenden ideologisch-diskursiven Kämpfe, die unvermeidlich sind, abzumildern, indem sie die Relativität der unterschiedlichen Konstrukte der Welterklärung aufweist, auf dieser Grundlage Modelle toleranter Kritik und Auseinandersetzung entwickelt und jeweilige Gültigkeiten und Normalitäten hinterfragt, problematisiert und kritisiert (Jäger 2004: 232).

Zunächst werden noch einige wichtige, für die Durchführung einer Kritischen Diskursanalyse unaussparbare, diskursanalytische Begriffe vorgestellt:

Diskursfragment:

Unter Diskursfragment versteht man einen Text oder Textteil, der ein bestimmtes Thema (inhaltlicher Kern einer Aussage – wovon die Rede ist) behandelt (vgl. Jäger 2004: 159).

Diskurs und Diskursstrang:

Diskursfragmente zu einem gleichen Thema bilden einen Diskursstrang (vgl. Jäger 2004: 160). Die bereits angesprochenen Diskurse bzw. Diskursstränge sind ineinander verstrickt und bilden dadurch das „diskursive Gewimmel“, welches mittels der Diskursanalyse entwirrt werden soll. Die Diskursanalyse soll dabei Aufschluss darüber geben, welche Verschränkungen von Diskurssträngen innerhalb eines Diskurses vorkommen und welche Auswirkungen derartige Diskurs(strang)verschränkungen haben bzw. wie sich die einzelnen Diskursstränge gegenseitig beeinflussen. Der Verlauf der Diskursstränge (von der Vergangenheit über die Gegenwart bis in die Zukunft) wird durch sogenannte „diskursive Ereignisse“ (Diskurse, die von einem realen Ereignis hervorgerufen werden) bestimmt (vgl. Jäger 2004: 132).

Diskursive Ereignisse und diskursiver Kontext

Diskursive Ereignisse nach Siegfried Jäger sind:

Als diskursive Ereignisse sind jedoch nur solche Ereignisse zu fassen, die medial groß herausgestellt werden und als solche medial groß herausgestellten Ereignisse die Richtung und die Qualität des Diskursstrangs, zu dem sie gehören mehr oder minder stark beeinflussen (Jäger 2004: 162).

Diskursebenen

Diskursstränge zeigen sich auf den verschiedensten diskursiven Ebenen (Wissenschaft, Politik, Medien, Alltag,...). Diese diskursiven Ebenen fungieren in gewisser Weise als soziale Orte, von denen aus etwas gesagt wird. Die Diskursebenen beeinflussen sich dabei auch gegenseitig (zum Beispiel Politikerdiskurs auf Medien-Ebene) und sind teilweise stark ineinander verschränkt (vgl. Jäger 2004: 163).

Diskursposition

Die Diskursposition bezeichnet den politischen Standort einer Person oder eines Mediums. Diskurspositionen gehen als Ergebnis der Diskursanalyse hervor und sind innerhalb eines herrschenden Diskurses äußerst homogen. In dieser Homogenität zeigt sich

auch die Wirkung dieses herrschenden Diskurses. Weichen Diskurspositionen vom hegemonialen Diskurs ab, werden sie den Gegendiskursen zugeschrieben (vgl. Jäger 2004: 164-165).

Gesamtgesellschaftlicher Diskurs

Alle Diskursstränge einer gegebenen Gesellschaft bilden zusammen den gesamtgesellschaftlichen Diskurs, wobei dieser nicht ausnahmslos homogen ist. Dieser gesamtgesellschaftliche Diskurs stellt einen Teil des globalen Diskurses dar, welcher ebenfalls nicht restlos homogen ist (vgl. Jäger / Jäger 2007: 30).

Über die Wirkung von Diskursen auf individuelles und kollektives Bewusstsein äußern sich Margarete und Siegfried Jäger folgendermaßen: „Diskursanalyse ist zugleich als Wirkungsanalyse zu verstehen. Dies deshalb, weil sie mögliche Konsequenzen des diskursiv vermittelten Wissens für das individuelle und kollektive Handeln und damit für die Gestaltung der Wirklichkeit aufzeigt.“ (Jäger / Jäger 2007: 32). Eine Wirkung der Diskurse sowohl auf das individuelle, als auch auf das kollektive Bewusstsein ist spürbar. Als Reaktion darauf sind subjektives Handeln und die kollektive Gestaltung von Wirklichkeit beobachtbar. Dabei ist zu unterscheiden zwischen einer Textwirkung, bei der die Wirkung eines einzelnen Textes oder Diskursfragmentes minimal ist, und der diskursiven Wirkung, bei der durch das wiederholte Auftreten von Argumenten, Inhalten, Symbolen und Strategien Bewusstsein formiert, Wissen aufgebaut und verfestigt und somit auch Macht ausgeübt wird (Vgl. Jäger / Jäger 2007: 32-33).

Die vorliegende Analyse der aufgetretenen Diskursstränge der beiden Periodika in einem Untersuchungszeitraum von fast drei Jahren legt dabei die Intention zur Meinungsbeeinflussung der Gesellschaft, zur Konstituierung einer allgemeingültigen Wahrheit und die damit verbundene Machtausübung frei. Analysiert wurden dabei auch die zum Einsatz gekommenen Mittel (zum Beispiel die Instrumentalisierung von Emotionen), mit deren Hilfe eine solche Beeinflussung und Machtausübung ermöglicht wurde. Die herausgearbeiteten Diskurse wurden dabei hinterfragt, problematisiert und kritisiert.

7. 5. Theoretischer Ablauf der Analyse

7. 5. 1. Vorbereitende Tätigkeiten

Vor der Analyse einzelner, ausgewählter Diskursfragmente sind zwei wesentliche Vorarbeiten zu leisten:

1. Zusammenstellung des Materialcorpus
2. Strukturanalyse: Einteilung in Themen und Unterthemen (vgl. Jäger 2004: 174)

7. 5. 2. Ablauf der Analyse ausgewählter Diskursfragmente

Nach der Zusammenstellung des Materialcorpus, der Strukturanalyse und der Auswahl der zu analysierenden Diskursfragmente, werden diese der sogenannten „Feinanalyse“ unterzogen. Diese Analyse gliedert sich überblicksmäßig wie folgt:

1. Institutioneller Rahmen: in welchem institutionellen Kontext steht das Diskursfragment (Medium, Autor, etc.)
2. Sprachlich-rhetorische Mittel: sprachliche Mikro-Analyse: zum Beispiel Argumentationsstrategien, Anspielungen, rhetorische Mittel, Redewendungen, etc.
3. Inhaltlich ideologische Aussagen: Gesellschaftsverständnis u. ä.
4. Interpretation: nach den Schritten 1. bis 3. erfolgt die systematische Darstellung (Analyse und Interpretation) des Diskursfragments (vgl. Jäger 2004: 175)

Siegfried Jäger nennt neben den hier angeführten Schritten noch die *Text-Oberfläche* als weiteren Analyseschritt. In diesem soll die graphische Gestaltung der Artikel untersucht werden. Da in der vorliegenden Arbeit ausschließlich Zeitschriftenartikel aus Online-Archiven (aufgrund der beschränkten Zugänglichkeit zu den Zeitschriften, vor allem der „Wprost“) für die Analyse herangezogen wurden, kann diesem Punkt hier nicht Rechnung getragen werden.

Des Weiteren soll hier angemerkt werden, dass der Schwerpunkt der Analyse auf inhaltlich-ideologische Aussagen gelegt wurde, weswegen auch nicht alle vorkommenden, sondern nur besonders markante sprachlich-rhetorische Mittel einer Analyse unterzogen wurden.

8. Empirischer Teil

8. 1. Untersuchungsgegenstand und -zeitraum der empirischen Analyse

Untersuchungsziel der Analyse war die Sichtbarmachung von Emotionen in der Europapolitik der beiden polnischen Parteien PiS und PO im Spiegel ausgewählter Medien. In Kapitel 8. 2. wird gesondert auf die speziellen Fragestellungen bzw. Hypothesen für die Analyse eingegangen.

Im Untersuchungszeitraum vom 1. Juli 2005 bis zum 30. April 2008 wurden zwei polnische Periodika, es sind dies „*Wprost*“ und „*Polityka*“, in Hinblick auf die in Kapitel 8. 2. genannten Fragestellungen und Hypothesen hin untersucht. Der relativ lange Zeitraum, der immerhin fast drei Jahre umfasst, wurde deswegen gewählt, um ein aussagekräftiges Analyseergebnis präsentieren zu können. Außerdem bietet dieser Zeitraum die Möglichkeit, beide Regierungsantritte (PiS 2005; PO 2007) und die davor stattgefundenen Wahlen in die Untersuchung miteinzubeziehen.

8. 2. Hypothesen und Fragestellungen

Folgende Hypothesen waren für die Arbeit von Relevanz und sollten aufgrund der Analyse der Zeitschriftenartikel und themenrelevanter Sekundärliteratur verifiziert bzw. falsifiziert werden:

1. Die PiS vertritt eine europaskeptische und -ablehnende Haltung.
2. Die PO vertritt eine europakritische aber -befürwortende Haltung.
3. Die untersuchten Medien weisen unterschiedliche europapolitische Einstellungen auf.
4. Die europapolitische Einstellung der „*Wprost*“ ist gekoppelt an die der PiS.
5. Die europapolitische Einstellung der „*Polityka*“ ist gekoppelt an die der PO.
6. Sowohl die Parteien, als auch die Medien setzen europapolitische Emotionen zur Beeinflussung der Wählerschaft/Bevölkerung bzw. der LeserInnen ein.

Die Hypothesen 1, 2 und der parteispezifische Teil der Hypothese 6 werden in Kapitel 4. 2. 3. und 4. 3. 3., die anderen in Kapitel 8. 7. 3., 8. 7. 4. und zusammenfassend in Kapitel 8. 7. 5. verifiziert bzw. falsifiziert.

Die beiden polnischen Medien, es sind dies die Wochenmagazine „*Wprost*“ und „*Polityka*“, wurden in einer empirischen Analyse auf folgende Fragestellungen hin untersucht:

1. Welche Themen werden in Bezug auf „Europa“ angesprochen?
2. Welche Einstellung zu „Europa“ vermittelt das jeweilige Wochenmagazin?
3. Ist eine Ausrichtung des jeweiligen Wochenmagazins auf eine politische Partei zu erkennen?
 - Wie äußert sich diese Ausrichtung?
4. Wie werden die beiden Parteien PiS und PO dargestellt?
5. Welche Emotionen in Bezug auf Europa weckt das jeweilige Magazin?
 - Wie argumentiert das Magazin in Bezug auf diese Emotionen?
 - Werden diese Emotionen instrumentalisiert und wie?
6. Welche Unterschiede existieren zwischen den beiden Medien?

Gesucht wird dabei nach Differenzen in Bezug auf:

 - Angesprochene Themen und Häufigkeit dieser
 - Instrumentalisierung von Emotionen als Argumentationsgrundlage
 - Politische Ausrichtung der beiden Medien

8. 3. Zusammenstellung des Materialcorpus

Aufgrund der einfacheren Zugänglichkeit wurde das Materialcorpus mit Hilfe der Online-Archive der beiden Zeitschriften „*Wprost*“ und „*Polityka*“ erstellt. Die Archive wurden auf die Stichworte „Europa“ und „UE“ (für poln. *Unia Europejska*) hin im Archivzeitraum von 1. Juli 2005 bis 30. April 2008 untersucht. Es fanden sich zahlreiche Einträge, die eine weitere Sichtung des Materials notwendig machten. Um an das für die vorliegende Arbeit relevanten Materialcorpus zu gelangen, mussten diese Einträge gelesen und auf die besonderen Fragestellungen dieser Arbeit hin untersucht werden. Für „*Wprost*“ ergab sich dabei ein Materialcorpus von 49 Artikeln. Der Materialcorpus von „*Polityka*“ bestand aus 38 Artikeln.

8. 3. 1. Die Textstruktur der Artikel

Beide Materialcorpora bestehen fast ausschließlich aus Berichten (poln. *raport*), in die Elemente des Kommentars (poln. *komentarz*) miteinfließen (zur Mischform weiter unten). Rein äußerlich ließen sich Berichte von Kommentaren durch ein für den Bericht konventionalisiertes Aufbauprinzip unterscheiden:

[Obertitel]
Schlagzeile (Titel)
[Untertitel]
Lead (Vorspann)
Haupttext (Burger 1990: 332)

Der Kommentar hat im Gegensatz zum Bericht keine solche konventionalisierte Aufbaustruktur und wird zumeist gesondert als „Kommentar“ betitelt. Er ist zumeist reich an Metaphern (aktivieren die Einstellungen des Lesers) (vgl. Burger 1990: 333-334).

Der allgemeine journalistische Trend tendiert zu einer Mischform aus Bericht und Kommentar (vgl. Burger 1990: 334). Dieser ist auch in den Zeitschriften „*Wprost*“ und „*Polityka*“ vorzufinden.

Als besonderes Merkmal in Bezug auf die Analyse der Textstruktur ist bei Kommentaren die argumentative Themenentfaltung zu nennen. „Der Emittent begründet eine (strittige) Behauptung bzw. These [...], die das Textthema repräsentiert, durch Argumente [...].“ (Brinker 2001: 74). Die Grundlage des Textes stellen die These und die Argumente dar. Die Daten (Argumente) dienen als Belege für die aufgestellte These. Aufbauend auf diese beiden Elemente kommt die Schlussregel hinzu, welche vom Emittenten quasi unterstellt wird: „Der Emittent glaubt einen solchen Grundsatz als zur gemeinsamen Wertbasis (mit seinen Lesern gehörend) unterstellen zu können.“ (Brinker 2001: 78). Hinzuzufügen ist auch, dass in Kommentaren vorwiegend das Prinzip der Subordination von Sätzen anzutreffen ist. Kausale, konditionale, konsekutive und adversative Satzverknüpfungen stellen dabei die wichtigsten Verbindungen von Haupt- und Nebensätzen dar (vgl. Brinker 2001: 74-82).

Zur argumentativen Themenentfaltung kommt zumeist noch die deskriptive Themenentfaltung hinzu, die sich in Berichten finden lässt, in denen ein einmaliger Vorgang oder ein historisches Ereignis beschrieben wird. Bei der deskriptiven Themenentfaltung beantwortet der Emittent die wesentlichen W-Fragen (Was, Wie, Wer, Wo, Wann) eines

Ereignisses und klärt in einem längeren Bericht auch Motive der Handelnden und eventuelle Folgen des Ereignisses. Aus grammatikalischer Sicht dominiert vor allem der Einsatz der Vergangenheitsform sowie Temporal- und Lokalbestimmungen (*vor dem Treffen, in Brüssel* usw.) (vgl. Brinker 2001: 65).

8. 3. 2. Die Textfunktion der Artikel

In Bezug auf die Textfunktion der Artikel kommt diesen ein überwiegend informativer Charakter zu. „Der Emittent gibt dem Rezipienten zu verstehen, daß er ihm ein Wissen vermitteln, ihn über etwas informieren will.“ (Brinker 2001: 108).

Häufig verbindet sich die informative Funktion auch mit der „evaluativen“ Einstellung. Der Emittent findet etwas gut oder schlecht und teilt dies in der Bewertung eines Sachverhaltes mit, ohne einen meinungsbeeinflussenden Effekt erzielen zu wollen. Aus dem Kontext kann sich jedoch dazu noch eine appellative Funktion herausbilden, die in den untersuchten Artikeln äußerst häufig anzutreffen war (vgl. Brinker 2001: 108-111). „Der Emittent gibt dem Rezipienten zu verstehen, daß er ihn dazu bewegen will, eine bestimmte Einstellung einer Sache gegenüber einzunehmen (Meinungsbeeinflussung) und/oder eine bestimmte Handlung zu vollziehen (Verhaltensbeeinflussung).“ (Brinker 2001: 112).

8. 4. Charakterisierung der analysierten Zeitschrift „Wprost“

Herausgegeben wird die Zeitschrift von *Agencja Wydawniczo-Reklamowa „Wprost“ sp.z o.o.*

„Wprost“ ist eine politische Wochenzeitschrift, die seit dem 5. Dezember 1982 erscheint. Sitz von „Wprost“ war zuerst Posen, seit November 2000 ist es Warschau. Chefredakteur ist seit 2007 Stanisław Janecki, Herausgeber der Zeitschrift Marek Król. Nach einer Internetinformation der Zeitschrift würden gemäß einer Studie (2007) zumindest einmal im Monat mehr als drei Millionen LeserInnen auf das Wochenmagazin zurückgreifen. Des Weiteren sei sie die am vierthäufigsten zitierte Zeitschrift. Zu den wichtigsten aktuellen Mitarbeitern zählen Szewach Weiss, Prof. Witold Orłowski, Wojciech Wencel und Marcin Wolski. Zu den Mitarbeitern vergangener Jahre zählten unter anderen Stefan Kisielewski, Leszek Balcerowicz, Lech Wałęsa, Waclaw Wilczyński,

Prof. Jacek Kurczewski und Stanisław Tym. Jedes Jahr verleiht die Zeitschrift den Titel *Człowiek Roku* (dt.: Mensch des Jahres) an Menschen, die im vergangenen Jahr den größten Einfluss auf die polnische Wirklichkeit hatten. So ging der Titel 2005 zum Beispiel an den Vorsitzenden der Partei PiS Jarosław Kaczyński.¹⁴ Ergänzend soll noch erwähnt werden, dass in „Wprost“ auch häufig Artikel von PiS-nahen Personen abgedruckt werden, als Beispiel wäre hier Marek A. Cichocki anzuführen, der europapolitische Berater von Jarosław Kaczyński.

Das Profil von „Wprost“ gilt als rechts-konservativ. Zu erkennen ist eine klare Ausrichtung von „Wprost“ an rechten Parteien, was auch die Analyseergebnisse in dieser Arbeit bestätigen. Eine solche Ausrichtung wirkt sich auf die Haltung dieses Periodikums klar aus, was sich unter anderem zum Beispiel in deutschlandkritischen Berichten abzeichnet. Zu beachten ist allerdings die rückläufige Verkaufszahl.¹⁵ Die Zahl der verkauften Exemplare von „Wprost“ lag im August 2007 bei 171 329, im Oktober 2007 bei 126 977, im Dezember 2007 bei 131 420, im Februar 2008 bei 109 834 Exemplaren.¹⁶ Vielleicht erklären die sinkenden Verkaufszahlen auch warum das Internetarchiv im Frühjahr 2008, kostenlos zugänglich gemacht wurde.

8. 5. Charakterisierung der analysierten Zeitschrift „Polityka“

Die Zeitschrift wird herausgegeben von *POLITYKA Spółdzielnia Pracy*. „Polityka“ ist ebenfalls eine politische Wochenzeitschrift, die seit 1957 erscheint. Die erste Ausgabe erschien mit der Datierung 27. Februar – 5. März 1957.¹⁷ Im Jahr 2006 avancierte „Polityka“ zum best verkauften Nachrichtenmagazin. Der Chefredakteur ist seit 1994 Jerzy Baczyński. Ungefähr 2,5 Millionen LeserInnen greifen zumindest einmal im Monat auf die Polityka zurück. Zu den MitarbeiterInnen, denen für ihr Schaffen auch schon Preise verliehen worden sind, zählen unter anderen Janina Paradowska, Dorota Szwarzman, Paweł Walewski, Joanna Solska, Adam Grzeszak, Edyta Gietka.¹⁸

¹⁴ URL: http://www.wprost.pl/o_firmie/ [19. 5. 2008]

¹⁵ URL: <http://www.taz.de/nc/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=me&dig=2008%2F02%2F07%2Fa0181&src=GI&cHash=248a7e1f77> [19. 5. 2008]

¹⁶ URL: <http://www.zkdp.pl/index.php> [16. 10. 2008]

¹⁷ Sie galt damals als Zeitung der Reformer in der Arbeiterpartei. Der Kommunistischen Partei gegenüber war sie eher kritisch eingestellt (vgl. Urban 2003: 115).

¹⁸ URL: http://www.polityka.pl/polityka/index.jsp?place=Lead30&news_cat_id=1692&news_id=239522&layout=18&forum_id=12930&fpage=Threads&page=text [19. 5. 2008]

Das Magazin hat ein intellektuelles, sozialliberales Profil. Es legt besonderen Wert auf distanzierte Analysen.

Im August 2007 zählte „*Polityka*“ 186 287, im Oktober 2007 161 491, im Dezember 2007 179 853 und im Februar 2008 150 391 verkaufte Exemplare.¹⁹

8. 6. Einteilung in Themen und Unterthemen (Strukturanalyse)

Um die Strukturanalyse durchführen zu können, das heißt das Materialcorpus in Themen und Unterthemen einzuteilen, musste zuerst die genauere Bedeutung des Begriffes „Thema“ geklärt werden. „Thema“ wird in Brinker definiert als:

[...] Kern des Textinhalts, wobei der Terminus „Textinhalt“ den auf einen oder mehrere Gegenstände (d. h. Personen, Sachverhalte, Ereignisse, Handlungen, Vorstellungen usw.) bezogenen Gedankengang eines Textes bezeichnet. Das Textthema (als Inhaltskern) ist entweder in einem bestimmten Textsegment (etwa in der Überschrift oder einem bestimmten Satz) realisiert, oder wir müssen es aus dem Textinhalt abstrahieren [...] (Brinker 2001: 56).

Bernhard Sowinski bezeichnet ein „Thema“ auch als „semantisches Konzentrat“ (Sowinski 1983: 95).

Ein auffallendes und wichtiges Merkmal war dabei auch die Häufigkeit des Auftretens eines Themas bzw. von Aussagen, welche auf Aufmerksamkeitsschwerpunkte bzw. Trends im Diskurs/Diskursstrang verweisen können (vgl. Jäger 2004: 192).

Bei der Auswahl der Artikel für die vorliegende Untersuchung wurden unter anderen folgende Kriterien herangezogen:

- die Diskursposition der Zeitschrift
- der thematische Schwerpunkt des jeweiligen Diskursstrangs
- die formalen Besonderheiten der Darstellung (zum Beispiel rhetorische Mittel) (vgl. Jäger 2004: 193)

¹⁹ URL: <http://www.zkdp.pl/index.php> [16. 10. 2008]

In den folgenden beiden Unterkapiteln werden die Ergebnisse der zwei vorgenommenen Strukturanalysen dargestellt. Es sind dies jeweils die Themen, die am häufigsten in der entsprechenden Zeitschrift in Bezug auf Europa bzw. der EU auftraten.

8. 6. 1. Strukturanalyse von „*Wprost*“

Polens Platz in der EU

Europäische Identität

„Europäische Eliten“ (gemeint sind hier vor allem Deutschland und Frankreich)

Amerikanisch-polnische Beziehung

Nationalismus

Europäische Werte (Christentum, Familie, etc.)

Terrorismus- und Islam-Problematik

Beziehung Polen – Deutschland (Feindbild Deutschland)

Beziehung Polen – EU – Russland (Feindbild Russland)

Außenpolitik der PiS

Außenpolitik der PO

Wahlen

8. 6. 2. Strukturanalyse von „*Polityka*“

EU allgemein – positive und negative Kritikpunkte

EU und Polen – positive und negative Kritikpunkte

Europäische Identität

Außenpolitik der PiS

Außenpolitik der PO

Beziehung Polen – Deutschland

Beziehung Polen – EU – Russland (Russlandkritik)

Polen und NATO

Terrorismus- und Islam-Problematik

Wahlen

Todesstrafe

8. 7. Analyseergebnisse

Im Folgenden wird die europapolitische Problematik beschrieben, wie sie in „*Wprost*“ bzw. in „*Polityka*“ dargestellt wird. In Kapitel 8. 7. 3. werden die Analyse- und Interpretationsergebnisse von „*Wprost*“, in Kapitel 8. 7. 4. die von „*Polityka*“ dargestellt.

Nach jeder Analyse und Interpretation von Diskursfragmenten, bei denen auch auf die besonders auffallenden sprachlichen Mittel, die von den Autoren des jeweiligen Mediums zur Untermauerung ihrer Argumentation verwendet werden, eingegangen wird, folgt die Belegung mittels ausgewählter Diskursfragmente aus „*Wprost*“ bzw. „*Polityka*“.

Bei der Analyse und Interpretation wird auf die unter Kapitel 8. 2. genannten Fragestellungen geachtet. Die Analyse und Interpretation werden parallel durchgeführt, da eine gesonderte Interpretation aufgrund der Komplexität des Themas zu unerwünschten Kontextverlusten führen könnte.

8. 7. 1. Anmerkungen zur Interpretation

Die Interpretation der Diskursfragmente stellt die eigentliche Diskursanalyse dar. Die sich während der Vorarbeiten ergebenden Fakten und sprachlichen Besonderheiten müssen in der Interpretationsphase in einem Zusammenhang gesehen werden. Nicht nur das vom Autor/ der Autorin Gemeinte steht nun im Mittelpunkt des Interesses, sondern auch die Wirkung, die der Text beim Rezipienten hinterlässt. Diese Wirkung kann bei jedem Rezipienten anders aussehen, weshalb die Interpretation des Analysierenden nicht unbedingt mit der eines anderen Rezipienten übereinstimmen muss. Die einzelnen Texte bzw. Diskursfragmente sind dabei immer als Teil des gesamten Diskurses zu betrachten (vgl. Jäger 2004: 184-185).

8. 7. 2. Probleme der Interpretation

Auch wenn die Interpretation mit großer Sorgfalt durchgeführt wurde, bleibt besonders bei Diskursanalysen, die von einem einzigen Analysierenden durchgeführt wurden, ein gewisses Restrisiko einer nicht ganz richtigen Verallgemeinerung:

Es ist sicherlich problematisch, den aufgrund einiger [...] Textstellen [...] entwickelten spezifischen Hypothesen allgemeinere Gültigkeit zuzusprechen. Diese Hypothesen können nämlich den Blick für die weiteren Lesarten oder die weiteren Fälle so einschränken, daß der Interpret dazu neigt, die ersten Hypothesen zu bestätigen (was die Arbeit in einer größeren Gruppe jedenfalls verhindern soll) (Heinze 1992: 94).

Um einer falschen Verallgemeinerung bestmöglich vorzubeugen, war es für die vorliegende Analyse wichtig, sich das eben angeführte Problem immer wieder vor Augen zu halten. Durch den Einbezug themenrelevanter aktueller Literatur und der Diskurspositionen der jeweiligen Autoren gelang es, die Diskurspositionen der „*Wprost*“ bzw. der „*Polityka*“ kritisch zu betrachten und somit gleichzeitig auch das Risiko für eine falsche Verallgemeinerung durch den Analysierenden zu minimieren. Zu beachten bleibt bei der Interpretation, dass auch den von den jeweiligen Autoren der beiden Periodika (und somit stellvertretend für das jeweilige Medium) vermittelten Diskurspositionen, falsche Verallgemeinerungen zugrunde liegen können. Aus dieser Position ist es möglich sich geradezu dem Herzstück der Kritischen Diskursanalyse, nämlich der unabdingbaren kritischen Perspektive, zu nähern:

Bereits die Erfassung der Diskurse fördert eine kritische Perspektive zu Tage, indem dabei die impliziten und nicht gesagten Voraussetzungen und als Wahrheiten vertretenen Setzungen oder zu Unrecht Konsens beanspruchenden Aussagen oder falsche Verallgemeinerungen und dementsprechende Fluchtlinien etc. sichtbar gemacht werden können (Jäger 2004: 223).

8. 7. 3. Analyseergebnisse „*Wprost*“

Aus den nachfolgenden Diskursfragmenten von „*Wprost*“ geht hervor, dass sich Polen als Mitglied der EU und als Teil von Europa nicht gleichberechtigt gegenüber anderen Ländern, insbesondere gegenüber den „europäischen Eliten“ fühlt. Als „europäische

Eliten“ sind hier vor allem Deutschland, Frankreich und Großbritannien zu verstehen. Die Präsentation des Deutschlandbildes deckt sich weitgehend mit dem Deutschlandbild, das die PiS hat bzw. vermittelt. Wahrscheinlich würden diese Länder, so „*Wprost*“, ihre *pozycja mocarstwowa* (dt. *Großmachtstellung*, Diskursfragment 1) innerhalb der EU nur ungern aufgeben. Die EU werfe Polen „Rückständigkeit“ vor und sähe es nicht als gleichwertigen Partner an. Deutschland wird laut „*Wprost*“ als „unfares Nachbarland“ beschrieben, welches sich in der EU als Hegemonialmacht aufspielt und in gewisser Weise wie ein Diktator den Ton angibt. Durch die teilweise sehr negative Darstellung Deutschlands kommt es zu einer Instrumentalisierung und Deutschland wird zu einem Feindbild, mit dessen Hilfe die Emotionen der LeserInnen geweckt und verstärkt werden sollen. In der Entscheidungsfindung bei europapolitischen Belangen würde Polen hintergangen und nicht als „gleichwertiger Partner“ angesehen. Die Entscheidungen würden hinter dem Rücken Polens und der polnischen Regierung gefällt. In Deutschland würde über Polen gelacht und man beleidigt das Land und seine Regierung (bezieht sich auf die Regierung der PiS), wann immer es nur möglich ist (zum Beispiel in den deutschen Medien). Deutschland spiele laut „*Wprost*“ ständig ein „Spiel um die Macht“ und „kämpft“ dabei mit allen Mitteln. Auffallend sind dabei die Redemittel, mit denen die Autoren ihre Argumentation untermauern. Sie lehnen sich direkt an den Kriegswortschatz an oder lassen zumindest eine Anspielung auf diesen erkennen: *zimna wojna* (dt. *kalter Krieg*, Diskursfragment 2, 6, 7), *granat prasowy* (dt. *Mediengranate*, Diskursfragment 3), *atakować* (dt. *angreifen*, Diskursfragment 2, 3), *groźby* (dt. *Drohungen*, Diskursfragment 3), *bronić* (dt. *verteidigen*, Diskursfragment 2, 3), *ataki* (dt. *Angriffe*, Diskursfragment 3, 10), *pole działania* (dt. *Handlungsfeld*, Diskursfragment 3), *zdrada idei europejskiej* (dt. *Verrat an der europäischen Idee*, Diskursfragment 6), *niemiecka misja* (dt. *deutsche Mission*, Diskursfragment 7). Die Verwendung dieser Wörter führt zur Etablierung eines deutschen Feindbildes, welches den LeserInnen suggeriert werden soll. Deutschland stelle in gewisser Weise eine Gefahr für Polen auf der europäischen Bühne dar, der es gilt entgegenzuwirken. Auch in den folgenden Absätzen und Diskursfragmenten treten diese Ausdrücke häufig auf, woraus sich eine allgemeine antideutsche Haltung herauskristallisiert.

Diskursfragment 1

„Wprost” Nr. 32, 14. 8. 2005

Stany Zjednoczone Europy; AutorInnen: Szewach Weiss, Ewa Szmaj

[...] Można wątpić, czy możliwa jest jedność polityczna, kiedy działają takie potęgi jak Wielka Brytania, Niemcy czy Francja, a obok nich małe kraje nadbałtyckie oraz republiki bałkańskie. [...] Politycznej jedności nie pomaga to, że francuska wieś raczej nie zechce polskiej. Tak jak nie każdy Niemiec, Francuz, Brytyjczyk czy Belg będzie chciał ponosić odpowiedzialność za pomoc byłym krajom komunistycznym. Nie jest pewne, czy Wielka Brytania, Francja i Niemcy zrezygnują ze swoich pozycji mocarstwowych na korzyść Europy. [...] Nie wiadomo, kiedy Niemcy przyzwyczają się do traktowania Polaków jako partnerów. [...]

Diskursfragment 2

„Wprost” Nr. 20, 20. 5. 2007

Demokraci koncesjonowani; Autor: Piotr Cywiński

[...] Nasi sąsiedzi²⁰ tęsknią za Aleksandrem Kwaśniewskim i Leszkiem Millerem, z którymi dało się wypić, pogadać i bez przeszkód robić swoje. Dla zagranicy byłoby wygodniej, by nasz kraj bez szemrania dostosowywał się do reguł ustalanych poza Warszawą. W europejskiej prasie rozgrywa się polska tragifarsa z udziałem naszych polityków, którzy sami obrzucają błotem Polskę i rządzących nią. W sytuacji braci Kaczyńskich byłby każdy polityk mówiący, że będzie bronił interesów swego kraju. [...] Od czasu zimnej wojny nie było polskiego rządu tak zajadle atakowanego w RFN jak PiS z koalicjantami. [...]

Diskursfragment 3

„Wprost” Nr. 38, 23. 9. 2007

Granat prasowy; Autor: Mariusz Muszyński, Krzysztof Rak

[...] Podczas ostrego sporu na linii Berlin – Warszawa media niemieckie nie tylko przyjęły linię polityki swojego państwa, ale zaangażowały się w obronę niemieckiego stanowiska w kwestii podziału głosów w Radzie UE. W bezpardonowy sposób zaatakowały Polskę, nie zważając na jej argumenty. Używały pomówień i gróźb. Zamiast dyskusji merytorycznych dominowała nuta pretensji sprowadzająca się do tego, że Polska nie dojrzała do członkostwa w UE i najlepiej zrobiłaby, występując z wspólnoty. Kampania ta była otwartym wsparciem niemieckiego rządu. [...] osłabiała polski rząd. Podważała jego wiarygodność nie tylko za granicą, ale i we własnym kraju. [...] Zamiast bronić strony polskiej, media skupiły się na równoległych atakach skierowanych przeciwko polskiej władzy państwowej. [...] To zjawisko to przede wszystkim problem tożsamości polskich elit. [...] niektórzy politycy, kiedyś myślący kategoriami Moskwy, tak łatwo

²⁰ Gemeint sind hier die Deutschen.

dziś kierują się interesem nie polskim, lecz tzw. europejskim. Pojęciem, które służy silnym krajom UE do prowadzenia gier o władzę. [...] Dziś polem działania polityki zagranicznej państwa nie są bowiem wyłącznie zacisza gabinetów, lecz polska i zagraniczna opinia publiczna. [...]

Die EU sei immer noch zweigeteilt: eine bessere und eine schlechtere EU, eine EU, die mehr bestimmen darf, und eine, die weniger Stimmkraft besitzt und eine gleichberechtigte und eine ungleichberechtigte EU. Polen würde ungerecht behandelt, obwohl es sich tatkräftig für die EU einsetzt.

Des Weiteren setze sich die polnische Regierung laut „*Wprost*“ für den Erhalt der christlichen Werte und eine Erwähnung dieser als Grundlage Europas in der Verfassung ein. Polen käme eine wichtige Funktion innerhalb der EU zu, die von den anderen EU-Ländern aber nicht geschätzt würde. Polen fungiere als moralische Instanz, als christliches Vorbild, an dem sich die anderen EU-Länder ein Beispiel nehmen sollten.

Die EU erwarte sich nicht viel von Polen und sei deshalb umso mehr über die positiven Erfolge Polens überrascht. Trotzdem könne das „durch Postkommunismus verarmte und geschwächte“ Polen finanziell noch nicht mit den „Eliten der EU“ mithalten. Mit dieser Rhetorik soll bei den LeserInnen in gewisser Weise ein Gefühl der „Schwäche des eigenen Landes“ aufkommen. Aufbauend auf dieses Gefühl soll eine weitere Emotion hervorgerufen werden, nämlich des Verlangens nach Gerechtigkeit – die „Stärkeren“ sollen die „Schwächeren“ (innerhalb der EU) unterstützen. Die Grenze zum Wohlstand würde dabei entlang der polnisch-deutschen Grenze verlaufen. Polen müsse diszipliniert werden und zwar von Ländern, die am längsten in der EU sind. Insbesondere wird hier wieder auf Deutschland verwiesen. Polen möchte laut „*Wprost*“ aber, dass der „harte Kern“ der EU (wiederum Länder wie Deutschland und Frankreich) und eine Einteilung der EU in drei Kategorien aufgelöst wird. Der Ausdruck *twarde jądro* (dt. harter Kern, Diskursfragment 5, 14) taucht in den Diskursfragmenten sowohl im Singular als auch im Plural auf. Er steht stellvertretend für die „europäischen Eliten“, die fest zusammenhalten. Die Machtposition dieser Länder wird durch den Ausdruck unterstrichen, da mit diesem eine schwere Zerschlagbarkeit dieses Kerns/oder mehrerer Kerne konnotiert wird. Den „harten Kern“ bezeichnet die „*Wprost*“ auch noch mit *dyktoriał rządzący* (dt. regierendes Direktorat, Diskursfragment 10), *trzy konie unii* (dt. die drei „Zugpferde“ der Union, Diskursfragment 12), *monolit nie do przebicia* (dt. unzerschlagbarer Monolit, Diskursfragment 13), *krupierzy przy unijnym stoliku* (dt. Croupiers am „Unionstischchen“ Diskursfragment 13) und *dyktatorzy zjednoczonej Europy* (dt. Diktatoren

des vereinten Europa, Diskursfragment 13). Auch diese Begriffe suggerieren eine „nach Macht gierende“ und tonangebende Position der „europäischen Eliten“ (allen voran Deutschland, dann Frankreich, Großbritannien und Italien) und sollen in den LeserInnen ein Gefühl des „ungerecht Behandeltwerdens“ hervorrufen.

Diskursfragment 4

„Wprost” Nr. 30, 31. 7. 2005

Heroiczni naiwniacy; Autor: Zdzisław Krasnodębski

[...] choć formalnie jesteśmy członkami UE, w świadomości wielu Europejczyków Europa nadal jest podzielona niewidzialną linią: na część lepszą i gorszą, mniej i bardziej uprawnioną do zabierania głosu, na równą i równiejszą. [...] Mieszkańcy krajów "rdzenia" Europy oczekiwali, że to Polacy (i może także ekscentryczni Brytyjczycy, którym jednak wiele się wybacza) odrzucą traktat konstytucyjny, który miał ich dyscyplinować, odbierał im pozycję wywalczoną w Nicei i nie wspominał w preambule o chrześcijaństwie. To przecież Polacy - po interwencji w Iraku, po negocjacjach akcesyjnych oraz po oporze przeciw zapisom traktatu, w którego wyniku hasło "Nicea albo śmierć" jest znane nawet tym, którzy prawie nic nie wiedzą o Polsce i o UE - zostali uznani za mąciwodów w Europie. [...] A Polacy? Wręcz przeciwnie, nie tylko głośno mówią, że są zadowoleni z członkostwa w UE, lecz także - jak można było sądzić po reakcji elit [...] polscy politycy, którzy jeszcze do niedawna walczyli o utrzymanie ustaleń traktatu nicejskiego oraz domagali się uwzględnienia chrześcijaństwa w preambule, teraz chcieli przeprowadzać referendum bez oglądania się na innych. [...] Europejczycy niewiele się po Polakach spodziewają. Stąd zaskoczenie i przerażenie naszymi sukcesami, nawet umiarkowanymi. To, że ciągle jesteśmy obcy w Europie - choć powoli zaczyna się to zmieniać - jest skutkiem niezawinionego wyłączenia nas z niej po 1945 r. [...] Czego brakuje dziś Polakom, byśmy mogli być uznani za swoich i byli traktowani z równym szacunkiem jak "starzy" Europejczycy? Przede wszystkim brakuje nam pieniędzy. Te liczą się w Europie najbardziej. Ciągłe polsko-niemiecka granica, oddzielająca "starą" Europę (choć wschodnie Niemcy zostały przyłączone do niej dopiero w 1990 r.) od "nowej", jest granicą dobrobytu. [...] Zapewne różni nas od Europy Zachodniej religijność. Niektórzy Niemcy mówią o polskim kulcie maryjnym tak, jakby był on większym zagrożeniem niż partie neonazistowskie w ich kraju. [...] Jak pokazały dni śmierci Jana Pawła II, ciągle istnieje inna, chrześcijańska Europa. Na co dzień mało jest widoczna, skrywa się na katolickich peryferiach lub w sferze prywatnej, do której jest usilnie spychana. Ale nie rezygnuje z prawa określania tego, czym jest i powinna być Europa. [...] Mimo swej biedy i słabości państwa przeżartego postkomunizmem Polacy nie nadają się na potulny obiekt "europeizacji". [...]

Diskursfragment 5

„Wprost” Nr. 6, 12. 2. 2006

Śmierć kliniczna; AutorInnen: Dominika Ćosić, Grzegorz Sadowski

[...] Pomysły reanimacji traktatu zamiast prawdziwej debaty o granicach rozszerzenia i europejskiej solidarności są próbą ucieczki od rzeczywistych problemów unii. Polska - wspólnie z nowymi krajami członkowskimi - zamiast ulegać austriackiej histerii i niemieckiej hipokryzji, powinna zaproponować wizję Europy "25", bez twardych jąder i członków drugiej i trzeciej kategorii. Dopiero w takiej Europie będzie miało sens pytanie o to, czy konstytucja jest nam potrzebna. [...]

Deutschland müsse laut „Wprost“ seine Einstellung Polen gegenüber ändern, es müsse am falschen Polenbild arbeiten, welches sich vorwiegend aus antideutschen Haltungen zusammensetzen würde. Deutschland solle lernen, nicht auf Kosten anderer Länder (vor allem Polen) seine Interessen durchzusetzen. Deutschland wird als *macocha* (dt. *Stiefmutter*, Diskursfragment 10) und *nieformalny przywódca Europy* (dt. *inoffizieller Anführer von Europa*, Diskursfragment 12) bezeichnet. Die „Wprost“ treibt es auf die Spitze und schreibt weiter, dass Deutschland Polen wie eine „Kolonie“ (Diskursfragment 11) behandeln würde. Die gewählten Ausdrücke begünstigen weitere negative Assoziationen und eine Bestärkung des negativen Deutschlandbildes.

Angespielt wird in „Wprost“ hierbei häufig auf die Beziehungen zwischen der EU (besonders Deutschland) und Russland (Energiepolitik), die den „Rahmen der europäischen Integration“ mit negativen Auswirkungen auf Polen oft überschreitet. Das von Russland ins Leben gerufene Fleisch- und Lebensmittelembargo für Polen gelte laut „Wprost“ ebenfalls als Beispiel dafür, dass die EU keineswegs solidarisch handeln, schlimmer, Polen sogar im Stich lassen würde. Polen habe sich alleine dem Problem stellen müssen. Die europäische Solidarität müsse gefestigt werden und solle vor allem in außenpolitischen Angelegenheiten, insbesondere die Russland betreffenden, zum Einsatz kommen.

Immer wieder wird die Frage bezüglich des Entwurfs des Verfassungsvertrages aufgegriffen. Auch in dieser Hinsicht festigt „Wprost“ ihren oben angesprochenen Standpunkt: Deutschland versuche sich auf Kosten anderer Länder eine Vormachtstellung innerhalb der EU zu sichern. Die Verfassung würde Deutschland dabei helfen, da sie die Position Deutschlands innerhalb der EU begünstigen würde. Gleichzeitig versuche Deutschland Polen von den Vorteilen der angestrebten „Ostpolitik“ und der für Deutschland günstigen Verfassung zu überzeugen. „Wprost“ suggeriert damit, dass die

Beziehung zu Russland von Deutschland als „Köder“ verwendet würde, Polen von der Verfassung zu überzeugen. Die Verfassungsfrage zieht sich durch den Großteil der Diskursfragmente hindurch und wird durchwegs negativ assoziiert (viele Vorteile für Deutschland und andere „Eliteländer“, keine bzw. wenig Vorteile für Polen, Nichtbeachtung der christlichen Tradition Europas, unfaire Stimmenverteilung, etc.).

Aus Diskursfragment 6 geht eine Deckung der politischen Haltung der Zeitschrift „*Wprost*“ Deutschland gegenüber mit der der Kaczyński-Brüder hervor: Deutschland versuche mit allen Mitteln seine Interessen durchzusetzen. Des Weiteren wird explizit darauf hingewiesen, dass die schlechten Beziehungen zu Deutschland während der PiS-Regierung nicht aufgrund der angeblichen antieuropäischen Einstellung Polens und seiner Regierung entstanden seien. „*Wprost*“ führt dabei als wichtigste Vertreter dieses Gedankens die Oppositionsparteien (unter anderen die PO) an, die der PiS die ganze Schuld an den historischen Kontroversen und schlechten Beziehungen mit Deutschland geben würden. Der wahre Grund für die schlechten deutsch-polnischen Beziehungen läge in der Geschichte und in den immer gegenwärtig vorherrschenden Vorurteilen Deutschlands (Rückkehr des Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit,...) gegenüber Polen. In Diskursfragment 8 wird auf die pro-europapolitische Haltung der damaligen Oppositionspartei PO angespielt, die im Kontrast zu der der PiS steht. Donald Tusk wird dabei im übertragenen Sinn als „Feind“ (in Anlehnung an die „Freund-Feind-Rhetorik“ der PiS) der PiS dargestellt, der laut „*Wprost*“ immer wieder eine notwendige „Vernichtung“ der PiS betonen würde. Gezeichnet wird dieses Bild durch die Verwendung des Verbs *zniszczyć* (dt. *vernichten*, Diskursfragment 8). In Diskursfragment 7 lassen sich allerdings Gegenstimmen von „*Wprost*“ der PiS gegenüber in der amerikanisch-europäischen Beziehung erkennen. Hier wird der „Kalte Krieg“, den die polnische und deutsche Regierung gegeneinander führen würden, kritisiert, da die ständigen Kontroversen zwischen Polen und Deutschland zu einer Interessensabwendung Amerikas von Polen führen könnten (Diskursfragment 7). In Diskursfragment 11 wird als ein möglicher Grund die Forderung der Kaczyńskis, Deutschland solle Polen nicht wie eine „Kolonie“ sondern vollwertig behandeln, und die daraus resultierende Meinung der Öffentlichkeit, dass die Kaczyńskis eine antideutsche Einstellung hegen würden, für die Niederlage der PiS bei den Wahlen 2007 angeführt. Die Meinung von „*Wprost*“ den Kaczyńskis gegenüber lässt sich aus diesem Diskursfragment nicht eindeutig ableiten. Anders sieht es mit der Meinung über Donald Tusk aus, die eine negative Tendenz verzeichnet und von einem misslungenen Vergleich untermauert wird. Der Grund des

Wahlerfolges wird mit dem des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder verglichen. Genau wie Schröder damals habe auch Tusk bei den Wahlen 2007 wegen seiner „amerikanischen Ressentiments“ gewonnen. Weiter heißt es, Tusk habe den „Eindruck“ hinterlassen, dass die Beziehungen zu Deutschland warm seien. Die Aussage impliziert durch den Ausdruck „Eindruck“, dass dies angeblich nicht die Wahrheit darstelle. „*Wprost*“ zieht zu seiner Argumentation eine Umfrage des ZDF heran, in der zusammengefasst alle Vorurteile, die die Deutschen gegenüber Polen hätten, wieder aufgerollt werden. Die von „*Wprost*“ verwendete Argumentation (kurz gesagt: dass Deutsche schlecht über Polen denken) zielt darauf ab, eine antideutsche Einstellung der Polen zu fördern oder zu erzeugen, wie es bereits sehr oft innerhalb der Analyse sichtbar wurde.

Diskursfragment 6

„*Wprost*“ Nr. 35, 3. 9. 2006

Zimna wojna polsko-niemiecka; Autor: Piotr Semka

[...] dyskusja o przyczynach popsucia się polsko-niemieckich relacji nie rozwija się ani w Polsce, ani w Niemczech. Czytając niemiecką prasę, można uznać, że Polacy irracjonalnie ulegli jakiemuś przewrażliwieniu. Niemiecka lewica i liberałowie sugerują nawrót nacjonalizmu i ksenofobii, połączonych ze zdradą idei europejskiej z racji flirtu z Amerykanami. Konserwatyści z CDU akcentują z kolei uprzedzenia antyniemieckie i zbyt nachalne przekonanie o moralnej wyższości Polaków w sporach historycznych. W Polsce dla odmiany nie sposób oderwać dyskusji nad przyczynami ochłodzenia relacji z Niemcami od silnego krytycyzmu wobec polityki PiS. Politycy z orbity PO i SLD wypowiadają się o polityce zagranicznej jako o aspekcie ogólnie krytykowanej polityki braci Kaczyńskich. Z kolei analitycy – sieroty po Unii Wolności – mają nawyk postrzegania kryzysu na linii Berlin-Warszawa jako wyniku antyeuropejskości i zaściankowości prawicy. [...] Jeśliby dziś posłuchać opinii polityków SLD, PO i UW o stanie naszych relacji z Niemcami, można by dojść do wniosku, że katastrofa zaczęła się wraz z dojściem do władzy braci Kaczyńskich. A przecież kryzys zaczął się pod koniec lat 90. [...] Opozycja krytykuje rząd, gdy postępowanie strony niemieckiej powinno budzić reakcje solidarnościowe. [...] Obecny rząd jest ostro ktytykowany za brak obycia. Czy jednak opozycja [...] nie powinna się też zdobyć na refleksję nad niepokojącą zmianą tonu w pisaniu o Polsce w niemieckiej prasie? Czy opozycyjni politycy nie mają zbyt-niej skłonności do winienia tylko PiS za historyczne kontrowersje z Niemcami? [...] Czasem warto przyznać rację Kaczyńskim, gdy wskazują na fakt, że stajemy coraz częściej wobec bardzo twardego stawiania przez Niemcy swoich interesów. I to interesów wykraczających poza ramy europejskiej integracji, czego symbolem jest projekt bałtyckiego rurociągu z Rosji. [...]

Diskursfragment 7

„Wprost” Nr. 37, 17. 9. 2006

Niemiecka misja; Autorin: Dominika Ćosić

[...] Fiasko referendów w Holandii i we Francji powinno wystarczyć, by złożyć euro-konstytucję do grobu, ale tak się nie stało, bo 15 innych państw powiedziało "tak". [...] Rzeczywistym powodem niemieckiej determinacji jest system podejmowania decyzji. Obecny zapewnia równowagę sił, konstytucyjny daje Niemcom przewagę, a Polsce uniemożliwia blokowanie niekorzystnych dla niej decyzji. [...] słabość Berlina do Moskwy jest znana. [...] Nowa Ostpolitik jest przedstawiona jako szansa dla Warszawy. Ale jest to też lep, dzięki któremu Niemcy chcą przekonać Polskę do konstytucji w korzystnym dla nich kształcie. [...] Teoretycznie może nas zbliżyć sojusz z Waszyngtonem, choć Warszawa, przeciągając zimną wojnę z Berlinem, może sporo stracić za oceanem. USA mając do wyboru Niemcy lub Polskę, wybiorą silniejszego. [...]

Diskursfragment 8

„Wprost” Nr. 47, 26. 11. 2006

Wprost przeciwnie – Nic o nas bez nas; Autorin: Krystyna Grzybowska

[...] Polska zaczyna być kłopotliwa dla Unii Europejskiej – stwierdził lider Platformy Obywatelskiej Donald Tusk, występując w charakterze młynka buddyjskiego klekającego monotennie, że trzeba zniszczyć PiS, nie oglądając się na koszty. Chodzi o zapowiedź zawetowania przez Polskę negocjacji między Rosją i Unią Europejską w sprawie nowej umowy o wzajemnym partnerstwie. [...] Berlin i Moskwa podpisały umowę o budowie rurociągu bałtyckiego, a sprawa blokady polskiej żywności nie wywołała większego zainteresowania Brukseli. Nie bez powodu Moskwie wydawało się, że trzymając Europę w energetycznym szachu, może sobie pozwolić na wszystko, a UE – że Polska jest dobra do pouczenia, ale nie do partnerstwa. Weto jako forma protestu dla wielu porażonych kompleksami polskich salonowców jest zarezerwowane dla lepszych. Ale nie dla Polski, zwłaszcza rządzonej przez Kaczyńskich. [...] Polsce chodzi właśnie o prawo do współdecydowania o losach unii, do równego traktowania i do solidarności. [...]

Diskursfragment 9

„Wprost” Nr. 2, 14. 1. 2007

Nowe partnerstwo, Autor: Reinhard Schweppe

[...] Są też dziedziny, w których państwa członkowskie nie przekazały unii swojej suwerenności. To tłumaczy, dlaczego Polska przez dłuższy czas próbowała rozwiązać spór z Rosją w sprawie zakazu importu żywności w ramach kontaktów dwustronnych. Równie niewiele było zastrzeżeń prawnych, gdy Niemcy i Rosja porozumiały się w sprawie budowy gazociągu bałtyckiego. Taka nieprzejrzysta sytuacja w UE napotyka w Rosji zdecydowaną skłonność do prowadzenia indywidualnych negocjacji z państwami

UE, a z całą unią jedynie w nieuniknionych wypadkach. W interesie państw unii leży – z mojego punktu widzenia – dążenie do odwrotnej sytuacji. Wobec tak dużego partnera, jakim jest Rosja, UE powinna występować jako zwarta całość. [...]

Diskursfragment 10

„Wprost” Nr. 26, 1. 7. 2007

Macocha Europy; Autor: Krzysztof Rak, Mariusz Muszyński

[...] Przez ostatnich kilka lat wielkie państwa UE – Niemcy, Francja, Wielka Brytania i Włochy – próbowały stworzyć dyktando rządzący zjednoczoną Europą. Najważniejszym instrumentem w tym celu miała być tzw. Eurokonstytucja. [...] Polska jako jedyny kraj odważyła się na skuteczny sprzeciw, czemu w ujęciu strategicznym miała służyć propozycja wprowadzenia systemu pierwiastkowego. [...] Kompromis polegający na przedłużeniu w praktyce o najbliższe 10 lat systemu nicejskiego wydaje się bardzo korzystny. Przez najbliższą dekadę Polska będzie mieć pozycję silniejszą niż pod rządem systemu pierwiastkowego czy eurokonstytucji. Warszawa zyskała w ten sposób czas, w którym polska dyplomacja musi zapewnić sobie inne sposoby silnego wpływu na decyzje w UE, na przykład przez budowę grupy partnerów gotowych na koalicję z nami. [...] Niemcy [...] stoczyły wielką batalię przeciwko jednemu postulatowi Warszawy. Powodem nie był jednak sam fakt, że propozycja polska nie była tak korzystna dla Niemców jak tzw. projekt eurokonstytucyjny. To dwustronne spięcie wyraźnie pokazało, że problemem naszych dwustronnych relacji jest nadal niemiecka mentalność i tkwiące w niej postkolonialne refleksy wobec Warszawy. [...] Niemcy ciągle nie są w stanie traktować Polaków w sposób partnerski. [...] kryzys w stosunkach polsko-niemieckich nie jest wcale efektem zmiany ekipy rządzącej przed dwoma laty. Bezpośrednio przed spotkaniem w Brukseli niemieccy politycy oraz media przypuścili frontalny atak na Polskę. Jego celem miało być zdyskredytowanie Polaków, a przez to wymuszenie rezygnacji z wniosku o włączenie do agendy konferencji międzyrządowej sprawy systemu głosowania. [...]

Diskursfragment 11

„Wprost” Nr. 10, 9. 3. 2008

Jak pokochać Niemcy; AutorInnen: Grzegorz Sadowski, Karolina Woźniak

[...] Prezydent Lech Kaczyński i ówczesny premier Jarosław Kaczyński chcieli, by Niemcy uznały pełnię polskiej podmiotowości politycznej, by nie traktowały naszego kraju jak kolonii. Tymczasem przez sporą część opinii publicznej taka postawa została odebrana jako wyraz wrogości wobec Niemców. I kto wie, czy to właśnie nie było jedną z przyczyn wyborczej porażki PiS w 2007 r. [...] Polacy chcieli „zakończyć spory”, co obiecywał im Donald Tusk. [...] Zbliżenie do Niemców połączył z obietnicami twardszej postawy wobec USA. W tym Tusk bardzo przypomina byłego kanclerza Niemiec Gerharda Schrödera, który także odniósł sukces wyborczy na resentymencie do Ameryki. [...] Donald Tusk stworzył wrażenie ciepłych relacji z Niemcami. [...] Z ankiety telewizyjnej ZDF wynika, że Polska jest dziś jednym z najmniej lubianych przez Niemców

państw UE [...] Niemcom kojarzymy się ze złodziejami, handlem papierosami, prostytutkami i pracą na czarno. [...]

Diskursfragment 12

„Wprost” Nr. 12, 23. 3. 2008

Porwanie Europy – Trzy konie unii; Autor: Marek A. Cichocki

[...] Jak kłopotliwe mogą się stać polityczne ambicje dużych państw, można było w ostatnich miesiącach zaobserwować na przykładzie relacji niemiecko-francuskich. Konflikt między Berlinem i Paryżem narastał od dawna za sprawą rosnących politycznych apetytów raz jednej, raz drugiej strony. [...] Niemcy stały się nieformalnym przywódcą Europy. [...] Tylko czy te trzy konie²¹, z których każdy ciągnie coraz silniej w swoją stronę, będą zdolne pociągnąć całą Unię Europejską? [...]

Diskursfragment 13

„Wprost” Nr. 16, 20. 4. 2008

Prawdziwy rząd Europy; AutorInnen: Piotr Cywiński, Dominika Ćosić

[...] W walce o unijne pieniądze Francuzi, Niemcy, Brytyjczycy i Włosi skaczą sobie do gardeł, ale gdy zagrożona jest ich dominacja w UE, stanowią monolit nie do przebicia. [...] Przy zachowaniu pozorów równouprawnienie 27 członków wspólnoty Francuzi, Niemcy, Brytyjczycy i Włosi robią wszystko, aby nie wymknęły im się role krupierów przy unijnym stoliku. Pozostali gracze dla osiągnięcia swych celów mogą jedynie wykorzystywać tarcia między czwórką „dyktatorów” zjednoczonej Europy. [...]

Gegenüber Frankreich äußert sich „Wprost” etwas wärmer. Frankreich, das im Allgemeinen als „natürlicher Verbündeter“ Polens angesehen wurde/wird, schreibt Polen eine wesentliche unterstützende Funktion zu (mit Ausnahme der Ablehnung der Entsendung polnischer Truppen in den Irak). Gesprochen wird in „Wprost“ von einer „französisch-polnischen“ Koalition (vielleicht sogar als Gegengewicht gegen Deutschland) und einer stark unterstützenden Haltung des Präsidenten Sarkozy gegenüber Polen. Die Ausdrücke *dobry sygnał* (dt. *gutes Signal*, Diskursfragment 14), *życzliwy* (dt. *wohlwollend*, Diskursfragment 14), *polsko-francuska koalicja* (dt. *polnisch-französische Koalition*, Diskursfragment 14), *nadzieja* (dt. *Hoffnung*, Diskursfragment 14), *najważniejszy sojusznik* (dt. *der wichtigste Verbündete*, Diskursfragment 14) erzeugen eine positive Grundstimmung und ein positives Frankreichbild. Des Weiteren wird das erneut auftauchende Kollektivsymbol *twarde jądro* (dt. *harter Kern*) diesmal mit positiver Assoziati-

²¹ Gemeint sind hier Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

on verwendet. Sarkozy spreche sich laut „*Wprost*“ für eine Aufnahme Polens in den „harten Kern“ Europas aus. Polen, genau wie Frankreich, nehme wegen seiner konservativen Einstellung (gegen die Aufnahme der Türkei in die EU, Betonung der christlichen Traditionen, etc.) eine wesentliche Funktion in Europa ein, die von den anderen – weniger konservativen – EU-Ländern geringgeschätzt werden würde. In diesem Zusammenhang wird auch auf positive Weise die PiS Regierung angesprochen.

Diskursfragment 14

„*Wprost*“ Nr. 32/33, 12./19. 8. 2007

Unia polsko-francuska; Autorin: Marta Fita-Czuchnowska

[...] Stosunki polsko-francuskie pogorszyły się podczas amerykańskich zabiegów o poparcie inwazji na Irak przez atlantyckich sojuszników. [...] Chirac popełnił faux pas, strofując nowych stronników USA, że przegapiły „szansę, by siedzieć cicho“. [...] Jakby trzeba było wybierać między Ameryką a Francją. I jakby kraj w naszym położeniu na takie wybory mógł sobie pozwalać. [...] Słowa Chiraca mogły nas urazić, ale to on wróżył nam szybkie przyjęcie do unii, gdy inni uważali nas za państwo do tego nieprzygotowane. To Francja zaangażowała się w negocjacje dotyczące ostatecznych gwarancji granicy polsko-niemieckiej na Odrze i Nysie. Nowy entuzjizm Sarkozy’ego wobec Europy to dla nas dobry sygnał. Jest nam życzliwy, nie zamierza też budować tożsamości UE w opozycji do USA. Sarkozy uważa, że Polska jako jeden z największych krajów Europy powinna się znaleźć w jej „twardym jądrze“. [...] Nie sposób wykluczyć, że Sarkozy, który nie chce stać w cieniu Niemiec, szuka pomysłu na równoważenie ich roli w unii poprzez małe koalicje. W końcu nie zawahał się przed konfrontacją z panią kanclerz w sprawach obsady stanowiska szefa MFW, roli Centralnego Banku Europejskiego, akcesji Turcji do UE (który jest przeciwny) czy inicjatyw bliskowschodnich. „*Wprost*“ ustalił, że zarysy polsko-francuskiej koalicji już są. [...] Polska dyplomacja ma nadzieję, że Paryż stanie się naszym najważniejszym sojusznikiem w UE. [...]

Diskursfragment 15

„*Wprost*“ Nr. 32/33, 12./19. 8. 2007

Element antysocjalistyczny; Autorin: Krystyna Grzybowska

[...] Wybór Nicolasa Sarkozy’ego na prezydenta Francji był dla Europy potężnym zastrzykiem konserwatyzmu. [...] Wbrew utartym opiniom konserwatyści są znacznie bardziej pragmatyczni niż socjaliści, a poza tym starają się dotrzymywać obietnic, unikając politycznego cynizmu, którym niedawno popisał się lewicowy rząd Węgier. Wynika to z zasad, którym politycy prawicy chcą być wierni. Zasad wyrosłych na gruncie tradycji chrześcijańskiej. W Europie Zachodniej ważnym powodem wzrostu popularności partii konserwatywnych jest zagrożenie ekspansją islamu. [...] Do czołówki krajów rządzonych przez partie konserwatywne dołączyła Polska. Podkreśla się socjalny rys

partii Kaczyńskich, odwołujący się jednak do poczucia solidarności narodowej, a nie do ideologii socjalistycznej.

Auch auf den Nationalismus wird häufig eingegangen. „*Wprost*“ (und auch die polnische Rechte) sehe den polnischen Nationalismus eher als Patriotismus (Diskursfragment 16, 18), der wenig schaden könne (und laut PiS sogar notwendig sei um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken) und versuche diesen gegen die Vorwürfe (des polnischen Nationalismus), seitens der EU (insbesondere Deutschlands) zu verteidigen. „*Wprost*“ beruft sich dabei auf historische Argumente, nach denen der Nationalismus eine zutiefst „deutsche Erfahrung“ sei. Wieder wird auf die Bestrebungen Deutschlands, nämlich zur Großmacht aufzusteigen, angespielt. Bei den LeserInnen soll das Gefühl der Angst vor der Hegemonialmacht Deutschland erzeugt werden.

Verglichen zu den Nationalismen in Deutschland, Frankreich, Österreich, Holland und Schweden wäre, laut „*Wprost*“, der polnische Nationalismus eine viel schwächere Form des Nationalismus in diesen Ländern. Der Autor bedient sich dem sprachlichen Verfahren der Diminuierung von Substantiven und verleiht seiner Aussage mit der polnischen Diminutivform von *nacjonalizm* (dt. *Nationalismus*), nämlich *nacjonalizmek* (dt. „*kleiner Nationalismus*“, Diskursfragment 17) Ausdruck. Die Vorwürfe an Polen wären nur Versuche, die eigene nationalistische Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen: *spychać własną nacjonalistyczną przeszłość w niepamięć* (dt. *die eigene nationalistische Vergangenheit in Vergessenheit drängen*, Diskursfragment 17). Bewusst oft wird in „*Wprost*“ für Argumentationen auf Nationalismus, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg zurückgegriffen. Diese Elemente ziehen sich meist durch alle deutschlandrelevanten Themen, die angesprochen werden.

Diskursfragment 16

„*Wprost*“ Nr. 44, 6. 11. 2005

Prasowa egzekucja; Autorin: Krystyna Grzybowska

[...] Niemcy są ostatnią nacją, która ma prawo do wyrokowania, czy to, co czują Polacy do ojczyzny, jest nacjonalizmem, i do zarzucania nam antysemityzmu. Nacjonalizm jest najgłębszym niemieckim doświadczeniem. U nas ludzie są patriotami i nie możemy pozwolić, by właśnie Niemcy, dziś tęskniący do roli mocarstwa, obrzucali nas epitetami "nacjonaści" i "antysemici". [...]

Diskursfragment 17

„Wprost” Nr. 13, 2. 4. 2006

Czy jesteśmy nacjonalistami? Autor: Dariusz Baliszewski

[...] mogły się kiedykolwiek pojawić nienawiść i dyskryminacja obcych? A jednak jest faktem, że tak jak w opinii świata przed 150 czy 200 laty Polak kojarzył się z wolnością i tolerancją, tak dziś coraz powszechniej jest oskarżany o nacjonalizm, ksenofobię i szowinizm. Zdumiony tym Polak nie rozumie, co takiego, o czym nie wie, zdarzyło się w jego historii? [...] Dziś także nie zapisuje, bo wbrew temu, co stereotypowo sądzą niektórzy zachodni politycy i niektóre zachodnie media, w Polsce przejawów nacjonalizmu jest nieporównanie mniej niż w Niemczech, Francji, Austrii, Holandii czy Szwecji. Przy tamtych - nasz to zaledwie nacjonalizmek. [...] Jak łatwo - przyklejając Polakom łatkę nacjonalistów - wybiela się własną nacjonalistyczną przeszłość i spycha w niepamięć obecne grzechy nacjonalizmu? [...]

Diskursfragment 18

„Wprost” Nr. 32/33, 12./19. 8. 2007

Element antysocjalistyczny; Autorin: Krystyna Grzybowska, Mitarbeit: Paweł Białobok

[...] Jedną z cech charakterystycznych prawicy jest obrona interesów narodowych, nawiązywane do ideałów patriotycznych, które przez lewicowe elity zostały wyśmiane, uznane za objaw szowinizmu i nacjonalizmu. Lewica intelektualna próbowała narzucić społeczeństwu Europy osobliwy internacjonalizm wyrażający się w nic nieznaczących pojęciach, takich jak wielokulturowość czy powszechna tolerancja. [...]

Diskursfragment 19

„Wprost” Nr. 46, 18. 11. 2007

Renesans nacjonalizmu; Autor: Mariusz Muszyński

[...] Kiedy w Niemczech i we Francji kampanie wyborcze odbywały się pod hasłami obrony narodowych wartości i interesów, nie było słyhać słów oburzenia. Pielęgnowanie tożsamości narodowej unia pozostawiła przecież w kompetencji państw członkowskich, świadoma, że proces integracji zaburza więzi narodowe, ale nie powinien ich niszczyć. Tylko podobne działania Polaków są podstawą do zarzutów. Być może krytyka ta jest instrumentem do realizacji celów wcale nieeuropejskich? [...]

Eine verteidigende Haltung der PiS und eine Abwehrhaltung der PO gegenüber geht aus Diskursfragment 20 hervor. Die PO würde dem eigenen Land und der Regierung nur schaden und nur Deutschland gegenüber loyal sein (Diskursfragment 20). Aufgrund der Argumentation drängt die Autorin die PO wieder in die klassische „Feind“-Position,

was auch mit der Meinung der Kaczyńskis übereinstimmt. Der offenere Ton der PO Deutschland gegenüber sei, so „*Wprost*“, schlichtweg unerwünscht.

Diskursfragment 20

„*Wprost*” Nr. 4, 28. 1. 2007

Polska mania antypolska; Autorin: Krystyna Grzybowska

[...] Wazni polscy politycy, byli i obecni, próbują przejąć politykę zagraniczną RP, skoro nie mogą wpływać na politykę wewnętrzną. I próbują szkodzić ekipie rządzącej, nie bacząc na to, że przy okazji mogą zaszkodzić własnemu państwu. Jeśli jest prawda, że kanclerz Niemiec Angela Merkel nie życzyła sobie, aby Jacek Saryusz-Wolski był przewodniczącym komisji zagranicznej Parlamentu Europejskiego, a Donald Tusk to z nią negocjował, oznaczałoby to, że szef PO jest lojalny wobec Angeli Merkel, a nie wobec polskiego państwa. Na szczęście i Tusk, i platforma się opamiętali i poparli kandydaturę Saryusza-Wolskiego. [...]

In Gefahr sieht „*Wprost*“, in gewisser Weise analog zu Ansichten der PiS, die traditionelle Familie. Gekoppelt wird dies mit der Gefährdung der Familie durch Homosexuelle und aus rechtlicher und ideologischer Perspektive mit der EU. Verstrickt ist dieser Diskurs zusätzlich in allgemeine Kritik an der EU (wirtschaftliche Interessen vor Werten bzw. Mangel an Solidarität seitens der EU). In Diskursfragment 21 lässt sich Kritik an der EU erkennen, der ständig wiederkehrende Vorwurf des Mangels an Solidarität steht direkt neben dem Begriff *pranie umysłów* (dt. *Gedankenwäsche/Gehirnwäsche*, Diskursfragment 21), die durch das starke Bild des *brukselski kowal* (dt. „*Schmied aus Brüssel*“, Diskursfragment 21), welcher die EU-Weltsicht Polens „schmieden“ und ihm aufzwingen wolle, noch stärkere Emotionen wecken solle. Zu dieser „Weltsicht“ gehöre auch die Legalisierung von Homosexuellenehen, die die traditionelle Familie gefährden würden. Damit die Integration Polens in das Projekt der EU funktionieren könne, müsse sich Polen von seinen traditionellen Werten verabschieden. Die Härte dieser Entscheidung wird durch den Ausdruck *diabelska alternatywa* (dt. „*teuflische/schlechte Alternative*“, Diskursfragment 21) noch verstärkt. Das sei der zu bezahlende „Preis“. Das Diskursfragment 22 vermittelt die starke Ablehnung einer Legalisierung von Homosexuellenehen, die in den Ländern, in denen bisher die Legalisierung nicht möglich war, von der EU durch das „Hintertürchen“ eingeführt werden solle. Mit einem Seitenhieb geht die Autorin in Diskursfragment 22 auf die liberale Umgebung ein, die in dieser Hinsicht Druck ausüben würde. Die EU betrachte das polnische Rechtssystem und das Land all-

gemein als „rückständig“ und wolle, wie es üblich ist für „die europäischen Eliten“, die „unaufgeklärten Massen“ beglücken. Es wird der Ausdruck *dyktatura mniejszości* (dt. *Minderheitendiktatur*, Diskursfragment 22) verwendet und auf die „europäischen Eliten“ übertragen, dies soll noch einmal die starke Machtposition dieser Länder im Kontrast zum „schwachen übergangenen Polen“ betonen. Der Wechsel von der Thematik der Homosexuellenehen zur Anspielung auf die Machtverteilung innerhalb der EU ist ein Beispiel für eine typische Diskursverschränkung (Legalisierung der Homosexuellenehen – Machtverteilung innerhalb der EU), wie sie auch in allen anderen in der Arbeit angeführten Diskursfragmenten auftreten.²²

Diskursfragment 21

„Wprost” Nr. 1, 8. 1. 2006

Homokracja; Autor: Mariusz Muszyński

[...] Unia Europejska nie ma czasu na solidarność, bo zajęła się praniem naszych umysłów. Kiedy większość państw członkowskich przeżywa gospodarczą recesję, z chaosu moralności krajów członkowskich brukselski kowal próbuje wykuć i narzucić nam nowy europejski światopogląd. [...] Nowa nadbudowa brzmi chwytliwie - u podstaw integracji leży tzw. aksjologia europejska, charakteryzowana przez ponadnarodowy katalog wartości stojących za unijnymi normami prawnymi. Tworzą go zasady wspólne porządkom konstytucyjnym państw unii i Europejska Konwencja Praw Człowieka. [...] Wreszcie, przyjmując na szczycie w Nicei Kartę Praw Podstawowych, również sama UE przekroczyła moralny Rubikon. Zagwarantowała w niej prawo do zawarcia małżeństwa i założenia rodziny nie tylko mężczyźnie i kobiecie, ale także osobom tej samej płci, jeśli jest to zgodne z ustawodawstwem krajowym regulującym te kwestie. I tak tradycyjna rodzina wpadła w pułapkę tzw. krajowego rozwiązania. Prawne próby przewracania nam umysłów na lewą stronę to nie tylko element polityki. To przede wszystkim cena coraz większej integracji gospodarczej, której katolickie wartości po prostu przeszkadzają. [...] W swej historii Polska stoi bowiem pierwszy raz przed prawdziwie diabelską alternatywą - musi wybrać między dobrym a łatwym. W efekcie tego wyboru albo zmieni model integracji, albo porzuci tradycyjne wartości.

²² Da diese Arbeit, wie bereits erwähnt, nicht den Anspruch einer vollständig durchgeführten Kritischen Diskursanalyse erfüllen kann, wird im weiteren Verlauf der Analyse nicht mehr explizit auf die (ohnehin erkennbaren) Diskursverschränkungen eingegangen.

Diskursfragment 22

„Wprost” Nr. 16, 22. 4. 2007

Drugie oświecenie Europy; Autorin: Dominika Ćosić

[...] Burmistrzowie europejskich stolic zaapelowali do Warszawy, by polski rząd zalegalizował związki homoseksualne. [...] W tej sytuacji problem sprowadza się do definicji małżeństwa. W większości krajów unijnych jest to związek kobiety i mężczyzny, ale w Hiszpanii, po zmianie kodeksu cywilnego w 2005 r., małżeństwem jest związek dwojga ludzi. Polak, który w Hiszpanii ożeni się z Hiszpanem, będzie mógł się domagać w Polsce rozwodu. A polski sąd będzie wtedy w kropce, bo jak udzielić rozwodu małżeństwu, którego nasze prawo nie dopuszcza? W ten sposób tylnymi drzwiami zalegalizowanoby i u nas związki homoseksualne. [...] Narzekanie na zacofane polskie prawo i obskurantyzm nie ma uzasadnienia w europejskich realiach. Mimo silnej presji środowisk liberalnych większość krajów unii jest konserwatywna. A marginalna liczba legalizowanych związków homoseksualnych (w Niemczech legalizuje je jedynie co dziesiąta para homoseksualna) zadaje kłam tezie o społecznej potrzebie wprowadzenia takich zmian. [...] Walkę o prawa mniejszości seksualnych można uznać za słuszną, ale sposób, w jaki się to odbywa – przez typowe dla europejskich elit uszczęśliwianie na siłę nieoświeconych mas – zbyt przypomina dyktaturę mniejszości. [...]

Ein weiterer Kritikpunkt im europapolitischen Diskurs stellt die kollektive Identität Europas dar. Existiert diese überhaupt? Wenn ja, wie sieht sie aus?

Aus den Diskursfragmenten 23-24 geht hervor, dass „Wprost“ eher an einer solchen kollektiven Identität zweifelt und es lässt sich eher eine durchwegs kritische Einstellung (besonders in Diskursfragment 23) in Bezug auf diese Identität ablesen. Diese Einstellung deckt sich zu großen Teilen mit denen der PiS-Eliten. Aber auch die Anhäufung von kritischen, teilweise rhetorischen Fragen in Diskursfragment 24 deuten auf eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Thema hin. All diese Fragestellungen zielen darauf ab, die LeserInnen zu verunsichern und sie von einer eventuellen pro-europäischen Haltung abzubringen oder sie zumindest zu überdenken.

Diskursfragment 23

„Wprost” Nr. 14, 8. 4. 2007

Europa na piasku; Autoren: Krzysztof Rak, Mariusz Muszyński

[...] Aksjologia integracji europejskiej od początku była niekompletna. Ojcowie założyciele wspólnot na pierwszym miejscu umieścili bowiem wartości o charakterze ekonomiczno-politycznym, a nie duchowo-moralnym. Postawili na wzrost gospodarczy, podniesienie poziomu życia, rządy prawa, demokrację parlamentarną itp. [...] nierów-

nowaga między filarem ekonomiczno-politycznym a fundamentem wartości coraz silniej rzucała się w oczy. [...]

Diskursfragment 24

„Wprost” Nr. 29, 22. 7. 2007

Europeizacja Europy; Autor: Szewach Weiss, Mitarbeit: Ewa Szmaj

[...] Czy różni Europejczycy mogą się zjednoczyć w unii politycznej? Czy mają kulturę polityczną? Czy jedność polityczną zapewnią różnice narodowe, religijne, historyczne? Czy istnieje ogólnoeuropejski patriotyzm, kiedy kontynent jest przepełniony tak zróżnicowanymi patriotyzmami narodowymi, tak różną pamięcią i sprzecznymi interesami? Czy podłoże demokracji jest wystarczające, by zastąpić wspólnotą tak różne i sprzeczne nacjonalizmy? [...] Czy zechce Niemiec, Francuz czy Brytyjczyk pomagać byłym krajom komunistycznym Europy Środkowej i Wschodniej? Czy Wielka Brytania, Francja, Niemcy zrezygnują z pozycji mocarstw na korzyść Europy zjednoczonej? [...] Czy Niemcy przyzwyczają się do równych im Polaków? [...] Czy mocarstwa Europy zgodzą się z regułami gry parlamentarnej, w której małe kraje podejmują decyzje sprzeczne z interesami większych krajów? [...] Czy inspiracja chrześcijańska unijnej konstytucji pozwoli Turcji na przystąpienie do unii? [...]

Lässt sich die politische Einstellung von „Wprost”, die sich aus den dort veröffentlichten Artikeln ergibt, die meiste Zeit eher PO-kritisch und PiS-freundlich beschreiben, so lässt sich kurz nach den Wahlen 2007 eine freundlichere Einstellung der PO gegenüber ablesen (Diskursfragmente 25 und 26). Ein möglicher Erklärungsversuch wäre in der Leserschaft von „Wprost“ anzusetzen. Im Jahr 2007 verzeichnete die Zeitschrift einen merkbaren Rückgang der verkauften Exemplare (siehe Kapitel 8. 4.).

Diskursfragment 25

„Wprost” Nr. 44, 4. 11. 2007

Ile jest Polaka w Polaku; Autoren: Marcin Dzierżanowski, Wiktor Ferfecki

[...] Z rozbioru Polaka, który stanął przy urnie, widać, że mamy szacunek do tradycyjnych wartości, ale nie jesteśmy tradycjonalistami i z optymizmem spoglądamy w przyszłość. Mamy dość salonowego bajdurzenia o „europejskim patriotyzmie”, choć chętnie skorzystamy z unijnych środków. [...]

[...] Tak naprawdę elektorat PO i PiS różni się od siebie nie tyle podejściem do przyszłości, ile przywiązaniem do tradycji i religii. Co nie oznacza, że „platformersi” odrzucają tradycyjne wartości. Charakterystyczne, że w obecnej kampanii wyborczej po raz pierwszy niemal nie pojawiły się spory o aborcję, religię w szkole czy udział Kościoła w życiu publicznym. [...]

[...] Wybory potwierdziły, że polskie społeczeństwo przeżyło w ostatnim czasie prawdziwą konserwatywną rewolucję. [...]

Diskursfragment 26

„Wprost” Nr. 44, 4. 11. 2007

Triumf liberalizmu; Autor: Leszek Miller

[...] Jeszcze niedawno na pytanie, skąd się bierze popularność i trwałość pozycji PiS, Żakowski odpowiadał, że jest to jedyna partia, która trafnie nazwała największe polskie bóle i wiarygodnie obiecała, że nas od nich uwolni [...] Polacy takiego właśnie przywództwa oczekują: spektakularnego, emocjonalnego, nie pozostawiającego zbyt wiele miejsca na myślenie. [...] Nie jesteśmy dziś społeczeństwem w swej większości przestraszonym, roszczeniowym ani anachronicznym. [...] Socjolog prof. Andrzej Rychard przegraną PiS przypisuje temu, iż Kaczyńscy nie zauważyli zmieniających się nastrojów: większej tolerancji dla zamożności, malejącej skłonności do odrzucenia hasła „liberalizm” i rosnącego przekonania o europejskości Polaków. [...] Na PO głosowali ci, którzy [...] chcą się czuć Europejczykami i oczekują szybkiej modernizacji na wzór najlepiej rozwiniętych krajów Zachodu. Z takim wizerunkiem udało się przebić zwycięzcom do potencjalnych wyborców i otrzymać od nich kredyt zaufania. [...]

Besonders häufig wird in „Wprost“ auf internationale Gefahren verwiesen, wie zum Beispiel die Gefahr einer islamischen Expansion und der damit verbundenen Terrorismusgefahr, die Gefahr der Hegemonialbestrebungen Russlands mit all ihren negativen Auswirkungen (besonders auf Polen) und die Gefährdung der (angeblichen) „Partnerposition“ Polens zu den USA durch andere EU-Länder (Deutschland, Frankreich). Diese Diskurse verstricken sich wiederum in von ihnen abhängige Unterdiskurse, wie zum Beispiel die Verbesserung der internationalen Sicherheit für Zwecke wie zum Beispiel der Terrorbekämpfung, die Gefährdung traditioneller christlicher Werte durch den Islam (zum Beispiel, wenn es um die Aufnahme der Türkei in die EU geht), Verbesserung der Energiepolitik innerhalb der EU mit gleichzeitigem Anstreben energiepolitischer Unabhängigkeit von Russland, und einige mehr. Durch alle Artikel und Diskursfragmente zog sich dabei die Kritik, die EU würde die Gefahren nicht ernst nehmen und immerfort nur auf die eigenen Interessen bedacht sein. Die EU würde durch ihre politische Korrektheit Europa immer weiter den Gefahren des Terrorismus aussetzen (Diskursfragment 27 und 30). Die größte Gefahr für Europa sei der Terrorismus (Diskursfragment 31). Die Gefahr würde von der Bevölkerung wahrgenommen und resultiere in einer wachsenden Beliebtheit von konservativen Parteien (Diskursfragment 31), was impliziert, dass die konservativen Parteien zur Lösung dieses Problems beitragen könnten. Die EU würde nichts gegen diese Gefahr unternehmen, obwohl es äußerst dringend wäre. Die Dringlichkeit wird speziell durch die Wendung *tymczasem barbarzyńcy stoją u bram* (dt. *währenddessen stehen die Barbaren vor den Toren*, Diskursfragment 31) (ruft

auch möglicherweise eine historische Konnotation hervor: 1683 besiegte der damalige polnische König Jan III Sobieski die Türken vor den Toren Wiens) betont. Da sie nichts gegen die Terrorismusbekämpfung unternimmt, bleibt die EU dem Terrorismus unweigerlich ausgeliefert. Eine Öffnung der Grenzen würde den Terrorismus sogar noch begünstigen, besonders gefährlich sei hier die Verlegung der EU-Außengrenze an die polnische Ostgrenze (Diskursfragment 33). Des Weiteren läge das Problem Europas vor allem in seiner Identitätskrise, die in einem „Vergessen“ und „Leugnen“ der traditionellen christlichen und moralischen Werte wurzelt. Als Beweis dafür wird immer wieder das Fehlen des christlichen Bezugs im Projekt des Verfassungsvertrages angeführt. Europa wird dabei häufig als Opfer dargestellt, das seine Position durch sein Verhalten noch zusätzlich schwächt. Dieser Eindruck soll durch rhetorische Mittel wie *bezzębna Europa* (dt. *zahnloses Europa*, Diskursfragment 27), *przegrać z kretesem* (dt. *kläglich verlieren*, Diskursfragment 27), *cierpieć na kryzys tożsamości* (dt. *an einer Identitätskrise leiden*, Diskursfragment 27), *wyniesiony na ołtarze* (dt. *selig gesprochen*, Diskursfragment 27), *zbędny przelew krwi* (dt. *unnötiges Blutvergießen*, Diskursfragment 27), *dać się zislamizować* (dt. *sich islamisieren lassen*, Diskursfragment 27) erreicht und verstärkt werden. Den LeserInnen soll offensichtlich Angst gemacht werden, damit sie sich gegen eine Integration der Türkei in die EU aussprechen.

Des Weiteren wird Europa, im Gegensatz zu islamischen Ländern, ein Fehlen an Tradition vorgeworfen (Diskursfragment 29). Die Tradition könnte man in den christlichen Werten der Kirche suchen bzw. finden, wenn sie eindeutige Antworten auf moralische Fragen wie Euthanasie, Abtreibung und Scheidung geben würde und nicht eine Spur zu „liberal“ wäre, was dazu führt, dass viele vor allem junge Leute sich von der katholischen Kirche ab- und sich dem Islam zuwenden. Genauso wie die von „*Wprost*“ beschriebenen Einzelschicksale zum Islam konvertierter Menschen, so würde sich auch Europa von seinen eigentlichen historischen, traditionellen christlichen Grundwerten lossagen. Als Beweis dafür wird einmal mehr das Fehlen eines Gottesbezugs im Entwurf für einen Verfassungsvertrag genannt. Gedroht wird als Folge dieses „Lossagens“ von der christlichen Tradition wieder mit der übermächtigen Gefahr des Islam, der sogar mit den historischen Erscheinungen des Faschismus und Kommunismus gleichgesetzt wird. Der Autor nutzt die historischen Erfahrungen der LeserInnen um seiner Theorie Ausdruck zu verleihen und die Angst vor dem Islam zu schüren. Wieder einmal sind es Begriffe der Gewalt, die diese Angst greifbar und spürbar machen sollen: *zagrożenie* (dt. *Bedrohung*, Diskursfragment 29), *faszyzm i komunizm* (dt. *Faschismus*

und Kommunismus, Diskursfragment 29), *historyczne totalitaryzmy* (dt. *geschichts-trächtiger Totalitarismus*, Diskursfragment 29), *obraz wroga* (dt. *das Bild des Feindes*, Diskursfragment 29), *kapitulacja* (dt. *Kapitulation*, Diskursfragment 29). Anzumerken ist an dieser Stelle, dass der Autor offenbar „Islam“ mit „fundamentalistischem Islam“ gleichsetzt, was durch den abwechselnden und offensichtlichen synonymen Gebrauch der Begriffe hervorgeht. Vielleicht benutzt er diese Strategie, um die wesentlich geringere Anzahl an fundamentalistischen Moslems mit der der restlichen Moslems gleichzusetzen und so die „offensichtliche“ Bedrohung größer werden zu lassen.

In Verbindung wird diese Gefahr auch mit dem möglichen Beitritt der Türkei zur EU gebracht (Diskursfragment 30). „*Wprost*“ nimmt in dieser Hinsicht eine eher ablehnende Position ein. Die Menschen, die im Beitritt der Türkei zur EU eine Chance für diese sehen, werden im Artikel ziemlich abwertend mit *nieboraki umysłowe* (dt. „*arme, dumme Schlucker*“, Diskursfragment 28) bezeichnet. Offeneres Nachdenken über Vor- und Nachteile eines Beitritts der Türkei zur EU wird offensichtlich sofort „zensuriert“.

Grundsätzlich spricht sich „*Wprost*“ für die Notwendigkeit, besonders in Bezug auf die Sicherheit, einer EU-Verfassung aus, was aus Diskursfragment 30 und 31 hervorgeht.

Eine wesentliche Rolle in der Sicherheitsfrage spielen dabei auch immer wieder die USA, der gewünschte „Schutzpartner“ Europas. Gemeinsam mit den USA soll gegen den Terrorismus und all seine „Nebenwirkungen“ angekämpft werden.

Ein wesentliches Problem in Bezug auf den Terrorismus stelle auch Russland dar, was die Diskursverschränkung in Diskursfragment 31 zeigt. Zuerst wird auf die energiepolitische Abhängigkeit Europas von Russland hingewiesen, um den „Problemnachbar“ Russland in die Argumentation einzuführen. Im Anschluss daran folgen weitere „Vergehen“ Russlands, die das von „*Wprost*“ allem Anschein nach gewünschte und provozierte Feindbild Russland weiter etablieren sollen. Dabei verlässt der Autor die objektive Ebene und begibt sich auf die Ebene der emotionalen Argumentation mit Wörtern und Wendungen wie: *imperialne zapędy* (dt. *imperiale Absichten*, Diskursfragment 31), *intensywne zbrojenia* (dt. *intensive Aufrüstung*, Diskursfragment 31), *konszachty z państwami wyjętymi spod prawa* (*Machenschaften mit rechtlosen Staaten*, Diskursfragment 31), *próby prowadzenia indywidualnych gier z europejskimi partnerami* (dt. *Versuche individuelle Spiele mit europäischen Partnern zu führen*, Diskursfragment 31), *rozbijanie unii od środka* (dt. *das Zerschlagen der Union von innen*, Diskursfragment 31), *przemyt broni, narkotyków, emigrantów* (dt. *Waffen-, Drogen- und Emigranten-*

schmuggel, Diskursfragment 31), *operacje finansowe na rzecz terrorystów* (dt. *finanzielle Operationen zugunsten der Terroristen*, Diskursfragment 31).

Diskursfragment 27

„Wprost” Nr. 7, 19. 2. 2006

Dialog cywilizacji? Autorin: Agata Jabłońska; Mitarbeit: Łukasz Radwan

[...] Jeśli Europa nie stanie w obronie swoich wartości, to następnym krokiem może być zdjęcie krzyży z kościołów, by również stamtąd "ukrzyżowany trupek" nie straszył muzułmanów. Dialogu cywilizacji dotychczas nie było, bo bezzębnej Europie łatwiej przychodziło zastępowanie go poprawnością polityczną posuniętą do granic absurdu. [...] By nie przegrać z kretelem, Europa musi wiedzieć, czego chce i jakie wartości reprezentuje. Tymczasem Stary Kontynent od dawna cierpi na kryzys tożsamości. Wyniesiona na ołtarze poprawność polityczna sprawiła, że Europejczycy wyparli się swoich korzeni, czego rezultatem było m.in. niewpisanie do projektu eurokonstytucji choćby wzmianki o Bogu. [...] bez przypomnienia sobie, kim jesteśmy i jakie reprezentujemy wartości, muzułmanie nie mają jednak z nami o czym rozmawiać. Nie znając tych odpowiedzi, Europejczycy powinni od razu, bez zbędnego przelewu krwi, dać się zislamizować, a swój kontynent nazwać Eurarabią. [...]

Diskursfragment 28

„Wprost” Nr. 16, 23. 4. 2006

Załatwione odmownie – Unia po turecku; Autor: Jan Winiecki

[...] Dyskusja na temat przyjęcia Turcji do Unii Europejskiej pokazuje - jak żadna inna - głupotę, hipokryzję, zmęczenie i strach zachodniej Europy, a wszystko podszyte politycznie poprawnym zidioceniem. [...] Mało kto zastanawia się [...] do jakiej Unii Europejskiej mielibyśmy przyjmować Turcję. Nikt nie pyta w związku z tym, jakim projektem jest Europa: handlowym, politycznym czy cywilizacyjnym [...] Wśród politycznie poprawnej większości klasy politycznej w Europie Zachodniej intelektualnie dominuje typowa socjalistyczna iluzja, że konflikty mają przede wszystkim podłoże ekonomiczne i w związku z tym należy udzielać pomocy gospodarczej jako środka przeciwdziałającego konfliktom, tak międzynarodowym, jak i wewnętrznym. [...] Dlatego zachodni Europejczycy traktują ewentualne członkostwo biednej i muzułmańskiej Turcji jako swoistą przynętę, kielbasę wyborczą. Jeśli Turcy wejdą do Europy - myślą te nieboraki umysłowe - to wzrośnie zamożność Turcji, a w efekcie także szacunek dla demokracji, państwa prawa i wartości cywilizacji zachodniej. I, co ważniejsze, wybór dokonany przez Turków stanie się pośrednią kielbasą wyborczą dla muzułmanów z innych krajów regionu, którzy - zachęteni przykładem Turcji - zaakceptują dobrodziejstwa płynące ze związków z Unią Europejską i nie będą terroryzować przestraszonej Europy. [...] obecna (bynajmniej nie pierwsza!) fala muzułmańskiego fanatyzmu jest właśnie reakcją na intensyfikację kontaktów z Zachodem i wzrost zamożności. Muzułmańscy fanatycy jak diabeł święconej wody boją się właśnie ucywilizowania w sensie akceptacji podstawowych reguł gry cywilizacji zachodniej. Boją się i demokracji, i rynku. [...]

Zmęczeni współczesnością, konkurencją globalną i w ogóle wymaganiami kapitalistycznej gospodarki rynkowej, w dodatku wystraszeni przez muzułmańskich terrorystów i zdemoralizowani pacyfizmem zachodni Europejczycy gotowi są pójść bardzo daleko, byleby tylko im nikt nie przeszkadzał w przeżywaniu dóbr materialnych, które ciągle jeszcze posiadają w wielkiej obfitości. [...] Jest oczywiste, że dla Turcji nie ma miejsca w Europie będącej projektem cywilizacyjnym. Z drugiej strony, jeżeli byłby to tylko przepływ towarów, ewentualnie usług i kapitału, to istnieją oczywiste korzyści członkostwa Turcji. [...]

Diskursfragment 29

„Wprost” Nr. 20, 21. 5. 2006

Nowe uprowadzenie Europy; Autorin: Agata Jabłońska; Mitarbeit: Dominika Ćosić

[...] W przeciwieństwie do Europy, gdzie więzy rodzinne są coraz luźniejsze, a często nie istnieją, rodzina muzułmańska to zastęp kilkudziesięciu krewnych, na których można liczyć w każdej trudnej sytuacji, bo tak nakazuje tradycja. To sprawia, że przeciętny muzułmanin nigdy nie jest samotny, a co się z tym wiąże, nie jest bezbronny wobec życiowych trudności. Czy to samo może powiedzieć przeciętny Europejczyk? Autorytetem mógłby być Kościół, ale ten sam szuka odpowiedzi na pytania, które przed "kulturą życia" stawiają eutanazja, aborcja czy choćby rozwody albo antykoncepcja. Hierarchowie zapowiadają, że Kościół wcześniej czy później się zreformuje, ale młodzi nie chcą czekać na odpowiedzi kilkadziesiąt lat, a nawet kilka lat. Oni potrzebują ich tu i teraz. Część neofitów odrzuciła chrześcijaństwo nie tylko z powodu braku jednoznacznych odpowiedzi, ale też dlatego, że - jak twierdzi Misson - jest ono zbyt liberalne. [...] Europa przez kilkaset lat stała na fundamentach helleńskiej kultury, prawa rzymskiego i wartości chrześcijańskich. Odżegnuje się jednak od historycznych korzeni, czego najlepszym dowodem jest brak choćby wzmianki o Bogu w projekcie unijnej konstytucji. [...] Islam może być dla Europejczyków zagrożeniem. Podobnie jak w niedawnej przeszłości faszyzm i komunizm. Historyczne totalitaryzmy uwodziły miliony Europejczyków klarownością ideologii, prostotą rozwiązań i jasnym obrazem wroga. Zupełnie tak jak współczesny fundamentalistyczny islam. Islam może być jednak wyzwaniem, byśmy odpowiedzieli sami sobie, kim jesteśmy. Propozycja odpowiedzi, jaką niosą konwertyci, wygląda na unik lub kapitulację. [...]

Diskursfragment 30

„Wprost” Nr. 36, 10. 9. 2006

Efekt 11 września; AutorInnen: Agata Jabłońska, Dominika Ćosić, Paweł Białobok

[...] Unia Europejska, w której mieszka ponad 455 mln ludzi, jest zbyt zróżnicowana etnicznie, by te czynniki mogły ją jednoczyć. Wartości demokratyczne ani prawa człowieka nie spełniają tej funkcji, bo to pojęcia zbyt abstrakcyjne. Takim elementem mogłyby być chrześcijańskie korzenie, ale zlaicyzowany kontynent zapętlony w poprawności politycznej wyparł się ich. [...] Na długo przed atakami 11 września Europejczycy zastanawiali się nad rozwiązaniem problemów migracji i członkostwa Turcji. Kryzys tożsamości, jaki wywołała seria wydarzeń po 11 września, obnażył, ile wyzwań stoi przed

integracją – uważa prof. Kupchan. Jego zdaniem, czynnikiem, który znacząco zdeintegrował UE, była wojna w Iraku – także następstwo 11 września. – USA starały się wbić klin między kraje popierające tę wojnę a jej przeciwników. [...] Analiza skutków 11 września w Europie nie pozostawia złudzeń. Konstytucja jest potrzebna jako manifest europejskiej tożsamości będącej podstawą wspólnoty bezpieczeństwa. [...]

Diskursfragment 31

„Wprost” Nr. 10, 11. 3. 2007

Barbarzyńcy u bram; Autorin: Marta Fita-Czuchnowska, Mitarbeit: Paweł Białobok

[...] w ostatnich latach wspólnota zaczęła się bać, i strach ożywił dyskusję o tym, jak Europa powinna się bronić. [...] Terroryzm stał się najważniejszym zagrożeniem. [...] Sen z oczu Europejczyków spędza też energetyczna zależność od Moskwy. Rosja stanowi poza tym problem sam w sobie: imperialne zapędy i intensywne zbrojenia, kon-szachty z państwami wyjętami spod prawa, próby prowadzenia indywidualnych gier z europejskimi partnerami i rozbijania unii od środka. Są też mafie zajmujące się przemytem broni, narkotyków, emigrantów i operacjami finansowymi na rzecz terrorystów. [...] Z próbami stworzenia strategii bezpieczeństwa i przełożenia jej na realne siły obronne i interwencyjne Europa nie może się jednak uporać od lat. W bizantyjskich strukturach unii taka inicjatywa może się rodzić przez dekady. Tymczasem barbarzyńcy stoją u bram. [...] Europa wciąż stoi przed pytaniem, jakie miejsce mają zająć NATO i USA w europejskiej koncepcji bezpieczeństwa. Wątpliwości mógł rozwiązać traktat konstytucyjny, który wyraźnie precyzował miejsce Paktu Północnoatlantyckiego w Europejskiej Polityce Bezpieczeństwa. [...]

Diskursfragment 32

„Wprost” Nr. 32/33, 12./19. 8. 2007

Element antysocjalistyczny; Autorin: Krystyna Grzybowska, Mitarbeit: Paweł Białobok

[...] W Europie Zachodniej ważnym powodem wzrostu popularności partii konserwatywnych jest zagrożenie ekspansją islamu. [...]

Diskursfragment 33

„Wprost” Nr. 43, 28. 10. 2007

Unia polsko-europejska; Autorin: Dominika Ćosić

[...] Otwarcie granic to ryzyko większego przepływu przestępców. Eksperci ostrzegają, że do Polski mogą się teraz łatwiej przedostawać terroryści [...]

Wie in den vorangegangenen Ausführungen bereits geschildert, fungiert Russland als Feindbild, das von „Wprost“, aber auch von der PiS, weitgehend benutzt wird, um Ängste in der Bevölkerung zu schüren. „Wprost“ gleicht der PiS in ihrer „Feind-Freund-Rhetorik“ und infolgedessen wird unter anderem die PO als „Russland-Freund“ hingestellt und „heimlicher Machenschaften“ mit Russland bezichtigt.

Immer wieder betont wird auch die Abhängigkeit von Russland aus energiepolitischer Sicht, die von der EU auch noch forciert würde (Diskursfragment 35). Die Argumentation findet sich auch in anderen Diskursfragmenten wieder, woraus Diskursverschränkungen resultieren. In dem Diskursfragment 35 bedienen sich die Autoren einer besonders starken Redewendung um ihre Argumentation zu bekräftigen: [...] *Rurociąg Nabucco, [...], byłby gwoździem do trumny dla Europy* [...] (dt. [...] *die Nabucco-Gasleitung [...] wäre ein Nagel für den Sarg von Europa* [...], Diskursfragment 35).

In Bezug auf die polnischen Parteien lässt sich im Diskursfragment 34 folgendes Bild ablesen: Der anhaltende Streit, verstärkend wird hier die Redewendung *wojna na górze* (dt. *der Krieg innerhalb der Obrigkeit/in den oberen Reihen*, Diskursfragment 34) eingesetzt, zwischen den Parteien im Sejm komme Russland sehr gelegen, um seine Interessen durchzusetzen. Direkt kritisiert werden unter anderem die PO und diverse von der PiS unterstützte pro-russische Personen und Medien mit antisemitischer Gesinnung. „Wprost“ kritisiert den anhaltenden Disput zwischen den Parteien und weist darauf hin, dass dieser nur dem russischen Präsidenten nutzen würde. Die polnischen Politiker würden verantwortungslos mit ihrer „Verantwortung für das Land“ umgehen und Polen nur einer unnötigen Gefahr aussetzen. Betont wird dies vor allem durch Fragen wie: *Ileż energii tracą politycy odpowiedzialni za losy kraju na te wszystkie gry i zabawy?* (dt. *Wieviele Energie verlieren die für das Schicksal des Landes verantwortlichen Politiker während dieser ganzen Spiele und Vergnügungen?* Diskursfragment 34), *Ileż pary idzie w gwizdek?* (dt. „Wieviele Energie wird verschwendet?“ Diskursfragment 34), *Jakie poniesiemy koszty tego przedstawienia?* (dt. *Mit welchen Kosten müssen wir aufgrund dieser „Vorstellung“ rechnen?* Diskursfragment 34), *Czy Rzeczpospolita znów ma płacić za naiwność i nieposkromione ambicje swoich przedstawicieli?* (dt. *Muss die Republik erneut für die Naivität und ungezügelten Ambitionen ihrer Politiker bezahlen?* Diskursfragment 34).

Diskursfragment 34

„Wprost” Nr. 12, 26. 3. 2006

Rachunek dla Rzeczypospolitej; Autor: Kazimierz Orłoś

[...] Polska słabego rządu, skłóconego Sejmu, stale zagrożonego rozwiązaniem i - zapewne - coraz silniejszych wpływów ludzi powiązanych ze wschodnim sąsiadem - oto obraz naszego kraju, jaki odpowiada prezydentowi Rosji. Doprawdy trzeba być bardzo naiwnym lub nie pamiętać o tym, czego nauczyła nas historia ostatnich dwustu lat, by nie dostrzegać związku między sytuacją wewnętrzną w Polsce a wpływami Rosji. Ameryka, Unia Europejska, NATO, parasol bezpieczeństwa - tak, ale to wszystko nie stanowi dostatecznej ochrony przed tymi powolnymi, podstępными, najczęściej niewidocznymi, wpływami. [...] Owa zaciekle "druga wojna na górze" (jak ją już nazwano), którą obserwujemy od kilku miesięcy, dowodzi, jak bardzo ulegliśmy złudzeniom, sądząc, że interesy kraju okażą się dla polityków z solidarnościowym rodowodem mimo wszystko nadrzędne. Tymczasem - jak się okazało - z jednej strony wyborcy Platformy Obywatelskiej poparli polityka, który mówi dziś o "nieposłuszeństwie obywatelskim" jako możliwej strategii swojej partii. Z drugiej strony, wyborcy Prawa i Sprawiedliwości wsparli polityka, który zawiera pakt z ludźmi obciążonymi wyrokami sądowymi i korzysta ze wsparcia rozgłośni de facto służącej rosyjskim interesom. Jak bowiem inaczej można wytłumaczyć działalność ośrodka, który zwalczał starania Polski o członkostwo w NATO, przystąpienie do Unii Europejskiej, który odsadza od czci i wiary Amerykę oraz szerzy antysemityzm? To jest właśnie rosyjski scenariusz: Polska wroga Zachodowi, antysemicka i niereformowalna. Polska totalnego bałaganu - kraj nieustannych "niesnasek, zaburzeń i rozpręggnięcia"! [...] Nasz kraj potrzebuje stabilizacji, ale rzeczywistej, nie pozornej. Rządzenie nie może polegać na niekończących się grach i awanturach sejmowych. To droga donikąd. Patrząc z boku, z pozycji niedawnych wyborców Prawa i Sprawiedliwości oraz Platformy Obywatelskiej, tak to właśnie wygląda. Ileż energii tracą politycy odpowiedzialni za losy kraju na te wszystkie gry i zabawy? Ileż pary idzie w gwizdek? Jakie poniesiemy koszty tego przedstawienia? To Onufry Zagłoba powiedział, o ile pamiętam, "Rzeczpospolita zapłaci". Czy Rzeczpospolita znów ma płacić za naiwność i nieposkromione ambicje swoich przedstawicieli? Także w XXI wieku? Jedynie prezydent Putin ma powody do satysfakcji. [...]

Diskursfragment 35

„Wprost” Nr. 10, 11. 3. 2007

Antywspólnota europejska; AutorInnen: Waldemar Kedaj, Dominika Ćosić

[...] Gdyby nie upór Polski, unia, realizując swoją wizję polityki energetycznej, całkowicie uzależniłaby się od Rosji, a szczyt przeszedłby do historii jako jedna z największych porażek wspólnoty. [...] Dla Polski i krajów nadbałtyckich podstawą jest zapewnienie bezpieczeństwa dostaw, czyli pośrednio uniezależnienie się od Rosji. Bo co z tego, że będzie kilkaset nowych gazociągów, jeśli we wszystkich będzie płynąć gaz z Rosji, która w każdym momencie może zakręcić kurki? [...] Od kilku lat wszem wobec ogłasza się, że rurociąg Nabucco, który będzie doprowadzał gaz z Kazachstanu przez Turcję do Austrii, stanowi priorytetową inwestycję unijną, mającą zdywersyfikować źródła energii. W Brukseli przy każdej okazji słyszy się, że dzięki Nabucco Europa

uniezależni się od Rosji. [...] Rurociąg Nabucco, w którego budowie brałaby udział Rosja, byłby gwoździem do trumny dla Europy. Mimo to Komisja Europejska także w tym wypadku nie próbuje przeciwdziałać rosyjskiemu lobbingsowi. [...] nie ma nic wspólnego z solidarnością. Wspólnota, powołana do rozwiązania problemów energetycznych, po 50 latach bardziej kojarzy się z antywspólnotą. [...]

„*Wprost*” räumt der politischen und militärischen Bedeutung der USA für Polen wesentliche Bedeutung ein (genauso wie die PiS) und scheint sich zu wünschen, dass die USA Polen als wichtigsten „Partner“ aus der EU auswählen würde (Diskursfragment 36). Besonders deutlich wird dies an der Stelle, wo es heißt: [...] *Kogo prezydent Bush uzna za najwierniejszego europejskiego sojusznika podczas swej drugiej kadencji?* [...] *Niestety, to nie był premier Jarosław Kaczyński, lecz Nicolas Sarkozy, francuski minister spraw wewnętrznych* [...] (dt. [...] *Wen erkennt Präsident Bush während seiner zweiten Amtszeit als treuesten europäischen Verbündeten an?* [...] *Leider war das nicht Premier Jarosław Kaczyński, sondern Nicolas Sarkozy, der französische Innenminister* [...], Diskursfragment 36). Kritisiert wird hier allerdings die von der PiS geführte Außenpolitik. Es scheint, als hätte „*Wprost*“ die Haltung Deutschland gegenüber und die Unterstützung für die von den Kaczyńskis betriebene Deutschlandpolitik revidiert. Allerdings ist der von „*Wprost*“ eingeschlagene Kurs in Relation zu setzen, da offenbar erkannt wurde, dass ohne gute Beziehungen Polens zu Deutschland die USA Polen eine negative Haltung entgegenbringen. Außerdem wird immer wieder die Konkurrenz Deutschlands und Frankreichs als „Wahlpartner“ der USA betont (besonders in den Diskursfragmenten 37, 39 und 40). In Bezug auf Deutschland wird in Diskursfragment 39 auch wieder auf die deutsch-russischen Beziehungen, die negative Auswirkungen auf Polen haben, angespielt. Die im Diskursfragment erwähnten Initiativen der Kaczyńskis werden dabei gelobt, den von ihnen eingeschlagenen Kurs solle auch die neue Regierung unter Tusk halten.

Diskursfragment 36

„*Wprost*” Nr. 38, 24. 9. 2006

Ofensywa Kaczyńskich; AutorInnen: Dominika Ćosić, Marta Fita-Czuchnowska, Igor Janke, Grzegorz Sadowski

[...] *Kogo prezydent Bush uzna za najwierniejszego europejskiego sojusznika podczas swej drugiej kadencji?* [...] *Niestety, to nie był premier Jarosław Kaczyński, lecz Nicolas Sarkozy, francuski minister spraw wewnętrznych*, [...] *Bracia Kaczyńscy rozjechali*

się w świat. Z jakimi rezultatami? Dzisiejsza polska polityka zagraniczna wygląda czasem tak, jakby prowadziły ją dwa różne państwa. Jedno ma dalekosiężną wizję, działa stanowczo, ale z wyczuciem, drugie cierpi na chaos, brak strategii i przypadkowość działań. [...] Sarkozy, przypomnijmy, jest zaledwie ministrem, ale jego spotkanie z Bushem trwało 25 minut. Spotkanie Bush - Kaczyński trwało minut pięć. [...] nasza pozycja w Waszyngtonie nie jest najmocniejsza. Zważywszy na to, że jest ona funkcją naszej reputacji w unii i jakości kontaktów z europejskimi partnerami, trudno się dziwić. By odnieść sukces dyplomatyczny w USA, najlepiej byłoby tam pojechać wtedy, gdy będziemy mieli za sobą sukcesy w Brukseli i Berlinie. [...] I premier, i prezydent muszą zrozumieć, że zarówno w Europie, jak i w Ameryce bez Niemiec niewiele zwojujemy. [...]

Diskursfragment 37

„Wprost” Nr. 11, 18. 3. 2007

Najdłuższe pojednanie nowoczesnej Europy; Autor: Piotr Cywiński

[...] Wolfgang Scheuble (CDU) nie zostawił suchej nitki na rządzie Schroedera za "lekceważenie Polskie" i strzegął przed "rujnowaniem polsko-niemieckich stosunków". Ale mleko zostało już rozlane. Podczas kampanii wyborczej w Polsce w 2005 r. pojawiły się akcenty antyniemieckie. [...] Z powodu zaniedbań polityków narosły emocje, które wzięły górę nad rozumem. [...] Koalicja PiS z LPR i Samoobroną wywołała w Niemczech obawy o polską politykę. [...] w mediach RFN utrwalił się wizerunek Polski jako pływającego się w unijnych pieniądzach warchoła. Ale z chwilą objęcia władzy przez braci Kaczyńskich skończył się spektakl poklepywania charakterystyczny dla prezydentury Kwaśniewskiego. [...] Dobre stosunki Niemiec i Polski są w interesie Białego Domu, a jeśli Waszyngton musiałby między nami wybierać, Niemcy jako potęga gospodarcza o rosn[ą]cym znaczeniu politycznym mają więcej do zaoferowania. [...] Ani w Polsce, ani w RFN nie ma na razie pomysłu, jak mamy się traktować w przyszłości. [...]

Diskursfragment 38

„Wprost” Nr. 20, 20. 5. 2007

Czyściciele Europy; AutorInnen: Piotr Cywiński, Marta Fita-Czuchnowska

[...] Najważniejsze jest to, jak nowe pokolenie liderów Europy ułoży sobie relacje z USA. Na razie rola hegemonu przypada Ameryce, choć konkurencja ze strony Chin i Indii uszczupli jej wpływy. [...]

Diskursfragment 39

„Wprost” Nr. 2, 13. 1. 2008

Depresja dyplomatyczna; Autoren: Mariusz Muszyński, Krzysztof Rak

[...] Nastąpi powrót do lat 90. ubiegłego wieku, kiedy Waszyngton rezerwował dla Niemiec rolę „partnera w przywództwie”, czyli najważniejszego strategicznego sojusznika w Europie. Pierwsze symptomy tych zmian możemy już obserwować. W konsekwencji słabnąć będzie pozycja Polski. Decyzja rządu platformy o wyjściu z Iraku, niezależnie od całościowej oceny misji, tylko ten proces przyspieszy. Czyni bowiem z naszego kraju jeszcze mniej atrakcyjnego sojusznika. [...] Niestety, niezamknięte kwestie wynikające z II wojny światowej i przekonanie o specjalnej, uprzywilejowanej roli Niemiec w regionie środkowoeuropejskim jeszcze przez długie lata będą ochładzały nasze sąsiedzkie relacje. Do tego dochodzi tendencja do robienia interesów z Rosją kosztem Warszawy. [...] Trafnym elementem polityki regionalnej były zorganizowane przez prezydenta Kaczyńskiego dwa szczyty energetyczne, dzięki którym [...] zapoczątkowano proces uniezależniania naszych krajów od rosyjskiej dominacji. Ważne jest, by i ta inicjatywa znalazła kontynuację i silne wsparcie rządu PO. [...]

Diskursfragment 40

„Wprost” Nr. 17, 27. 4. 2008

Francuski narzeczony Polski; Autorin: Dominika Ćosić

[...] Teraz jednak optymizm ustępuje miejsca obawie, że Francja razem z Niemcami pozbawi Polskę roli najważniejszego po Wielkiej Brytanii sojusznika USA w Europie. [...] Francja nie dostrzegała, że Polska to jeden z większych unijnych krajów, który powoli przestaje być ubogim krewnym. [...]

Die gute Meinung von den USA resultiert unter anderem aus der „Andersartigkeit” dieser (Diskursfragment 41). Aufgrund dieser „Andersartigkeit“ würden die USA nie zur EU passen und vermutlich nie in diese „aufgenommen werden können“. Er vergleicht die USA, aufgrund der dort vorherrschenden Haltungen (Abtreibungsverbot, Todesstrafe, etc...) mit *ciemnogród*²³ (Diskursfragment 41). Trotzdem, so argumentiert „Wprost“ stellen die USA, offensichtlich zum Erstaunen Europas, eine der „fortschrittlichsten und am besten funktionierenden Demokratien der Welt“ dar. Der Autor möchte offensichtlich die LeserInnen dazu bringen, ihre Positionen der EU gegenüber zu überdenken, in der nur die von der EU vorgeschriebenen Werte akzeptierbar seien. Er benutzt aussagekräftige rhetorische Mittel für die Argumentation: *kastrowanie* (dt. *Kastrierung*, Diskursfragment 41), *absurd* (dt. *Absurdität*, Diskursfragment 41) in folgendem Zusam-

²³ Ciemnogród – ein Ort in den keine Kultur und kein Fortschritt vordringen kann (vgl. Sobol 2002: 94).

menhang: [...] *kastrowanie debaty publicznej i sprowadzenie wszystkiego do jednego, poprawnego politycznie modelu (dziwnym trafem lewicowo-liberalnego) jest absurdem. W Europie ten absurd jest uważany za szczyt cywilizacyjnego rozwoju [...].* (dt. [...] *die Kastrierung der politischen Debatte und die Reduzierung von allem auf ein einziges korrektes politisches Modell (komischerweise genau ein links-liberales) ist eine Absurdität. In Europa hält man diese Absurdität für den Hochpunkt der zivilisatorischen Entwicklung [...].* Diskursfragment 41). In Diskursfragment 42 wird weiter die EU kritisiert und von den USA wieder ein positives Bild gezeichnet. Besonders stark kommt dies in den Ausdrücken über Brüssel heraus: *myślowa pustynia* (dt. „Gedankenwüste“, Diskursfragment 42), *inteligentnie sparalizowana* („gelähmte Intelligenz“, Diskursfragment 42). Hierbei sollen wohl wieder einmal die LeserInnen dazu animiert werden, über den Sinn der EU und ihre eventuellen pro-EU-Haltungen nachzudenken, da ihr Vertrauen von den Machteliten der EU in Brüssel eigentlich ausgenutzt würde. Während die EU (also auch Polen) mit großen außen- und innenpolitischen Themen zu kämpfen hat, würden die Köpfe der EU nur „däumchendrehen“. LeserInnen, die der EU gegenüber sowieso eher negativ eingestellt sind, finden in den Artikeln von „Wprost“ oft Bestätigung für dieses Denken.

Diskursfragment 41

„Wprost” Nr. 26, 1. 7. 2007

Na stronie – Komunizm po komunizmie; Autor: Stanisław Janiecki

[...] W szkołach zaczyna się zajęcia od modlitwy, a religia jest wszechobecna. obrońcy kreacjonizmu rosną w siłę, a w wielu szkołach nie pozwalają uczyć darwinizmu. W publicznej debacie homoseksualistów nazywa się zбоченцами i chce ich leczyć. Bardzo silni są przeciwnicy aborcji, a czasem dochodzi do zabójstw lekarzy aborcję wykonujących. Kara śmierci jest uważana za dobrodziejstwo dla społeczeństwa, a system karny ma głównie służyć odstraszaniu przestępców, a nie ich resocjalizacji. Można by jeszcze długo wyliczać mankamenty tego kraju, uosobienia ciemnogrodu. Nie miałby on najmniejszych szans spełnić kryteriów hiperpostępowej Rady Europy [...] A do Unii Europejskiej nie wszedłby wcale albo długo po Turcji i Albanii. A jednocześnie ten kraj, Stany Zjednoczone, jest uważany za jedną z najdojrzalszych i najlepiej funkcjonujących demokracji świata. [...] Przykład USA dowodzi, że kastrowanie debaty publicznej i sprowadzenie wszystkiego do jednego, poprawnego politycznie modelu (dziwnym trafem lewicowo-liberalnego) jest absurdem. W Europie ten absurd jest uważany za szczyt cywilizacyjnego rozwoju. Tu nie ma gry i rywalizacji wartości (nawet antywartości), lecz przymus wyznawania jednych wartości (wszystko inne to wykluczenie, napiętnowanie, dyskryminacja itp.). [...] Kiedy Polska sprzeciwia się różnym europejskim rozwiązaniom, słusznie wytykając ich absurdalność czy niedemokratyczność, też jest

nazywana ciemnogrodem. Światli Europejczycy z lubością powtarzają, że Polska zawsze sprawiała kłopoty. [...]

Diskursfragment 42

„Wprost” Nr. 26, 1. 7. 2007

Mózg świata; Autor: Grzegorz Sadowski

[...] Brukselska burza mózgów wygląda mnie więcej tak: kawa, croissanty, wykład o demokracji i konsensusie, w przerwie znowu kawa, a na koniec lampka wina. Wszyscy się znają i kochają. Bruksela, która mieni się stolicą wolnej i demokratycznej Europy, jest intelektualnie sparaliżowana. To ledwie prowincja idei, zagarnięta przez lobbystów. Kiedy w Waszyngtonie toczą się zacięte wojny o następną wielką ideę, w Europie pije się kolejną kawę i słucha kolejnego wykładu o subsydiach. [...] Bruksela to w porównaniu z Waszyngtonem myślowa pustynia. [...] Polityka wobec Bliskiego Wschodu, relacja UE z Hamasem – w Europie decyzje w tych kwestiach zapadają za zamkniętymi drzwiami. Opinii publicznej ogłasza się je już po fakcie, tłumacząc, że na tym polega demokracja. Cóż więc nam, Europejczykom, zostaje na pocieszenie? Ano to, że większość najbardziej wpływowych politycznych myślicieli na świecie to intelektualiści, którzy z Europy uciekli do USA. [...]

8. 7. 4. Analyseergebnisse „Polityka”

„Polityka” spiegelt in den Diskursfragmenten 1 bis 11 eindeutig die damaligen (tlw. auch heute aktuellen) Zweifel an der EU wider. Besonders tritt dies in Diskursfragment 2 zu Tage, in dem allgemein an der EU gezweifelt wird und Kritik an dieser Institution geübt wird. Als Argumente für den Zweifel an der EU werden *wielomilionowe bezrobocie w starych państwach wspólnoty* (dt. *mehrere Millionen Arbeitslose in den alten Mitgliedsländern*, Diskursfragment 2), *niekontrolowany napływ cudzoziemców* (dt. *unkontrollierter Zustrom von Ausländern*, Diskursfragment 2) und *stagnacja gospodarcza* (dt. *Wirtschaftsstagnation*, Diskursfragment 2) angeführt. Tatsächlich hat die EU mit derlei Problemen zu kämpfen, welche auch der EU-Bevölkerung Angst machen. Direkt angesprochen wird auch das Thema der Billigarbeitskräfte aus den östlichen EU-Mitgliedsländern. Daneben wird auch Frankreich, damals noch unter Präsident Chirac, stark kritisiert (Diskursfragment 1 und 2). Die Autoren weisen explizit darauf hin, dass Polen großteils der EU positiv gegenüber eingestellt sei (so auch in Diskursfragment 8). All diese negativen Aspekte könnten diese Haltung aber beeinflussen, sodass sich Polen vom EU-Befürworter zum EU-Skeptiker entwickeln könnte.

Diskursfragment 1

„Polityka” Nr. 22, 4. 6. 2005

Zjemy francuską żabę; Autor: Marek Ostrowski

[...] Jeśli tyle tej niechęci do rozszerzenia wyszło na jaw, jeśli już prezydent Chirac, niby dla uspokojenia nastrojów, obiecał referendum nad przyjęciem Turcji, to dlaczego Front Narodowy albo kto inny nie miałby żądać referendum przed przyjęciem Bułgarii i Rumunii? A Ukraina – przecież nie pasuje! Znowu, pomyślcie o psychologii. Nie musi być żadnych referendów. Skoro pada konstytucja z powodu polskiego hydraulika, to czy nie lepiej rzeczywiście hamować to szaleństwo integracji, ograniczać, nie wpuszczać, nie otwierać, nasyłać kontrole, obrzydzać życie. Cieszy się dziś Lech Kaczyński, że żadnego referendum w Polsce już nie potrzeba (od strony prawnej to nigdy nie było trzeba), bo Francuz dał sygnał, że Unia poszła za daleko i oszczędzi nam kłopotów. Ale to owoc zatruty, którego słodkiej trucizny Kaczyński nie czuje, bo go sam jadł nie będzie. Unia chciała iść dalej – głównie na naszą rzecz i w naszą stronę. Jeśli Polacy, którzy na Unii korzystają, także sprawę zlekceważą, to kto się dalszą integracją zajmie? Od kogo będą wychodzić impulsy i inicjatywy? Kto upomni się, za przeproszeniem, o polskiego hydraulika? [...]

Diskursfragment 2

„Polityka” Nr. 24, 18. 6. 2005

Eurokac; Autoren: Adam Krzemiński, Marek Ostrowski

[...] Wspólną politykę zagraniczną Unii głośno się wykpiwa, ba, nawet traktatowy cel UE – *ever closer Union*, coraz ściślejsza Unia – jest zakwestionowany. [...] Spór powstał także o model gospodarczy: co przeważy? Kapitalizm reński, budowany przez lata w RFN: dobrobyt plus ochrona socjalna, czy też socjał francuski, oparty na wysokich podatkach i wysokich świadczeniach, a może raczej liberalizm anglosaski, trochę sprzymierzony z naszym wschodnioeuropejskim, który relatywnie niższymi kosztami z jednej strony ściąga do siebie miejsca pracy, z drugiej natomiast wypycha na Zachód ludzi gotowych pracować na gorszych warunkach niż Niemcy, Francuzi czy Brytyjczycy? Nic dziwnego, że przy wielomilionowym bezrobociu w starych państwach wspólnoty, niekontrolowanym napływie cudzoziemców i stagnacji gospodarczej niektórzy zaczynają kwestionować samą ideę coraz większej i coraz ściślejszej Unii. Nastroje są tak rozhuśtane, że nawet polska opinia publiczna, która w większości dotąd – oczywiście w konstytucję się nie wgłębiając, bo nie o to chodzi – głosowała za Europą, sama zaczyna wątpić. Jak to? Zmieniliśmy zdanie w dwa tygodnie? Mieliśmy 60 proc. zwolenników traktatu, którzy widzieli w przyszłym głosowaniu kolejną szansę na potwierdzenie polskiego udziału w ambitnym projekcie, dziś mamy już tylko 40 proc., a jutro kto wie ile? [...] Co gorsza, to oficjalny zwolennik konstytucji prezydent Chirac dał hasło do tego nihilizmu, gdy w 2003 r. w imperialny sposób kazał Polakom zamknąć się w sprawie Iraku, a potem demonstrował większe sympatie do Putina niż do Busha. To nie było marzenie o Europie europejskiej, lecz o francuskiej. A więc jednak Francja zakała Europy? [...] To wyraźne przesłanie dla naszej prawicy. Dotychczas odgrzewała tradycyjne animozje, przenosząc stosunki polsko-niemieckie głównie na płaszczyznę

konfrontacji w polityce pamięci historycznej. Zapomniała natomiast o kardynalnej zasadzie generała de Gaulle'a, że Niemców należy przywiązać do Europy sojuszami i spętać przyjaźnią, by znów nie urwali się z uwięzi. Tę rolę po kryzysie konstytucyjnym może i musi odegrać Polska razem z Wielką Brytanią. Ale to wymaga nowego języka i innego niż dotychczas myślenia naszej prawicy, żeby polski głos w Europie się liczył, to powinniśmy wyraźnie wygrać referendum. Wiara, że wszystko zmieni się jak za dotknięciem czarodziejskiej różdżki, gdy kanclerzem zostanie Angela Merkel, jest złudna. Będą nieco korzystniejsze konstelacje w polityce zagranicznej, odpadnie męska przyjaźń kanclerza z Putinem, ale nic w sprawach polsko-niemieckich nie jest samoczynne. Ekipa Angeli Merkel jest w sprawach międzynarodowych mało wyrobiona i nie ma wyraźnej wizji Europy. Podobnie jak nasza prawica, której głos w obecnym europejskim sporze jest mało obecny. [...]

Weitere Kritik an der EU lässt sich auch in Diskursfragment 3 finden. Im Speziellen wird hier *stara Europa* (dt. *altes Europa*, Diskursfragment 3) kritisiert. Mit Aussagen wie [...] *socjalny i narodowy egoizm starej Europy, która w ostatnich latach puszyła się na przeciwieństwo wobec USA, szukała oparcia w Rosji, natomiast nie odrabiała swoich własnych zadań domowych* [...] (dt. [...] *der soziale und nationale Egoismus des alten Europa hat sich in den letzten Jahren zu einem Gegenpol gegen die USA aufgebauscht, und Unterstützung in Russland gesucht ohne dabei die eigenen Hausaufgaben erledigt zu haben* [...], Diskursfragment 3) und [...] *Unia nie ma czasu na ciche gabinetowe myślenie, musi się zdobyć na porządną europejską debatę, czym i jaka ma być* [...] (dt. [...] *die Union hat keine Zeit für „stilles Denken“ im Kabinett, es muss sich zu einer ordentlichen europäischen Debatte, was und wie dieses Europa sein soll, durchringen* [...] Diskursfragment 3) wird diese Kritik bekräftigt und die LeserInnen zum Nachdenken angeregt. Über der ganzen Kritik steht der zum Ausdruck kommende Gedanke, dass die EU selbst sich noch keineswegs sicher sei, welche Identität bzw. welche Rolle sie im internationalen Geschehen spielen soll/kann. Bemerkenswert ist auch die Verwendung des Wortes *wróg* (dt. *Feind*, Diskursfragment 3) im kritisch anmutenden Titel *Jak z wrogiem wejść do łóżka* (dt. *Wie man mit dem Feind ins Bett steigt*, Diskursfragment 3), welches sich vielleicht auf Russland beziehen könnte.

Diskursfragment 3

„Polityka” Nr. 26, 2. 7. 2005

Jak z wrogiem wejść do łóżka; Autor: Adam Krzemiński

[...] Nie dokonano też zawczasu takich reform politycznych, które zwiększyłyby demokratyczną legitymizację Unii. Półtora roku temu polskie sondaże pokazywały, że Polacy

chcieliby bezpośrednio wybierać prezydenta UE, że chcieliby euroarmii, eurowaluty i zarazem silniejszego akcentowania państwa narodowego. Tę wiarę w Europę jako instancję normującą życie polityczne państw narodowych wyraźnie podkopał socjalny i narodowy egoizm starej Europy, która w ostatnich latach puszyła się na przeciwieństwo wobec USA, szukała oparcia w Rosji, natomiast nie odrabiała swoich własnych zadań domowych. [...] Unia nie ma czasu na ciche gabinetowe myślenie, musi się zdobyć na porządną europejską debatę, czym i jaka ma być. [...]

In Diskursfragment 4 wird bemängelt, dass Polen keinen „Verbündeten“ habe, was aus der tlw. auch begründeten Abwehrhaltung den anderen Mitgliedsländern gegenüber resultieren würde. Zugespißt wird hier mit ausdrucksstarken Wörtern wie *kwasy* (dt. „böses Blut“/*Unstimmigkeiten*, Diskursfragment 4), *kaliber* (dt. *Kaliber*, Diskursfragment 4) und *pretensje* (dt. *Gründe zur Klage*, Diskursfragment 4) formuliert: [...] *nie-mal wobec wszystkich mamy jakieś kwasy i pretensje różnego wprawdzie kalibru i z różnych przyczyn* [...] (dt. [...] *fast allen gegenüber haben wir böses Blut und verschiedene, von unterschiedlichem Kaliber, Gründe zur Klage* [...], Diskursfragment 4) und [...] *nie mamy żadnych bliskich dusz* [...] (dt. [...] *wir haben keine nahen Seelen* [...], Diskursfragment 4). Vor allem in der zweiten Äußerung, dass Polen keine „nahe Seele“ *bliska dusza* (Diskursfragment 4) unter den EU-Mitgliedsländern habe, impliziert, dass Polen so eine „nahe Seele“ gerne haben würde und dieses Ziel auch erstrebenswert sei. Der Weg dorthin führe unter anderem über die polnischen Politiker. Angeführt werden dabei beide Parteien – also sowohl die PiS, als auch die PO, die nicht an der Erreichung dieses Ziels arbeiten würden. Besonders angesprochen werden jedoch die Kaczyński-Brüder, die *żadne sygnały do wyborców* (dt. *keine „Signale an die Wähler“*, Diskursfragment 4), aussenden würden, die von einem Willen zu einer „guten Partnerschaft“ *być dobrymi partnerami* (dt. *gute Partner sein*, Diskursfragment 4) zeugen würden. Kritisiert wird der *ton nieufności* (dt. „Ton des Nichtvertrauens“, Diskursfragment 4) und die immer wieder auftretenden Anzeichen einer „Freund-Feind-Rhetorik“ der Kaczyńskis, auf die „*Polityka*“ mit Aussagen wie [...] *ciągle przypominanie „my i oni“, „tu my – a tam jakaś Unia“* [...] (dt. [...] *die ständige Mahnung „wir und sie“, „hier sind wir – und dort irgendeine Union“* [...], Diskursfragment 4) hinweist. Grundsätzlich werden meist beide Parteien, also PiS und PO, kritisiert. Als gemeinsamer Kritikpunkt wird hier vor allem zum Beispiel in Diskursfragment 4 auf fehlende außenpolitische Erfahrung hingewiesen: [...] *partie te nie mają większego doświadczenia w polityce zagranicznej* [...] (dt. [...] *diese Parteien haben keine große Erfahrung in der Außenpolitik* [...], Diskursfragment 4), [...] *w sumie – polityka zagra-*

niczna jest słabą stroną oferty PO–PiS [...] (dt. [...] alles in allem – die Außenpolitik ist die schwache Seite des Angebots PO–PiS [...], Diskursfragment 4). In Bezug auf die polnisch-deutschen Beziehungen und ihre Verschlechterung wird aber überwiegend die PiS kritisiert bzw. verantwortlich gemacht. Auch in Diskursfragment 2 findet sich eine Anspielung auf Schwachpunkte der polnischen Rechten in Hinsicht auf die politische Einstellung Deutschland gegenüber.

Diskursfragment 4

„Polityka” Nr. 35, 3. 9. 2005

Pieć sporów o Polskę; Autor: Marek Ostrowski

[...] Wcześniej jeszcze cały Sejm *in gremio* – wbrew stanowisku rządu – przyjął uchwałę domagającą się (60 lat po wojnie!) reparacji od Niemiec, naszego głównego partnera gospodarczego i adwokata w procesie negocjacyjnym z Unią. W samej Unii, której logika działania polega na tym, że żaden kraj – bez sojuszników – w pojedynkę niczego nie załatwi, hasło reparacji wojennych od Niemiec budzi w innych krajach co najmniej zdziwienie. Zdziwienie, jeśli nie politowanie, zawsze budzą hasła i pomysły, delikatnie mówiąc, nadmiernie oryginalne. A na Wschodzie? Stosunki z Ukrainą to jaśniejszy punkt, ale z Rosją i Białorusią – prawdziwy impas, tupik, jak mówią Rosjanie. Z Francuzami – zapaść, pogłębiona niechęcią do Chiraca, co to nam kazał siedzieć cicho; z Czechami i Słowakami niewiele nas łączy (poza tym, że podbierają nam zagraniczne inwestycje), podobnie jak ze Szwedami, ważnymi sąsiadami przez Bałtyk. Wychodzi ogólnie na to, że niemal wobec wszystkich mamy jakieś kwasy i pretensje różnego wprawdzie kalibru i z różnych przyczyn, czasem najzupełniej słuszne, ale nie mamy żadnych bliskich dusz. [...] Nie słyszę, zwłaszcza od braci Kaczyńskich, żadnych sygnałów do wyborców, że chcą być dobrymi partnerami Unii, przecież „naszej Unii”. Słyszę raczej ton nieufności, ciągle przypominanie „my i oni”, „tu my – a tam jakaś Unia”. Bardzo się boję, że PiS, a i Platforma – w polityce zagranicznej, unijnej, a więc na tym polu dla nas praktycznie najważniejszym – czuć się będą jak obrażeni profesorowie na studenckim balu i wbrew gromkim oświadczeniom, jak to będą lepiej bronić „naszych interesów”, to wiele nie załatwią. [...] Co do partii głównego nurtu – Platformy i PiS – mniejsza o to, że partie te nie mają większego doświadczenia w polityce zagranicznej; gorzej, że chętnie stosują retorykę ksenofobiczną, że zdają się być dumne z tego, iż przywódcy „nie mają żadnych kontaktów z Niemcami” (Kaczyński), że podoba się tromtadracja, odrzucanie kompromisów i poprawności politycznej z samej zasady. Podrażnianie, irytowanie, podpuszczanie, linia „nie będzie Niemiec pluł nam w twarz”, polityka ostra i dziś dziwaczna, na „nie”. [...] Czy światopogląd braci Kaczyńskich, a trochę i Donalda Tuska, nie utrudni im koniecznej i pożądanej polskiej Realpolitik, pragmatycznego podejścia do stosunków z Niemcami? Od dyplomacji niemieckiej otrzymujemy sygnały, że martwią się sami Niemcy, iż Polska – z sensownego partnera – sama zapędzi się do kąta, gdzie będzie się boczyła na innych, a najbardziej na nich. [...] Lepiej wygląda sytuacja na drugim najważniejszym froncie – stosunkach z USA. Wygląda z enuncjacji partyjnych, że wszyscy doceniają znaczenie Waszyngtonu dla Polski i będą na to chuchać i dmuchać. [...] W sumie – polityka zagraniczna jest słabą stroną oferty PO–PiS.

Angesprochen wird auch die von der polnischen Rechten lautstark geforderte „europäische Solidarität“, die so „*Polityka*“ zwar angebracht sei, aber eigentlich in Widerspruch zur Ideologie der PiS bzw. des Präsidenten stünde, da diese „europäische Solidarität“ Polen eigentlich immer mehr weg vom Nationalstaat hin zu einem „übernationalen Europa“ *ponadnarodowa Europa* (Diskursfragment 5) „drängen“ *pchać* (Diskursfragment 5) würde. Derselbe Widerspruch findet sich auch in Diskursfragment 7, in dem dieser auch noch ironisch als „Geheimnis“ *tajemnica* (Diskursfragment 7) der Kaczyńskis bezeichnet wird. Widersprüchlich erscheint auch die Haltung der polnischen Rechten, die in Polen einerseits als „europaskeptisch“, innerhalb der EU aber eher „föderalistisch“ erscheint: [...] *w domu są eurosceptykami, a w Brukseli – federalistami* [...] (dt. [...] *zu Hause sind sie Euroskeptiker, aber in Brüssel – Föderalisten* [...], Diskursfragment 7). Unterstützt wird dies noch durch die zusätzliche Äußerung [...] *w Polsce politycy obiecują walkę do ostatniej kropli krwi* [...] (dt. [...] *in Polen versprechen die Politiker einen Kampf bis zum letzten Tropfen Blut* [...], Diskursfragment 7), die in Zusammenhang mit der europaskeptischen Haltung steht. Sie lässt den unausgesprochenen indirekten „Vorwurf“ an die Regierung erkennen, sie würde die „wirklichen polnischen Interessen“ nicht ernsthaft vertreten.

Diskursfragment 5

„*Polityka*“ Nr. 9, 4. 3. 2006

Energia europejska; Autor: Marek Ostrowski

[...] Polska słusznie proponuje dewizę muszkietierów, ale sama musi ją stosować [...] Odwołanie się do solidarności europejskiej jest słuszne i potrzebne. Czy PiS, a raczej prezydent Lech Kaczyński zdaje sobie sprawę, że takie odwołanie się będzie obiektywnie *pchało* Polskę w stronę Europy coraz bardziej *ponadnarodowej*? [...]

EU-kritisch ist auch Diskursfragment 6. Der im Europadiskurs (auch außerhalb der Medien) oft betonte Unterschied zwischen dem „alten (wohlhabenden) Europa“ und dem „neuen (armen) Europa“ wird auch in „*Polityka*“ erwähnt: *biedniejsza część Europy* (dt. *der ärmere Teil von Europa*, Diskursfragment 6). Gleichzeitig wird diese wertgeladene Äußerung relativiert, da die „*Polityka*“ diesen „ärmeren Teil Europas“ aufwertet, indem sie auf die offensichtlichen positiven wirtschaftlichen Folgen der Erweiterung, vor allem auch für das „alte Europa“ hinweist. Besonders kritisch verfolgt „*Polityka*“ dabei den Kurs der westlichen Nachbarn, die mithilfe einer Wiederbelebung des polnischen

Stereotyps *polski hydraulik* (dt. *der polnische Installateur*, Diskursfragment 6) ihren Ängsten vor einer Überschwemmung des westlichen Arbeitsmarktes mit polnischen Arbeitskräften Ausdruck verleihen. Bei den LeserInnen könnte sich ein Gefühl einer „nationalen Stigmatisierung“ einstellen, welches jedoch nicht direkt von „*Polityka*“ selbst, sondern von den von ihr nahezu objektiv präsentierten „Fakten“ hervorgerufen wird.

Diskursfragment 6

„*Polityka*“ Nr. 49, 9. 12. 2006

Nawrót Eurosklerozy; Autor: Marek Ostrowski; Mitarbeit: Sonja Volkmann-Schluck, Agnieszka Mazurczyk

[...] Najpierw pytanie: Czy rozszerzenie Unii o biedniejszą część Europy, w tym Polskę, przyniosło Europejczykom korzyści? Bez wątplenia. Ekonomiczne skutki są zdecydowanie pozytywne. Nowe kraje zwiększyły konkurencyjność produktów europejskich i gospodarki europejskiej na scenie ogólnoswiatowej. [...] Czy z rozszerzenia Unii o tę biedniejszą część Europy wszyscy Europejczycy zgodnie się cieszą? Zamiast wesela, zachodni politycy przeważnie ulegli populistycznym kampaniom skierowanym przeciw „polskiemu hydraulikowi” [...]

Diskursfragment 7

„*Polityka*” Nr. 5, 3. 2. 2007

Oni w Unii; Autor: Klaus Bachmann

[...] Tajemnicą polityków PiS pozostaje zatem to, dlaczego „Unia suwerennych narodów” miałyby być solidarna. W takiej Unii każdy sam płaci za swoją infrastrukturę – bogaty Luksemburg może na przykład zlikwidować swoją straż graniczną, bo jego granice chronią sąsiedzi. W ten sposób mało zasobna Polska z długą granicą na własny koszt chroni bogaty Luksemburg przed nielegalnymi imigrantami. [...] Proponowane przez Kaczyńskiego wojsko to pomysł tak śmiały, że nawet w Konwencie, który opracowywał traktat konstytucyjny UE, nikt go nie zgłosił. Dotychczas państwa oddzielnie musiały decydować, czy ich żołnierze wezmą udział we wspólnych akcjach – a jeśli zgłaszają akces, każdy kraj oddelegowuje swych członków do dowództwa. W terenie nie działa żadna europejska armia, lecz narodowe jednostki z narodowymi dowódcami. [...] Ale PiS zaczyna odkrywać, że interesy kraju polegają na czymś innym niż to, co jego politycy mówią publicznie. Dlatego nawet eurosceptyczny rząd premiera Marcinkiewicza w końcu zgodził się, aby to Komisja zarządzała wspólnym ryzykiem energetycznym. Jego następca nie wycofał się z tego, a koalicja zaczyna się zachowywać podobnie jak poprzednicy: w Polsce politycy obiecują walkę do ostatniej kropli krwi, w domu są eurosceptykami, a w Brukseli – federalistami. Mogą się tak zachowywać, dopóki obserwatorzy, dziennikarze i opozycja bardziej będą zwracać uwagę na to, co politycy mówią, niż na to, co rzeczywiście robią. [...]

Wieder einmal mehr wird in Diskursfragment 8 die pro-europäische Haltung mit *najbardziej proeuropejski kraj w Europie* (dt. *das am meisten proeuropäische Land in Europa*, Diskursfragment 8) der Polen betont, die sicher nicht mit der der regierenden Parteien übereinstimmt, von diesen bzw. vom „Westen“ aber häufig ignoriert oder gar nicht wahrgenommen wird. Der Autor versucht dahingehend die LeserInnen zu sensibilisieren und sie zum Nachdenken zu bringen. Mit besonders starken rhetorischen Ausdrücken wie *gafy* (dt. *Schnitzer/Fauxpas*, Diskursfragment 8), *napięcia* (dt. *Spannungen*, Diskursfragment 8), *antyfederalistyczna retoryka* (dt. *antiföderalistische Rhetorik*, Diskursfragment 8), *mylne wrażenia* (dt. *irrtümliche Eindrücke*, Diskursfragment 8), *kamień u szyi europejskiej integracji* (dt. *der „Stein am Hals“ der europäischen Integration*, Diskursfragment 8) wird in direkter Anspielung an die Kaczyńskis bemängelt, dass die Haltung der meisten Polen nicht mit der der PiS verwechselt werden dürfe. Das „allgemeine“ Zweifeln an einer gemeinsamen europäischen Identität wird vom Autor in Frage gestellt, er argumentiert in dieser Hinsicht damit, dass die Nationenbildung teilweise mehrere Jahrhunderte in Anspruch genommen habe, somit wäre es für die EU nicht ausgeschlossen, dass sich eine solche Identität mit der Zeit erst noch herausbilden würde. Hindernisse auf dem Weg zu einer „gemeinsamen europäischen Identität“ könnten die in Diskursfragment 8 angeführten Problematiken (Integration der muslimischen Bevölkerung, demographische Probleme in Europa, etc.) sein. Mit der Äußerung *mityczna inwazja barbarzyńców* (dt. *mythische Invasion der Barbaren*, Diskursfragment 8) bezieht sich der Autor möglicherweise auf einen Artikel aus der „*Wprost*“ Nr. 10 vom 11. 3. 2007, in dem allein schon der Titel „*Barbarzyńcy u bram*“ (dt. „*Barbaren vor den Toren*“) diskriminierend anmuten lässt (siehe dazu auch Seite 75-79). Mit „Barbaren“ werden in „*Wprost*“ die „Terroristen“ (mit Religionsbekenntnis „Islam“) bezeichnet. In „*Polityka*“ wird diese Angst durch die Äußerung *mityczna inwazja barbarzyńców* (Diskursfragment 8) relativiert und größere Gefahr eher in der EU selbst *implozja wewnętrzna* (dt. *Implosion im Inneren*, Diskursfragment 8) gewittert. Der Autor weist auch explizit auf den positiven Effekt (Hebung des Wohlstandes in Polen) der EU auf Polen hin. Der Traum von einem gemeinsamen Europa und einer gemeinsamen europäischen Identität *europejskie marzenia* (dt. *europäische Träume*, Diskursfragment 8) sollte jedoch nicht aufgegeben werden, da so ein Europa wesentlich besser auf dem internationalen Spielfeld mithalten könnte. Dem Leser wird die Notwendigkeit einer starken und gut funktionierenden EU vor Augen geführt, die der Autor mit zahlreichen Argu-

menten zu belegen versucht. Zusammengefasst wäre das wesentlichste Argument für eine funktionierende EU die Möglichkeit, aufgrund einer solchen leichter auf unausweichliche und vorhersehbare zukünftige Probleme reagieren zu können. Besonderen Ausdruck verleiht der Autor seiner Vorstellung einer solchen „dynamischen“ und „flexiblen“ EU mit den Wörtern *elastyczność* (dt. *Elastizität*, Diskursfragment 8) und *sterowność* (dt. „*Steuerfähigkeit*“, Diskursfragment 8).

Diskursfragment 8

„Polityka” Nr. 42, 20. 10. 2007

Czy Unia przetrwa do 2057 roku? Autor: Adam Szostkiewicz

[...] Trzy lata od wejścia do Unii Polska jest najbardziej proeuropejskim krajem w Europie. Ktoś, kto wie tylko o gafach i napięciach w polityce polsko-niemieckiej i antyfederalistycznej retoryce braci Kaczyńskich, może odnieść mylne wrażenie, że Polska jest kamieniem u szyi europejskiej integracji. Nie należy mylić PiS z całą Polską. [...] Uważa się dość powszechnie, że nie istnieje coś takiego jak europejska tożsamość i że w tyglu Unii nigdy nie uda się wytopić jakiegoś „europejskiego narodu”. Prawdopodobnie tak, ale bo ja wiem? Jak długo trwało formowanie się narodów w Europie? Co najmniej po kilkaset lat, a w niektórych przypadkach narody Europy musiały staczać walkę na śmierć i życie o zachowanie swojej tożsamości. [...] Nie można ignorować już prawie 10-procentowej społeczności europejskich muzułmanów ani wciąż żywych ambicji narodowych. Jeszcze trudniej będzie budować „narod europejski” z dziesiątkami milionów azjatyckich Turków. [...] Jest wysoce prawdopodobne, że przyszłość Europy jako projektu polityczno-społecznego zależy od czterech rzeczy: 1. czy muzułmanie się zintegrują, nie tracąc własnej tożsamości; 2. czy Europie nie zagrazi poważny kryzys demograficzny, któremu nie da się zaradzić trzymając się dotychczasowej, dyskusyjnej polityki ograniczania imigracji i stawianiem imigrantom twardych warunków dopuszczenia do Wspólnoty; 3. czy chrześcijaństwo w Europie nabierze życia i w jakim kierunku ewoluować będzie Kościół rzymskokatolicki i 4. czy uda się jeszcze bardziej zacieśnić Unię gospodarczo, czyli dalej rozszerzać strefę euro, oraz czy uda się zapewnić sterowność tak wielkiej organizacji i czy uda się wypracować działający ekonomiczny model współpracy, łączący elementy wolnego rynku, jak najmniejszy interwencjonizm państwowy i elementy programów opieki socjalnej. [...] Dobrobyt europejski nie jest propagandową fikcją, w coraz większym stopniu dotyczy to także „nowej”, postkomunistycznej Europy, a to między innymi za sprawą wieloletniej już współpracy i handlu z krajami Unii. [...] Najbardziej więc zagraża Europie rzecz trudno uchwytna: utrata wiary w europejskie marzenie jako projekt narzucony przez europejskie elity szerokim rzeszom obywateli Europy. Temu marzeniu o Europie zjednoczonej, otwartej, wykształconej, zamożnej i twórczej nie zaszkodzą gry na wielkiej szachownicy świata między USA, Rosją, Chinami i Indiami. Jeśli Unia okaże się elastyczna, będzie miała wielką „zdolność koalicyjną” i mogła będzie wносить do polityki światowej dużo więcej niż dziś na Bliskim Wschodzie czy w Afryce. Z żadnym wielkim problemem naszych czasów – od ekologii i energetyki po terroryzm i państwa zbójckie – Unia nie poradzi sobie wyłącznie o własnych siłach, ale ona to doskonale wie i od lat obudowuje się siatką rozmaitych układów i porozumień międzynarodowych. Drugim

poważnym zagrożeniem jest zatem dla przyszłości Europy implozja wewnętrzna, a nie jakaś mityczna inwazja barbarzyńców. To same państwa członkowskie Unii mogą ją skorodować i zablokować politycznie do tego stopnia, że przestanie być komukolwiek potrzebna, gdyż nie byłaby w stanie funkcjonować od jednego weta do drugiego. To między innymi dlatego tak potrzebna jest szybka ratyfikacja traktatu reformującego, zapewniającego Unii 27 państw elastyczność i sterowność. Nie mają szczególnego powodu do chwały ci politycy i przywódcy krajów Unii, którzy ostentacyjnie nie podziеляją europejskiego marzenia ich kolegów i partnerów w negocjacjach i działaniu. Eurosceptycyzm elit, przedstawiany często jako „eurorealizm”, bywa zwykle aktem abdykacji, porzuceniem lub zakwestionowaniem marzenia o wolnej, zjednoczonej i bezpiecznej Europie w imię złudnej nadziei, że jakoś to będzie i poradzimy sobie sami. [...]

Starke Kritik an der von der PiS geführten Außenpolitik übt Andrzej Olechowski in Diskursfragment 9 und auch Janina Paradowska in Diskursfragment 10. Die Außenpolitik der PiS sei laut Olechowski mit einer „Todsünde“ *grzech śmiertelny* (Diskursfragment 9) zu vergleichen. Er beschreibt sie weiter mit Wörtern und Wendungen wie: *skrajnie niekompetentna* (dt. *extrem inkompetent*, Diskursfragment 9) und *oderwana od realiów* (dt. *wirklichkeitsfremd*, Diskursfragment 9). Die EU würde von der PiS schlecht gemacht, kritisiert und in Frage gestellt. Der einzige (von den Kaczyńskis wohl beabsichtigte) Sinn einer solchen Außenpolitik läge in einer von der PiS propagierten Stärkung des Nationalstaates, da Gefahr von außen drohen würde, mit gleichzeitiger dahingehend unterstützender Mobilisierung der Bevölkerung (so auch in Diskursfragment 10). Besonders verweist der Autor auch auf die polnisch-deutschen Beziehungen, die verbessert werden müssten. Deutschland sei zur Lösung diverser Probleme (zum Beispiel mit Russland) absolut notwendig. Die geführte Außenpolitik der PiS-Regierung sei sogar gefährlich. Durch das ständige Ankämpfen gegen die Union, im Diskursfragment ausgedrückt durch negativ konnotierte Wendungen wie *coś wyrwać* (dt. *etwas „herausreißen“*, Diskursfragment 9), *coś obronić* (dt. *etwas verteidigen/schützen*, Diskursfragment 9), *coś uniemożliwić* (dt. *etwas unmöglich machen*, Diskursfragment 9), *kogoś osłabić* (dt. *jemanden schwächen*, Diskursfragment 9), würden die offenbaren Unterschiede zwischen der Union und Polen verstärkt ins Auge stechen und sich die Union infolgedessen von Polen entfernen. Gleichzeitig lassen diese Wendungen auch eine Anspielung an die „Kriegs- und Freund-Feind-Rhetorik“ der Kaczyńskis erkennen.

[...] Najważniejszy grzech polityki zagranicznej odchodzącego rządu to podporządkowanie jej celom krajowym, a nie zewnętrznym. Zarzut bardzo poważny, grzech śmiertelny. Inaczej jednak tej polityki nie daje się zrozumieć, wydaje się ona skrajnie niekompetentna, całkowicie oderwana od realiów. Rzeczywistość, z którą się zмага, jest nieprawdziwa, obiektywnie nie istnieje, jest jedynie jej własnym wytworem. Na przykład w owej rzeczywistości nasza niepodległość jest zagrożona przez „romańsko-germański rdzeń” Europy, stosunki w Europie są konfrontacyjne, są grą o sumie zerowej, członkostwo Polski w Unii Europejskiej jest nietrwałe (albo też sama Unia jest nietrwała). Polityka oparta na tak opacznych założeniach nie może niczego osiągnąć, jest całkowicie nietrafna. Nabiera sensu dopiero, gdy spojrzeć na nią przez pryzmat spraw wewnętrznych. W tym kontekście staje się zrozumiała i skuteczna. Uzasadnia potrzebę wzmocnienia państwa narodowego i mobilizuje dlań poparcie. Buduje poczucie zagrożenia zewnętrznego i mobilizuje poparcie dla tych, którzy to zagrożenie dostrzegają i chcą nas przed nim bronić. Tworzy wygodne pole dla konfrontacji z opozycją na gruncie patriotyzmu i obrony najwyższych wartości. Tyle że to nie są zadania polityki zagranicznej. [...] Człowiek z zasadami to przede wszystkim człowiek przewidywalny, stały. Cóż było stałego w polityce zagranicznej ostatnich dwóch lat? Chyba tylko zaskoczenia. [...] Nic zatem dziwnego, że – z wyjątkiem źle zresztą zdefiniowanej i poprowadzonej inicjatywy energetycznej – minione dwa lata zapisały się w historii polskiej dyplomacji jako szczególnie bezpłodne, pozbawione wartościowych propozycji. Polska broniła, zwalczała, tupiała, obrażała się i obrażała innych, ale niczego nie zaproponowała w dziedzinach o kluczowym znaczeniu dla naszego powodzenia: reformy Unii Europejskiej, wspólnej polityki zagranicznej, członkostwa Ukrainy, zacieśnienia wspólnoty atlantyckiej, uwolnienia gospodarki. Czysta strata czasu. [...] Wszystkie nasze interesy skupione są w regionie, Europie i obszarze atlantyckim. Region jest wciąż niestabilny. Unia Europejska jest kluczowa dla naszego powodzenia. Bezpieczeństwo Unii zależy od trwałości wspólnoty atlantyckiej. Oto cała esencja polskiej polityki zagranicznej. [...] Dlatego naszych sąsiadów w Unii powinniśmy traktować jako naturalnych – najbliższych i stałych – sojuszników we wszelkich inicjatywach zagranicznych. [...] Najgorsze są relacje z Niemcami, które musimy pilnie naprawić powracając do cierpliwej budowy polsko-niemieckiej wspólnoty interesów. [...] Bez poprawy stosunków z Niemcami nie zrealizujemy żywotnie dla nas ważnego projektu włączenia Ukrainy do integracji europejskiej. Nie rozwiążemy też problemu Rosji. Z rosnącym niepokojem obserwujemy, jak na scenę światową powraca historyczny Rosjanin (nie *homo sovieticus*, jak chcą niektórzy, bo dzisiejsza polityka Rosji ma dużo głębsze korzenie) centralizujący kraj, rozbudowujący potęgę militarną, siłą lub podstępem podporządkowujący sobie najbliższe otoczenie, stosujący logikę równowagi sił w relacjach z innymi mocarstwami. Ten powrót musi nas martwić, ale nie powinien dziwić. Jaką inną opcję miała Rosja niż powrót do roli samodzielnego mocarstwa? Czy zaproponowaliśmy jej miejsce w nowej architekturze europejskiej, miejsce pożyteczne dla Europy i satysfakcjonujące dla Rosji? Nie ma co się teraz dziwić, że wraca ona do wypróbowanych metod i środków [...] Ostatni rząd skupił się na podkreślaniu szczególności Polski, jej odrębności, tak co do historii i tożsamości, jak i celów oraz intere-

sów. Mimo że Polacy doskonale się w Unii poczuli, mimo że korzyści z członkostwa zaznali już chyba wszyscy – od rolnika do profesora fizyki – przy niemal każdej okazji byliśmy przez ten rząd przekonywani, że nasz punkt widzenia i interes są odmienne od unijnych, że jesteśmy my i są „oni”. Żelazną zasadą stało się, aby do Brukseli jeździć po to, aby coś wyrwać, coś obronić, coś uniemożliwić, kogoś osłabić, nigdy, aby w czymś pomóc. W konsekwencji i „oni” zaczynają widzieć coraz więcej różnic, sprzeczności interesów, zaczynają się od nas znowu oddalać. Ten proces jest w najwyższym stopniu dla nas niebezpieczny – trzeba go pilnie zatrzymać i odwrócić. [...]

Diskursfragment 10

„Polityka” Nr. 12, 22. 3. 2008

Kryzys traktatowy; Autorin: Janina Paradowska

[...] Dla PiS nie liczy się pozycja prezydenta, który europejski traktat negocjował (przy wsparciu brata-premiera), nie liczą się wcześniej podjęte zobowiązania, najważniejsza jest bieżąca taktyka partyjna, ozdabiana frazesami o zabezpieczaniu interesów narodowych. Polska powróciła na pozycję kraju przysparzającego Europie kłopotów i to w momencie, gdy zacieśnienie integracji jest priorytetem praktycznie wszystkich państw członkowskich. Na razie wokół ratyfikacji mamy kryzys polski, który mógłby się zmienić w kryzys europejski. Choć nie o Europę chodziło Jarosławowi Kaczyńskiemu. [...] Pojawiły się wyjaśnienia, że partia jest pluralistyczna, a traktat to rzecz skomplikowana, że nie było dyscypliny, a więc zwyciężyła po prostu demokracja. Nic właściwie nie przeszkadzało, aby tej argumentacji się trzymać aż do samej ratyfikacji. Co więc się stało, że doszło do nagłego zwarcia, usztywnienia stanowiska, że zaproponowana przez PiS preambuła do traktatu stała się prawie nowym kryterium podziału sceny politycznej? Po jednej stronie obrońcy niepodległości i patriotyzmu, po drugiej prawie zdrajcy pałający chęcią zmienienia kraju suwerennego w jakieś peryferyjne „województwo polskie” w UE. [...] Traktat lizboński stał się niestety zakładnikiem interesów partyjnych i to w bardzo trywialnym wydaniu. Od wyborów PiS nie potrafiło wypracować żadnej formuły swej opozycyjności. Pierwszą poważnie podjętą próbą były obchody „studniówki” rządu Donalda Tuska, w których próbowano różnych technik, wydano furę pieniędzy i nic pozytywnego dla PiS z tego nie wynikło. Platformie poparcie rosło, a partii Kaczyńskiego, jeśli nie spadało, to stało w miejscu. [...] „Województwem polskim” cofnął Kaczyński polską debatę publiczną do okresu sprzed referendum akcesyjnego. Zaczęła obowiązywać ta sama retoryka o roszczeniach, o tym, że nas wykupią, zdemoralizują, odbiorą wiarę katolicką, uderzą w nasze najżywotniejsze interesy, że Europy trzeba się bać. O tym mówią dziś występujący publicznie politycy PiS [...] retoryka pokazuje jednak, gdzie PiS się znalazło i czym kończy się wielki projekt modernizacji powiązanej z tradycyjnymi wartościami, mający być kiedyś podstawą budowy IV RP. Kończy się zapętleniem w anachronizmach, starych polskich lękach i na nowo odgrzewanych fobiach. I tylko jakoś nikt nie pyta, dlaczego, jeżeli ten traktat został tak marnie wynegocjowany, że trzeba go umacniać preambułami gwarantującymi Polsce niepodległość i suwerenność, nikt nie ponosi za to odpowiedzialności? Negocjowali go przecież obecny prezydent i były premier. Jeżeli nie zabezpieczyli odpowiednio interesów Polski, to należałoby stwierdzić, że po prostu nie dopełnili konstytucyjnych obowiązków... [...]

Wie bereits erwähnt, macht „*Polityka*“ vor allem die PiS für die Verschlechterung der polnisch-deutschen Beziehungen verantwortlich. Die von der PiS oft eingesetzte „Freund-Feind-Rhetorik“ und „Kriegsrhetorik“ in Bezug auf Deutschland (auch in Diskursfragment 12 wird darauf angespielt) begünstigt diesen Prozess sogar noch, auch wenn die PiS Deutschland nicht wortwörtlich den „Krieg“ erklärt. Die Autoren in Diskursfragment 11 lassen jedoch durchblicken, dass diese „Freund-Feind- und Kriegsrhetorik“ zumeist doch durchschaut wird. Die Autoren belegen es mit der teils ernsthaft teils ironisch gemeinten Äußerung: [...] *Niestety, w sprawach polsko-niemieckich wystarczy jeden grymas czołowych polityków, by nie mała część z nas ochoczo ruszała na wojnę z odwiecznym wrogiem.* [...] (dt. [...] *Leider ist in Bezug auf die polnisch-deutschen Angelegenheiten eine Grimasse eines führenden Politikers ausreichend dafür, dass ein nicht kleiner Teil von uns bereitwillig in den Kampf gegen den ewigen Feind ziehen würde* [...], Diskursfragment 11). Der weitere Verlauf des Diskursfragments 11 ist sehr informativ, die Autoren versuchen den LeserInnen die polnisch-deutschen Streitpunkte näherzubringen. Auch das Problem der Zustimmung zum Entwurf eines Verfassungsvertrages für die EU wird angeschnitten. „*Polityka*“ nimmt klar für einen solchen Stellung und untermauert dies mit Argumenten (Diskursfragment 11). Des Weiteren ist sie der deutschen Bundeskanzlerin freundlich gegenüber eingestellt und liefert auch hier Argumente für diese Haltung. Die positive Einstellung der EU bzw. Deutschland gegenüber findet sich auch im darauffolgenden Diskursfragment 12 wieder. Der damalige „Presseskandal“ (in denen deutsche und polnische Zeitungen/Zeitschriften jeweils die politische Elite des anderen Landes diskreditierten), von „*Polityka*“ auch als *wichura* (dt. *Sturm*, Diskursfragment 12) bezeichnet, könne auch nichts am „Fundament der guten polnisch-deutschen Beziehungen“ *fundament dobrych stosunków polsko-niemieckich* (Diskursfragment 12) ändern. Zu beachten ist auch der Vergleich mit dem „Sturm“ *wichura* (Diskursfragment 12). Ein Sturm ist eine kurzfristige Angelegenheit, der zumeist alles, außer einem soliden Fundament, wegfegt. Er geht vorüber, genau wie die betreffenden Streitigkeiten. Wieder einmal mehr weist „*Polityka*“ darauf hin, dass Polen mehr sei als die Brüder Kaczyński. In den LeserInnen wird so vielleicht die Hoffnung geweckt, dass sich doch noch „alles zum Guten wendet“.

[...] Niestety, w sprawach polsko-niemieckich wystarczy jeden grymas czołowych polityków, by nie mała część z nas ochoczo ruszała na wojnę z odwiecznym wrogiem. Jeszcze trwało złudzenie, że spóźnione o pół roku spotkanie trójkąta weimarskiego, Francja-Niemcy-Polska, ostatecznie zatrze złe wrażenie „wojny kartoflanej”, gdy premier Jarosław Kaczyński w wywiadzie dla „Rzeczpospolitej” po raz kolejny wyłożył swe zasady. Polityka dotychczasowa – powiedział – była błędna, bo „ekspiacyjno-koncyliacyjna”. Jaką miał na myśli ekspiację (z łaciny: pokuta, przebłaganie), tego nie powiedział, ale, panie premierze, na koncyliacji (zgodzie, pojednaniu) opiera się cały pomysł Unii Europejskiej. [...] Zamiast tego, w Polsce przebąkuje się o jakichś lukach w traktatach o dobrym sąsiedztwie i tuż przed objęciem przez Republikę Federalną prezydencji w UE temperatura stosunków polsko-niemieckich znów spada poniżej zera. To szaleństwo czy jednak metoda? [...] planowany rurociąg północny (nawiasem mówiąc, w ramach procedur międzynarodowych, Polska ma czas do połowy lutego na wyrażenie na piśmie swoich zastrzeżeń, mamy nadzieję, że będzie to dobrze i na czas przygotowany dokument). Niemieckie koła dyplomatyczne zwracają uwagę, że na stole leżą trzy ugodowe propozycje dla Warszawy: 1. przyłączyć się do konsorcjum budującego rurociąg, 2. wybudować wspólnie z Niemcami rozgałęzienie w okolicy Szczecina, tak że status polskiego odbiorcy gazu nie będzie gorszy od niemieckiego, 3. wybudować tzw. rewers, czyli wyposażać istniejący rurociąg w takie urządzenia przepompowujące, że w przypadku wstrzymania dostaw rosyjskich Niemcy wyślą własny gaz Polsce. „Czy to oznacza, że już przestaniecie nas biczować za tę rurę?” – pytają nasi niemieccy rozmówcy. Może warto przemyśleć jeszcze raz stosunek do całej sprawy? [...] Wreszcie, czy nie czas skorygować polski kurs w sprawie Traktatu Konstytucyjnego UE? Prawda, że odrzuciły go Francja i Holandia jeszcze w połowie 2005 r. Ale od tej pory inni – przecież wiedząc o tym odrzuceniu – Łotwa, Cypr, Malta, Luksemburg, Belgia, Estonia i Finlandia (ta ostatnia zupełnie świeżo, 5 grudnia) – ratyfikowali go. Zbzikowali? Nie. Przyłączają się do większości, która traktat wsparła. Potrzebują silniejszej Unii dla własnych celów narodowych. Mało, wspierają w ten sposób i Niemcy, które dążą do rozwiązania problemu na „tak”. Czemu Warszawa nie chce poprzeć swego najbliższego sąsiada? Konstytucja jest potrzebna ze względu na przyszłe rozszerzenie (na którym nam zależy) i na wspólną politykę zagraniczną, której również pragniemy. Zresztą Unia Europejska jest coraz bardziej zmuszana do wspólnej polityki zagranicznej. Tak było w 2004 r., gdy przez kilka miesięcy „pomarańczowej rewolucji” na Ukrainie prowadziła i w Kijowie, i w Moskwie wspólną politykę wschodnią. Nawet eurosceptycy, jak u nas PiS, którzy w kampaniach wyborczych domagają się uznania wyższości prawa narodowego nad unijnym, szybko dostrzegają, że dla realizacji własnych interesów narodowych potrzebują wspólnej polityki UE [...] Dziś nasza polityka niemiecka jeszcze bardziej łączy się z unijną. Jest wiele tożsamyh punktów porządku dnia. Nasi rządzący nie zauważają, że w osobie Angeli Merkel mają polityka, z którym powinni znaleźć wspólny język nie tylko łatwiej niż z Gerhardem Schröderem, ale i z Helmutem Kohlem. Merkel uważa, że obecnie Unii potrzebne jest pogłębienie, nim będzie możliwe dalsze rozszerzenie. Wobec szybkiego przyjęcia Turcji jest powściągliwa, niewiele też mówi o Ukrainie. W jej wizji Europa ma być jednym z rozgrywających w globalnej konkurencji XXI w., gdy coraz większą rolę odgrywać będą Chiny i Indie. Europa nie powin-

na sama czynić się mniejszą i słabszą, niż jest w istocie. Nie powinna też lekceważyć sojuszu atlantyckiego, ale tylko silna Europa może być solidnym sojusznikiem USA. W sprawach polsko-niemieckich Angela Merkel zachowuje zimną krew. Mimo ciągłych afrontów ze strony braci Kaczyńskich ani razu nie pokazała, że też potrafi odpłacić pięknym za nadobne, odwracać się plecami, odmawiać rozmów, prześcigać siebie samą w pretensjach. I tylko czasem okrężną drogą daje do zrozumienia, jak trudno tę zimną krew zachować.

Diskursfragment 12

„Polityka” Nr. 27, 7. 7. 2007

Z Niemcem w objęciach; Autor: Adam Krzemiński

[...] Pani Europa przywalała polskim kurdupłom” – tryumfowała w Niemczech springerowska „Bild-Zeitung”. „Wprost” dał okładkę z Angelą Merkel jako „macochą Europy”, u której piersi wiszą bracia bliźniacy. W stosunkach polsko-niemieckich mamy etap prostackiego walenia kłonicą? [...] odniosłem wrażenie, że wprawdzie i Polacy, i Niemcy w tych dniach nerwy mieli na wierzchu, ale realny fundament dobrych stosunków polsko-niemieckich jest odporny nawet na taką wicherę, przez jaką przeszliśmy. [...] Co nie znaczy, że niektóre oficjalne wypowiedzi nie wywoływały oburzenia. Prawdą jest też, że bracia Kaczyńscy swoim zachowaniem nie potrafią poprawić swego wizerunku. Ale przy całym respekcie do urzędów, które piastują – Polska to trochę więcej niż bracia bliźniacy, a Niemcy – niż Angela Merkel. [...] Wejście Polski do NATO (1999 r.) i UE (2004 r.) było realizacją naszej wspólnoty interesów, która oczywiście nadal istnieje. Oba kraje są przecież zainteresowane tym, by obie ponadnarodowe struktury jak najlepiej funkcjonowały i amortyzowały ewentualne sprzeczności interesów, rozbieżności i odmienne sposoby widzenia tych samych wyzwań. Tymczasem dla naszej prawicy tę wielką polsko-niemiecką wspólnotę interesów od 2003 r. przesłania frazeologia konfrontacji i historycznych rewindykacji. A po zwycięstwie 2005 r. jest zakładnikiem swej frazeologii, i nawet jeśli w Brukseli (pod naciskiem) zawarty został kompromis – to narodowo-konserwatywny rząd pokazał, że nie ma kooperacyjnej wizji dla Polski w Europie ani woli koncyliacyjnego rozwiązywania problemów – zresztą, tylko po części autentycznych. Po części bowiem wykreowanych przez siebie. [...] Obecnie jednak z kłótliwych sporów o politykę historyczną, o rolę Ameryki i Rosji w Europie, a ostatnio o rzekome sięganie przez Niemcy do hegemonii w UE, nie wyziera żadna konstruktywna i wewnętrznie spójna polityka. Rozumując przede wszystkim analogiami historycznymi polska prawica widzi w niemieckim postępowaniu powrót demonów: gazociąg bałtycki jest dla nich powtórką paktu Hitler-Stalin, a szczyt UE powtórką Jałty i Poczdamu. Jednak wojny polsko-niemieckiej nie będzie. Narosłe w latach 90. powiązania instytucjonalne i więzi prywatne między naszymi krajami są na to zbyt silne. Niebawem podniecenie opadnie. Politycy niemieccy powrócą do praktyki cierpliwego dialogu. Polscy – miejmy nadzieję – będą do niej przywiązywać większą wagę niż dotychczas. [...] Teoretycznie również obecna ekipa wciąż jeszcze może wrócić do polsko-niemieckiej „wspólnoty interesów”, ale musiałaby zmienić nie tylko swą frazeologię, język ciała, ale i destrukcyjną dziś filozofię polityczną (zapożyczoną od Carla Schmidta), że polityka to przede wszystkim szukanie i zwalczanie wroga. Powołujący się na nią „zaklinacze Kaczyńskich” – tak dziennik „Financial Times” nazwał doradców braci w sprawach niemieckich – nie potrafili jak dotąd pokazać prezydentowi i premierowi, że polsko-niemieckie powiązania narosłe w ciągu ostatnich czterdziestu

lat (licząc od listu biskupów z 1965 r.) dają Polsce dobre narzędzia do artykułowania i forsowania swych interesów w porozumieniu, a nie ciągłym konflikcie. A jeśli już konflikt jest i – być może – wymaga wyraźnej konfrontacji, to w UE sprzeczności interesu nie są powodem do ciągłego trzymania się retoryki wojny i programowego dąsania się. [...]

Kritisiert wird auch die Befürwortung der Wiedereinführung der Todesstrafe durch den Präsidenten und die PiS. Die Erwägung einer solchen Maßnahme allein stellt für „*Polityka*“ schon einen Grund dar, „sich zu schämen“. Dieser Schluss ließe sich bereits gut aus dem Titel ziehen: *Wielki wstyd* (dt. *die große Scham*, Diskursfragment 13). Auch der weitere Verlauf des Diskursfragments bestätigt diese Vermutung. Der Autor weist auf die beschämende Forderung der Wiedereinführung der Todesstrafe hin. Er führt unterschiedliche und teilweise aber auch weithergeholte Argumente (zum Beispiel: Verhinderung der Wiedereinführung der Todesstrafe aufgrund der „allgemein erhöhten Gewaltbereitschaft“ Europas) für oder gegen die Todesstrafe an. Die Kaczyńskis würden nicht nur Polen, sondern auch die EU ändern wollen. Ihnen sei bewusst, dass eine Wiedereinführung der Todesstrafe ein eher unrealistisches Unterfangen darstellt, allerdings könnte allein die Forderung einer solchen im Bewusstsein der Menschen einiges (zugunsten der Regierung) ändern.

Diskursfragment 13

„*Polityka*” Nr. 32, 12. 8. 2006

Wielki Wstyd; Autor: Jacek Żakowski

[...] Dlaczego [...] prezydent chwali karę śmierci, a jego koledzy mówią o potrzebie rozpoczęcia europejskiej debaty na jej temat? Można zakładać polityczną niezręczność czy nieświadomość polityków mających słabą orientację w sprawach zagranicznych. Być może jednak stawiając takie pytanie dotykamy istoty napięcia pomiędzy Zachodem a Polską braci Kaczyńskich. Ich celem jest bowiem głębokie zmienienie Polski. Ale to nie jest jeszcze ich cel ostateczny. Bracia Kaczyńscy chcą także zmienić Europę. Wiedzą, że tego nie da się zrobić od razu. [...] Skoro Polska jest na Unię skazana, niech to będzie Unia PiS, a nie Zapatero, Prodiego czy Blaire’a. Wehikułem tej zmiany może się stać praktycznie mało istotna, ale mająca zasadnicze kulturowe i tożsamościowe znaczenie debata na temat kary śmierci. [...] Kaczyńscy dobrze wiedzą, że mało jest w Europie kwestii tak mocno jak kara śmierci dzielących elity od ogółu. [...] Jeżeli Europa wyrzekła się kary śmierci, a Ameryka szybko do niej wróciła, to w dużym stopniu dlatego, że w latach 60. Europejczycy uświadomili sobie drzemający w ich kulturze potencjał „wielkiej zbrodni” i postanowili postawić mu tamę. Zakaz kary śmierci stał się wyrazem woli zerwania ze zbrodniczą, ludobójczą tradycją. [...] Pod względem aksjologicznym chrześcijaństwo wciąż słabo się przyjęło na pogańskim i starotestamentowym gruncie. Problem kary śmierci jest tu ciekawym przykładem. Jej

zakaz jest prostym wypełnieniem boskiego rozkazu. Ale za karą śmierci opowiadają się w Polsce głównie osoby deklarujące się jako chrześcijanie. [...] Co więcej, są to zwykle osoby zwalczające aborcję i eutanazję, chociaż w odróżnieniu od egzekucji skazańca eutanazja nie jest formą zabójstwa, lecz co najwyżej pomocą w samobójstwie, a aborcja może być uznana za zabójstwo, tylko jeżeli się wierzy, że płód jest człowiekiem od chwili poczęcia. [...] Zwolennicy kary śmierci często powołują się na prawa i logikę wojny. Społeczeństwo ich zdaniem musi zabijać zbrodniarzy, by się przed nimi bronić, [...] Wreszcie jednym z najczęściej przytaczanych moralnych argumentów za karą śmierci jest społeczne odczucie sprawiedliwości. [...]

In Diskursfragment 14 werden beide Parteien einer Kritik ausgesetzt. Für die Kritik an der PO wird das Elektorat der PO „benutzt“. Die Wählerschaft der PO wird mit folgenden Ausdrücken in einen eher negativen Zusammenhang gesetzt: *skłonność do eksperymentu* (dt. *die Neigung zum Experimentieren*, Diskursfragment 14), *ryzykanctwo* (dt. *Waghalsigkeit*, Diskursfragment 14), [...] *jakby lekceważył tak zwane polskie racje stanu* [...] (dt. [...] *als ob er die sogenannte polnische Staatsräson verachten/unterschätzen würde* [...], Diskursfragment 14), *nie działa hamulec tradycji* (dt. *die „Traditionsbremse“ funktioniert nicht*, Diskursfragment 14). Aber es gibt im Gegensatz zur PiS zumindest eine positiv konnotierte Beschreibung der Wählerschaft: [...] *więcej osób lepiej wykształconych* [...] (dt. [...] *mehr besser gebildete Personen*, Diskursfragment 14). Auch für die Kritik an der PiS wird das Elektorat herangezogen: [...] *nie lubi ona w ogóle rewolucyjności, jest nastroszona wobec przyszłości i wobec jakichś gwałtownych zmian* [...] (dt. [...] *sie mag überhaupt keine revolutionären Akte/Gedanken, sie fürchtet sich vor der Zukunft und vor jeglichen gewaltigen Veränderungen* [...], Diskursfragment 14). Für die Kritik an der PiS führen die Autoren negative Eigenschaften und Ansichten dieser an: [...] *szanse ma tylko „swój”, tego samego wyznania i przekonań* [...] (dt. [...] *Chancen hat nur der „unsrige”, der die gleiche Konfession und Anschauung hat* [...], Diskursfragment 14), *siła autorytetu* (dt. *die Kraft der Autorität*, Diskursfragment 14), *społeczeństwo jako zbiorowość podopiecznych* (dt. *die Gesellschaft als „Schützlingskollektiv”*, Diskursfragment 14), *podporządkować się* (dt. *sich unterordnen*, Diskursfragment 14), [...] *silna polityczna sztanca, którą przykłada się do ludzi i partii i jeżeli coś poza nią wystaje, to ma marne szanse* [...] (dt. [...] *eine starke politische Stanze, die an die Menschen und Parteien anlegt und wenn etwas wegsteht, dann hat dies miese Chancen* [...], Diskursfragment 14). Mit seiner „Taktik“ sei Kaczyński sowohl zu den Rechten als auch zu den Linken in der Bevölkerung durchgedrungen: [...] *do prawicowców o silnym państwie, religii, rodzinie, [...], a do lewicowców – o socjalnej i solidarnej Polsce, prawie pracy, umowach zbiorowych* [...] (dt. [...] *zu den*

Rechten durch einen starken Staat, Religion, Familie, [...], zu den Linken – durch ein soziales und solidarisches Polen, Arbeitsrecht, Kollektivverträge [...], Diskursfragment 14). Mit dieser Erklärung ließen sich die teilweise kontroversen Meinungen der Kaczyńskis besser verstehen (zum Beispiel Nationalstaat vs. solidarische EU – beides zugleich wird von den Kaczyńskis vertreten).

Diskursfragment 14

„Polityka” Nr. 44, 5. 11. 2005

Wybory jak rozbiory; Autoren: Mariusz Janicki, Wiesław Władyka

[...] Wydaje się, że Polska Tuska (z uwagi na ostatnie wybory przyjmijmy tę terminologię, ale te nazwy mogą się zmieniać) to kraj ludzi bardziej otwartych na polityczne i ideowe nowinki, szukających nowych autorytetów, to konsumenci nastawieni na poznawanie nowych kuchni, innych potraw. [...] Socjologowie dodają też i inną cechę tego elektoratu. Czasem wykazuje on w swoich decyzjach politycznych, wyborczych skłonność do eksperymentu, do pewnego rodzaju ryzykanctwa, tak jakby lekceważył tak zwane polskie racje stanu, a kiedy indziej zachowuje się jak nowoczesne społeczeństwo obywatelskie. „Zdezintegrowanie” ziem zachodnich i północnych oznacza też, że nie działa hamulec tradycji, która przez wiele lat była nacechowana pozytywnie, ale teraz coraz częściej kojarzy się z ksenofobią i odrzuceniem nowości i odmienności. [...] To w Polsce Kaczyńskiego nowych wita się niechętnie, widać syndrom „obcego we wsi”. Trzeba się wkupić, poważnie wyglądać, pasować do reszty. Szanse ma tylko „swój”, tego samego wyznania i przekonań. Liczy się siła autorytetu, traktowanie społeczeństwa jako zbiorowość podopiecznych, jako socjalną wspólnotę, która ma swoje prawa i której jednostka powinna się podporządkować. Na tym terenie wciąż są żywe stare, jeszcze przedwojenne, polityczne podziały na tradycyjną lewicę i prawicę, a w wielu rodzinach krążą opowieści o dziadach i pradziadach, którzy krwią i pracą potwierdzali swoje umiłowanie Ojczyzny, ale też zakorzenienie w ojczyznach małych, we wsi, miasteczku czy regionie. Kaczyńskiemu udało się dotrzeć do jednych i drugich, bo mówił językiem niejako klasycznym: do prawicowców o silnym państwie, religii, rodzinie, karzącej ręce prawa, a do lewicowców – o socjalnej i solidarnej Polsce, prawie pracy, umowach zbiorowych. Kaczyński zrozumiał jedno: dla tradycyjnej lewicy sprawy obyczajowe, światopoglądowe nie mają większego znaczenia, co zresztą wybory, także parlamentarne, doskonale pokazały. Liczą się ekonomiczne, niejako klasowe konkrety, choć niekoniecznie należy o nich mówić językiem walki klas. [...] Tak oto lewicowość Kaczyńskiego mogła doskonale współbrzmieć z pozostałymi jego hasłami, które wprost określały się jako prawicowe. Ta mieszanka widać odpowiada tej Polsce, która lubiąc słuchać o swojej biedzie nie lubi jednocześnie rewolucyjnej lewicowości. Bo nie lubi ona w ogóle rewolucyjności, jest nastroszona wobec przyszłości i wobec jakichś gwałtownych zmian. Ufa ludziom serio, zatroskanym gospodarzom, przywódcom, którzy nie szargają świętości i oddają cześć bohaterskim przodkom. Kaczyński miał w sobie pewien właśnie rys swojskości, nieudawanej prostoty. Tusk mógł budzić większą nieufność po polskich wsiach i miasteczkach, gdy przybierał pozę polityka nowoczesnego, światowego, który chce się podobać wszystkim i który gładko potrafi opowiadać o wszystkim. To były być może racje drugorzędne, niemniej Kaczyński jakoś

bardziej pasował do Polski, która go poparła, a Tusk jakby mniej do tej, która się za nim opowiedziała, bo ona, jak pisaliśmy, sama po trochu nie wie, jaka jest. [...] W Polsce Tuska sympatie polityczne, choć na pewno zróżnicowane, występują, jak się wydaje, w wersji *soft*, są mniej absolutyzowane. Najpierw jest człowiek, propozycja, a dopiero potem pojawia się polityczna klasyfikacja, niejako wtórna, pomocnicza. W Polsce Kaczyńskiego istnieje silna polityczna sztanca, którą przykłada się do ludzi i partii i jeżeli coś poza nią wystaje, to ma marne szanse. [...] na Tuska głosowało wyraźnie więcej osób lepiej wykształconych, co nie wynika już z regionalnych statystyk, ale trzeba wspomnieć o tym, że chociaż co prawda Polska się wyraźnie terytorialnie podzieliła w poparciu dla obu prezydenckich kandydatów, ale Tusk jednak wygrał w większości wielkich miast, gdzie mieszka wykształcony elektorat. [...]

In Diskursfragment 15 wird die Absicht der PiS kritisiert, die „gemeinschaftliche“ Beziehung zu den USA in eine privilegierte und strategische umwandeln zu wollen. Der Autor spricht sich ausdrücklich für eine engere militärische Zusammenarbeit mit den USA aus, allerdings im Rahmen der NATO. Das „Leben der polnischen Söhne“ *życie swoich synów* (Diskursfragment 15) solle nur in absolut notwendigen und für das Land bedrohlichen Situationen riskiert werden: [...] *gdy narażają życie swoich synów, to czy-nią to z najwyższej konieczności, dla bezpieczeństwa kraju* [...] (dt. [...] *wenn sie das Leben der eigenen Söhne gefährden, dann machen sie das aus höchster Notwendigkeit und für die Sicherheit des Landes* [...], Diskursfragment 15). Mit dieser und der folgenden Äußerung, die gleichzeitig in direkter Weise auf die Befürwortung der Entsendung polnischer Truppen in den Irak durch die PiS anspielt, wird Kritik an dieser geübt: [...] *Wierzę, że stwierdzenie premiera Kaczyńskiego (w telewizyjnej debacie z Donaldem Tuskiem), iż pobyt naszych wojsk w Iraku służy prestiżowi Polski, było przejęzyczeniem* [...] (dt. [...] *Ich glaube, dass die Feststellung des Premier Kaczyński (in der Fernseh-debatte mit Donald Tusk), dass der Aufenthalt unseres Heeres im Irak dem Prestige Polens zugunsten kommt, ein Versprecher war* [...], Diskursfragment 15). Der Autor wählt seine Ausdrücke geschickt, wie zum Beispiel *przejęzyczenie* (dt. *Versprecher*, Diskursfragment 15), sie sind nicht ausfallend, lassen jedoch klare Kritik erkennen. Große Hoffnung scheint der Autor, der übrigens zu den Gründervätern der PO gehört, sich aber von ihr politisch distanziert hat, in die PO zu legen. Zum Ausdruck bringt er diese Hoffnung und positive Stimmung durch Redewendungen und Wörter wie: *odno-wiciel polityki zagranicznej* (dt. *der Erneuerer der Außenpolitik*, Diskursfragment 14), [...] *Ma potrzebne do tego poglądy* [...] *i ludzi* [...] (dt. [...] *er hat die dazu nötigen An-sichten* [...] *und Leute* [...], Diskursfragment 15), [...] *kierunek i impet, które przyniosą Polakom korzyści i satysfakcję* [...] (dt. [...] *die Richtung und der Schwung, welche den*

Polen Nutzen und Zufriedenheit bringen werden [...], Diskursfragment 15), wartościowy partner (dt. *wertvoller Partner*, Diskursfragment 15). Der Autor schlägt auch vor, wie die PO sich der PiS bzw. dem Präsidenten gegenüber verhalten soll. Auch in den weiteren Charakterisierungen der PiS bzw. des Präsidenten lassen sich keine Hinweise für eine positive Sicht der Kaczyńskis finden.

Diskursfragment 15

„Polityka” Nr. 46, 17. 11. 2007

Sfotygowana dyplomacja; Autor: Andrzej Olechowski

[...] Wreszcie politykę bezpieczeństwa determinować musi troska o spójność wspólnoty atlantyckiej. [...] Kluczowym słowem w tym zadaniu jest „wspólnota”. O tym polscy przywódcy w ostatnich latach zapomnieli, skupiając się na próbie budowy uprzywilejowanych, strategicznych stosunków bilateralnych z USA. [...] Zacieśnianie stosunków wojskowych z USA (czego jestem przekonany zwolennikiem) powinno przebiegać w ramach NATO. Polskich sił zbrojnych należy za granicą używać jedynie w operacjach NATO albo w uzgodnieniu z NATO. Polacy muszą mieć pewność, że gdy narażają życie swoich synów, to czynią to z najwyższej konieczności, dla bezpieczeństwa kraju. Jakiegokolwiek inne uzasadnienie jest niewyobrażalne. Wierzę, że stwierdzenie premiera Kaczyńskiego (w telewizyjnej debacie z Donaldem Tuskiem), iż pobyt naszych wojsk w Iraku służy prestiżowi Polski, było przejęzyczeniem. [...] Platforma Obywatelska może być odnowicielem polityki zagranicznej. Ma potrzebne do tego poglądy (z wyjątkiem kilku niefortunnych pomysłów, o których, miejmy nadzieję, zapomni) i ludzi. Może tej polityce nadać kierunek i impet, które przyniosą Polakom korzyści i satysfakcję oraz przywrócić opinię wartościowego partnera. Przeszkadzać w tym dziele będą autorzy dotychczasowej polityki. Nowy rząd nie powinien zawierać z nimi żadnych kompromisów. Z szacunku dla 70 proc. wyborców, którzy głosowali przeciw obecnej władzy (a i wśród wyborców PiS było wielu krytyków polityki zagranicznej). Od prezydenta winien wymagać wsparcia swojej polityki (konstytucja jasno stanowi, że to „rząd prowadzi politykę wewnętrzną i zagraniczną”) albo odsunięcia się od niej. [...] Gdyby prezydent chciał blokować pożądane zmiany, trudno. Aby skutecznie prowadzić politykę, nie trzeba mieć „własnych” ludzi (proszę spytać w innych krajach), wystarczy dokładnie definiować zadania i kontrolować ich wykonanie. [...]

Die Thematik Islam/Türkei/Terrorismus ist auch im europapolitischen Diskurs von „*Polityka*” präsent (dieses Thema wird auch in Diskursfragment 8 angespielt). In Diskursfragment 16 wählt der Autor einen extremen Vergleich und extreme Äußerungen, um seiner Meinung Ausdruck zu verleihen: [...] *Antyislamizm może się stać współczesną wersją antysemityzmu [...]* (dt. [...] *der Antiislamismus könnte eine moderne Version von Antisemitismus werden [...]*, Diskursfragment 16), [...] *Arabowie, muzułmanie są częścią europejskich społeczeństw i ich przesuwanie gdziekolwiek przypominałoby am-*

putację własnej nogi czy ręki [...] (dt. [...] *die Araber, Moslems sind ein Teil der europäischen Gesellschaften und ihre „Abschiebung“ irgendwohin würde einer Amputation des eigenen Beines oder Armes gleichkommen [...]*, Diskursfragment 16). Mit derlei Anspielungen versucht der Autor die LeserInnen auf den gegenwärtigen Missstand in der „Islam-Debatte“ aufmerksam zu machen und diese „wach zu rütteln“. Die LeserInnen sollen sensibilisiert werden, um den aktuellen Trend in der „Islam-Debatte“ kritisch betrachten zu können. Indirekt wird auch die häufig anzutreffende Gleichsetzung des Islam mit dem fundamentalistischen Islam kritisiert: [...] *Ogromna większość muzułmanów w Europie to rzecz jasna zwykli, pokojowo nastawieni ludzie [...]* (dt. [...] *der Großteil der Moslems in Europa besteht klarerweise aus normalen, friedlich gesinnten Menschen [...]*, Diskursfragment 16). Auch die Verhandlungen über den Beitritt der Türkei zur EU werden kritisch hinterleuchtet, da sie aufgrund der Terroranschläge der letzten Jahre immer langsamer vorangehen würden.

Diskursfragment 16

„Polityka” Nr. 29, 23. 7. 2005

Święta wojna z dżihadem? Autor: Marek Ostrowski

[...] Rację ma Tony Blair, kiedy wzywa do międzynarodowego wysiłku, by zwalczać „skrajną i wypełnioną złem ideologię”, „perwersyjną, zatrutą i fałszywą interpretację islamu”, która powodowała i kierowała zamachowcami. Czy rzeczywiście ideologia ta kwitnie w Europie choćby wśród części z owych 20 mln? [...] Arabowie, muzułmanie są częścią europejskich społeczeństw i ich przesuwanie gdziekolwiek przypominałoby amputację własnej nogi czy ręki. [...] Nie można ich usunąć choćby dlatego, że to niewykonalne. Mają obywatelstwo i żyją w krajach, które szczytą się mianem „państwa prawa”. Na jakiej podstawie można by ich relegować, tak jak Żydów relegowano w średniowieczu z Hiszpanii? Tylko na zasadzie etnicznej czy rasowej, a cała nowoczesna doktryna praw człowieka brzydzi się takimi rozróżnieniami. Od dawna nie ma rubryki „rasa” czy „wyznanie” w dokumentach tożsamości ani w księgach stanu cywilnego. Przy ogromnej liczbie mieszanych małżeństw, na jakiej podstawie rozstrzygano by, kto jest na przykład Arabem, a kto nim nie jest? Na takiej samej jak rozstrzygano pochodzenie aryjskie? Absurd i zgroza. [...] „Wyrzucić muzułmanów z Europy” ma więc także inny sens, może Niemców, Francuzów, Anglików pchnąć w stronę „wyrzucenia wewnętrznego” – ku wznoszeniu społecznych i psychologicznych murów tak, jak próbują się odgrodzić Izraelczycy od Palestyńczyków. Antyislamizm może się stać współczesną wersją antysemityzmu. [...] Wielokulturowość zakładała „prawo do tożsamości etnicznej” (narodowej?), popiera stowarzyszenia, kluby, szkolnictwo (w tym religijne?), imigrantów, których lojalność nie musi być narodowa, lecz tylko państwowa. Oczywiście na gruncie prawa taka lojalność „obcego” jest wystarczająca. Kto jest lojalny wobec państwa, jest przede wszystkim lojalny wobec prawa, więc nikogo nie zabija ani nawet nie znieważa. Ale podskórnie czujemy, że „my” wygalibyśmy od „nich” cze-

goś więcej niż tylko lojalności państwowo-prawnej. Chcielibyśmy też lojalności wobec naszego sposobu życia, naszych wartości, naszych zwyczajów. [...] Szwajcaria na przykład urządza emigrantom dość surowy egzamin z własnej szwajcarskiej historii i kultury, zanim nada im obywatelstwo. Taki egzamin, bez wątpliwości, Unia Europejska przeprowadzi wobec Turcji, której członkostwo w UE po zamachach w Londynie (a jeszcze bardziej po zamachu przeciw turystom w samej Turcji) znów stało się bardziej wątpliwe. [...] Ogromna większość muzułmanów w Europie to rzecz jasna zwykli, pokojowo nastawieni ludzie. Oni pierwsi powinni być zainteresowani potępieniem zamachów, szukaniem i eliminacją terrorystów. Rysuje się wszędzie – w Wielkiej Brytanii, Francji, Niemczech – podobna polityka. Żądać większych dowodów lojalności od szanujących prawo muzułmanów, lepiej monitorować szkoły muzułmańskie i meczety oraz energiczniej i bezwzględniej zwalczać ekstremizm. [...] Ale islam nie jest Kościołem hierarchicznym, nie ma tam centralnego autorytetu, każdy imam głosi to, co sam z Koranu rozumie. Problem interpretacji islamu nie jest tak ostry w krajach arabskich, gdyż meczety są pod kontrolą rządu, niekiedy bardzo rygorystyczną, natomiast w diasporze muzułmańskiej, zwłaszcza w Europie, to inna historia. Kto naprawdę wie, co tam mówią imamowie? [...]

In Diskursfragment 17 wird die von den Kaczyńskis geführte Russlandpolitik kritisiert. Vor allem das damals eingelegte Veto gegen die Aufnahme der Verhandlungen mit Russland liefert Anreiz zur Kritik. Die Autoren lassen klar anklingen, dass nicht ganz Polen von diesem Veto eindeutig überzeugt gewesen sei und schreiben zum Beispiel über die polnischen Diplomaten in Brüssel: [...] *Polscy dyplomaci w Brukseli przyznają jednak po cichu, że są pełni obaw co do konsekwencji naszego weta.* [...] (dt. [...] *die polnischen Diplomaten in Brüssel geben jedoch leise zu, dass sie voller Befürchtungen über die Konsequenzen unseres Vetos sind.* [...], Diskursfragment 17). Die Autoren hinterfragen die Sinnhaftigkeit dieses Schrittes und sehen eine Erklärung darin, dass der Präsident dieses Veto vor allem dazu benutzt hätte, um der EU und Russland gegenüber *twardość* (dt. *Härte*, Diskursfragment 17) und *nieugiętość* (dt. *Unbeugsamkeit*, Diskursfragment 11) beweisen zu können. Die Äußerung [...] *I taki efekt z pewnością został osiągnięty.* [...] (dt. [...] *und so ein Effekt wurde mit Sicherheit erreicht.* [...], Diskursfragment 17) bestätigt den „Erfolg“ des Vorhabens der Kaczyńskis. Als Grund für die Probleme mit Russland wird immer wieder die „Angst“ vor den Großmachtambitionen Russlands angeführt, wie zum Beispiel in Diskursfragment 18. In Polen und der EU sei man ratlos, was man dagegen machen könnte: [...] *Dziś cała Unia Europejska głowi się, jak sobie poradzić z Rosją.* [...] (dt. [...] *Heute zerbricht sich die ganze Union den Kopf darüber, wie man mit Russland klarkommen könnte* [...], Diskursfragment 18). Die Ängste werden zum Ausdruck gebracht durch Wörter und Wendungen wie: *zależna od rosyjskich surowców energetycznych* (dt. *abhängig von russischen Energierohstoff-*

fen, Diskursfragment 18), *odstraszają rosyjskie realia* (dt. *die russische Wirklichkeit schreckt ab*, Diskursfragment 18), *upolitycznienie gospodarki* (dt. *die „Politisierung“ der Wirtschaft*, Diskursfragment 18), *korupcja* (dt. *Korruption*, Diskursfragment 18), *nieprzewidywalność zachowań administracji* (dt. *die Unvorhersehbarkeit des Handelns der Administration*, Diskursfragment 18), *potęgować obawy* (dt. *die Befürchtungen verstärken*, Diskursfragment 18), *odbudowywanie mocarstwowej pozycji* (dt. *die Wiederherstellung der Großmachtstellung*, Diskursfragment 18). Die EU befände sich laut „*Polityka*” in einer äußerst prekären Situation, die vor allem durch die geringe Kompromissbereitschaft Russlands bedingt sei. Zum Ausdruck kommt die fehlende Kompromissbereitschaft in einer Phrase wie: [...] *Słyszysz [die EU] twarde niet [...]* (dt. [...] *sie [die EU] hört ein hartes niet [russ. nein] [...]*, Diskursfragment 18). Dass die einzelnen Länder differierende Meinungen zu Energiefragen bzw. zu Russland haben, begünstige die Lage für Russland noch. Trotz einer eher negativen Akzentuierung Russlands kann hier nicht von einer Feindbildkonstruktion gesprochen werden, da die Fakten überwiegend informativ präsentiert werden. Des Weiteren wäre einer solchen vermuteten Feindbildstigmatisierung Russlands durch „*Polityka*“ entgegenzusetzen, dass keines der am „Russlanddisput“ beteiligten und in „*Polityka*“ dargestellten Länder/Institutionen als absolut richtig und einwandfrei handelnd dargestellt, sondern ebenfalls einer Kritik unterzogen werden.

Diskursfragment 17

„*Polityka*” Nr. 47, 25. 11. 2006

Ole, ole, nie damy się; Autor: Adam Grzeszak; Mitarbeit: Agnieszka Mazurczyk

[...] Zdecydowaliśmy się zgłosić weto wobec rozpoczęcia negocjacji z Rosją. Ta twar-
dość wynika wyłącznie z konieczności. Od dłuższego czasu Polskę dotykają różne ne-
gatywne działania ze strony Rosji. Tym razem musimy bronić polskich rolników” –
wyjaśnia premier Jarosław Kaczyński w swoim artykule „To nie pieniądze a polska
racja stanu” na łamach tabloidu „Fakt”. Wspiera go braterskim piórem prezydent
w artykule „Polska broni swych interesów” na łamach „Dziennika”: „Polska musiała
przyjąć zdecydowane stanowisko – tylko w ten sposób może skutecznie bronić swoich
interesów”. Jesteśmy twardzi, bo – jak mawiał pan Wołodyjowski – „jeśli się nie będą
ciebie bali, to się będą z ciebie śmiali”. Unii Europejskiej mogło nie być do śmiechu.
[...] Dotychczas jednak nikt się naszymi kłopotami w Unii specjalnie nie przejmował,
choć straty, jakich doświadczyli polscy producenci, szacowane są na kilkaset milionów
dolarów. [...] Sprawa naszych kłopotów z embargiem na mięso traktowana jest ze zro-
zumieniem. Większe wrażenie robi jednak drugi warunek. Żądamy żeby Rosja, zanim
siądzie do stołu, ratyfikowała Europejską Kartę Energetyczną. [...] Ratyfikacja przez

Rosję Karty Energetycznej jest cichym marzeniem połowy świata i niemal wszystkich krajów Unii. Zwłaszcza tych największych, które dałyby wiele, żeby Rosja otworzyła swój rynek i pozwoliła europejskim koncernom swobodnie inwestować w poszukiwanie, wydobywanie i eksploatację surowców energetycznych. Na razie mogą o tym zapomnieć, bo Rosja już wielokrotnie deklarowała, że nie zamierza tego zrobić. [...] Sprawy energetyczne mają dla nas dużo większy ciężar gatunkowy niż kwestia mięsa, którą odbieramy bardziej w kategoriach ambicjonalnych niż gospodarczych. Nie chcemy być po prostu traktowani jako kraj unijny drugiej kategorii. [...] Unia jest wyjątkowo uzależniona od importu paliw spoza jej granic. Premier Jarosław Kaczyński na łamach „Faktu” przekonuje, że w polskim secie nie ma nic nadzwyczajnego. W przeszłości narzędzie to było wielokrotnie wykorzystywane przez kraje UE z niezłym skutkiem. Świadczy o tym choćby przykład Cypru, który znalazł się w Unii tylko dlatego, że Grecja zagroziła wetem, gdyby rozszerzenie wspólnoty miało się odbyć bez udziału Greków cypryjskich. Jesteśmy członkiem UE świadomym swych obowiązków, ale i praw. I potrafimy z nich korzystać. Polscy dyplomaci w Brukseli przyznają jednak po cichu, że są pełni obaw co do konsekwencji naszego weta. Odnoszą wrażenie, że zostało ono zaaranżowane bardziej na potrzeby polskiej polityki wewnętrznej niż naszych stosunków międzynarodowych. Chodziło o zademonstrowanie twardości i nieugiętości polskiego rządu w stosunkach z Unią Europejską i Rosją. I taki efekt z pewnością został osiągnięty. [...]

Diskursfragment 18

„Polityka” Nr. 51/52, 22. 12. 2007

Mróz, odwilż, potop; Autor: Adam Grzeszak

[...] Co tu kryć – mamy z Rosją poważny problem i nie ogranicza się on do embarga na mięso. Chcemy rozwijać kontakty gospodarcze, a jednocześnie boimy się ich. Historia sporów i napięć jest wyjątkowo długa. [...] Dziś cała Unia Europejska głowi się, jak sobie poradzić z Rosją. Jest zależna od rosyjskich surowców energetycznych, pociągają tamtejszy rynek, ale odstrasza rosyjskie realia, zwłaszcza niezwykle upolitycznienie gospodarki. Nie bardzo wiadomo, gdzie kończy się biznes, a zaczyna polityka, co jest państwowe, a co prywatne. Korupcja oraz nieprzewidywalność zachowań administracji potęgują obawy. Wiadomo tylko jedno: za wszystkie sznurki w gospodarce pociągają Kreml. Panuje powszechne przekonanie, że Rosja wykorzystuje swój potencjał gospodarczy, zwłaszcza surowcowy, do uprawiania polityki zagranicznej i odbudowywania mocarstwowej pozycji. [...] Rosjanie stawiają Unii warunki. Chcecie naszych surowców i paliw? Dopuśćcie nas do unijnego rynku, zapewnijcie nam swobodę inwestowania, zwłaszcza w sektorze paliwowo-energetycznym. Interesuje ich kontrola szlaków transportowych, przerób surowców oraz ich sprzedaż odbiorcom detalicznym. Chcieliby zarabiać na wszystkich etapach – od syberyjskich złóż po niemieckie czy francuskie kuchenki gazowe. Unia odpowiada: zgoda, ale pod warunkiem, że otworzycie swój rynek dla naszych firm i podpiszecie Europejską Kartę Energetyczną, gwarantując dostęp do sieci przesyłowej. Słyszysz twarde *niet*. Rosja wie, że w sprawach energetycznych kraje UE są bardzo podzielone i umiejętnie to wykorzystuje. [...]

8. 7. 5. Vergleich der Ergebnisse

Die behandelten außenpolitischen Themen sind in beiden Zeitschriften ähnlich (wie auch bereits die Strukturanalyse unter Kapitel 8. 6. zeigte).

Rein qualitativ betrachtet, bietet „*Wprost*“ mehr Artikel zu europarelevanten Themen. Allerdings sind die europapolitischen Beiträge in „*Polityka*“ im Gegensatz dazu länger und informativer aufbereitet. Bei der Auswahl und Präsentation von Argumenten setzt „*Wprost*“ eher auf „Sensation“. Das Schema der „Überzeugung“ der LeserInnen läuft in „*Wprost*“ im Prinzip immer gleich ab: Anspielen auf Vorwissen und Emotionen der LeserInnen, Verstärkung der Emotionen mithilfe von „Sensationselementen“ (Deutschland als „Feind“, Russland als „Feind“, Werteverlust in der EU, etc.) und letztendlich Beeinflussung/Bestärkung der Meinung der LeserInnen (wenn es gelingt) (siehe Analyseergebnisse von „*Wprost*“ unter Kapitel 8. 7. 3.). Es kommt klar zu einem absichtlichen Einsatz von Emotionen in der Europapolitik, um die Meinung der Leserschaft dahingehend zu beeinflussen. Bei „*Polityka*“ wird auf „Sensationselemente“ verzichtet. Es zeichnet sich kein so strenges Schema ab wie bei „*Wprost*“. Zumeist beginnen die Artikel mit einer Präsentation von Informationen über diverse Ereignisse oder Problematiken, darauf folgt zumeist eine kritische Beleuchtung dieser Ereignisse und Problematiken, die die LeserInnen zum Nachdenken und zur eigenen Meinungsbildung anregen sollen. Es kann hier im Gegensatz zu „*Wprost*“ nicht von „Meinungsbeeinflussung“ im negativen Sinn und von einer Instrumentalisierung von europapolitischen Emotionen gesprochen werden (siehe Analyseergebnisse von „*Polityka*“ unter Kapitel 8. 7. 4.).

In Bezug auf die rhetorischen Mittel, zeichnet sich bei „*Wprost*“, verallgemeinert gesagt, ein Trend zu eher stark negativ und populistisch assoziierten Wörtern und Wendungen ab, der Parallelen zur Rhetorik der Kaczyńskis erkennen lässt. Bei „*Polityka*“ lassen sich solche Elemente nur vereinzelt finden, meist dann, wenn bewusst auf Äußerungen von „*Wprost*“ oder der PiS angespielt werden soll (siehe dazu Kapitel 8. 7. 3. und 8. 7. 4.).

Aus der Analyse und Interpretation der Diskursfragmente lässt sich auch ableiten, dass beide Medien eine unterschiedliche europapolitische Haltung vertreten. „*Wprost*“ lässt sich verallgemeinernd als europaskeptisch und -abgeneigt einstufen, „*Polityka*“ als europakritisch aber -befürwortend (siehe dazu Kapitel 8. 7. 3. und 8. 7. 4.).

Die europaskeptische und -abneigende Haltung von „*Wprost*“ geht stark einher mit der der PiS. Die europakritische aber -befürwortende vermittelte Einstellung von „*Polityka*“

geht teilweise einher mit der der PO, keinesfalls aber mit der der PiS (siehe dazu Kapitel 8. 7. 3. und 8. 7. 4.).

Die Kritik in Bezug auf die beiden politischen Parteien fällt in „*Wprost*“ stark zugunsten der PiS aus. Die PO wird im Gegensatz dazu häufig kritisiert und „an den Pranger gestellt“. Nur vereinzelt wird die PiS direkter Kritik ausgesetzt. In „*Polityka*“ werden beide Parteien kritisiert, der Schwerpunkt der negativen Kritik liegt dabei auf der PiS, es lassen sich aber auch PO-befürwortende Elemente finden (siehe dazu Kapitel 8. 7. 3. und 8. 7. 4.).

9. Zusammenfassung in deutscher Sprache

Emotionen in der Europapolitik der beiden polnischen Parteien PiS und PO im Spiegel ausgewählter Medien

Seit 1. Mai 2004 ist Polen Mitglied der Europäischen Union und gehört somit zum „neuen“ vereinten Europa. Aber auch vor diesem Schritt hatte Polen seinen Platz in Europa inne. Denn Europa definiert sich nicht allein über die Europäische Union, es wäre falsch dies anzunehmen. Europa geht über den Rahmen der EU hinaus, aber was ist Europa noch? Europa wird als geographische Größe betrachtet. Es ist aber vielleicht auch eine kulturelle, politische oder ökonomische Einheit. Europa setzt sich aus vielen Einzelstaaten zusammen, die alle ihre individuellen kulturellen, ökonomischen und politischen Eigenheiten in dieses Europa einbringen. Es sind aus der Geschichte und Kultur des jeweiligen Landes erwachsene Charakteristika, die dieses Land von den anderen Staaten Europas unterscheiden. Zudem können diese Unterschiede beträchtlich sein und können, müssen aber nicht unbedingt, ein Problem darstellen. Doch wie weit muss sich ein Land, das zu diesem Europa gehört, an die anderen Staaten dieses Europa anpassen? Wie funktioniert eine solche „Angleichung“ und funktioniert sie überhaupt? Welche Emotionen kommen während dieses Prozesses beim gesellschaftlichen Individuum hoch und wie ist es einem „gemeinsamen Europa“ gegenüber eingestellt? Werden diese Emotionen in weiterer Folge von den Machteliten eines Landes instrumentalisiert und nutzbringend für „ihre“ Politik eingesetzt? Wenn ja, wie?

Auf viele der hier angeführten Fragen gibt es keine eindeutige Antwort. Das „gemeinsame Europa“ lässt sich als ein Projekt bezeichnen, das noch in seiner Entwicklungs-

phase steckt. Die vorliegende Arbeit konnte, aufgrund ihrer speziellen Fragestellung, nicht tiefgehender auf die „europäische Frage“, obgleich sie äußerst interessant ist, eingehen. Sie beleuchtete diese durchaus problematische Thematik aus der polnischen Perspektive. Zwei polnische Medien, zwei polnische Parteien und ein Auszug aus dem allgemeinen gegenwärtigen europäisch-polnischen Diskurs bildeten dabei diese Perspektive.

Um den Begriff der Europapolitik etwas einzugrenzen soll hier angemerkt werden, dass sich diese Arbeit mit Geschehnissen und Problematiken beschäftigte, die vorwiegend auf der EU-Ebene aufgetreten sind und auch in den beiden Zeitschriften „*Wprost*“ und „*Polityka*“ angesprochen wurden.

Ausgehend von der Hauptthese, dass die beiden Wochenzeitschriften „*Wprost*“ und „*Polityka*“ unterschiedliche europapolitische Einstellungen vermitteln und sich diese an den europapolitischen Haltungen der beiden polnischen Parteien PiS und PO orientieren, sollten diese Unterschiede freigelegt werden.

Die PiS – Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*), wurde im Juni 2001 gegründet. Den Vorsitz hatte bis 2003 Lech Kaczyński inne, danach übernahm sein Zwillingsbruder Jarosław Kaczyński dieses Amt.

Bei der Parlamentswahl am 25. September 2005 erhielt die PiS den höchsten Stimmenanteil mit 27 Prozent und stellte mit 155 Mandaten die größte Fraktion. Am 7. September wurden im Sejm mittels Abstimmung die freiwillige Auflösung und Neuwahlen beschlossen, die für den 21. Oktober 2007 festgesetzt wurden (vgl. Vetter 2008: 117-126). Bei den Parlamentswahlen 2007 gewann die PO.

Die PiS sieht eine bloße „Notwendigkeit“ der europäischen Ausrichtung, sie ist gegen eine weitergehende Dynamik der Integration (zum Beispiel die Vereinheitlichung der Währung). Im Gegenzug dazu ist sie überzeugt vom Nationalstaat (vgl. Münch 2007: 138-139). Die Kaczyńskis befürchten, Polen würde auf der internationalen Bühne (besonders innerhalb der EU) eine immer weniger wichtige Rolle spielen, als politischer Partner gering- bzw. unterschätzt und als Mittel zur Machtvergrößerung der europäischen Eliten (besonders Deutschlands) eingesetzt werden. Auch das Fehlen einer ausreichenden europäischen Solidarität wurde seitens der PiS oft bemängelt, insbesondere in energiepolitischen Fragen. In den meisten europapolitischen Belangen wird Deutschland oft als dominant dargestellt. In der Beziehung Deutschland-Polen habe sich auch

nichts verändert und das „Beharren“ Deutschlands auf gute Beziehungen zu Russland ist der PiS ebenfalls ein Dorn im Auge (vgl. Vetter 2008: 37-45).

Im Jahr 2001 gründeten Donald Tusk, Andrzej Olechowski und Maciej Płażyński die PO – Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska*) (vgl. Vetter 2008: 103-111). Nach Maciej Płażyński übernahm 2003 Tusk den Vorsitz der Partei.

In Bezug auf die Europapolitik stellt die europäische Ebene für die PO die wichtigste Ebene für europapolitische Lösungen. Sie ist die Basis und die Chance für eine erfolgreiche Außenpolitik der Nationalstaaten. Die Zusammenarbeit auf europapolitischer Ebene wird als notwendig und wünschenswert erachtet (vgl. Münch 2007: 68-73).

Die PO sieht einen Vorteil der Mitgliedschaft Polens in der EU in der zu erwartenden Hebung des Lebensstandards und die damit verbundene Angleichung der polnischen Wirtschaft an die westeuropäische (vgl. Münch 2007: 73-79). Neben den positiven ökonomischen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft sieht die PO auch eine Chance auf dauerhaften Frieden in ihr (vgl. Münch 2007: 95).

Die Dynamik des Integrationsprozesses wird aber nicht nur als positiv beurteilt, sondern in gewisser Weise auch als Gefahr für die national definierte Identität gesehen, allerdings nicht so stark wie bei der PiS (vgl. Münch 2007: 133).

Für die zu beantwortenden Fragestellungen im Rahmen dieser Arbeit boten sich die Medien als Diskursebene deswegen an, weil sie zeigen, wie gewisse Themen massenhaft verbreitet werden und somit auch zur Bewusstseins- und Meinungsbildung in der Gesellschaft beitragen. Des Weiteren ist die funktionale Dichotomie des Verhältnisses zwischen Information und Meinungsbildung zu beachten. Die Presse verwendet besonders in der Politik die Funktion der Meinungsbildung: „Der Leser erwartet von „seinem“ Blatt Orientierung und Hilfestellung.“ (Burger 2005: 23). Die Politik nutzt die Medien, um ihre „Message“ an die Bevölkerung zu bringen und sie in die gewünschte Richtung hin zu beeinflussen. Die Leser bilden sich ihre Meinung und handeln dementsprechend, sie werden „mobilisiert“ (Pawlas-Czyż 2008: 22), und beeinflussen somit wiederum die Medien bzw. die politischen Organisationen, die dann infolgedessen darauf reagieren (müssen).

Untersuchungsziel der Analyse war die Sichtbarmachung von Emotionen in der Europapolitik der beiden polnischen Parteien PiS und PO im Spiegel der bereits erwähnten Medien.

Im Untersuchungszeitraum vom 1. Juli 2005 bis zum 30. April 2008 wurden die zwei polnischen Periodika „*Wprost*“ (49 Artikel) und „*Polityka*“ (38 Artikel) in Hinblick auf die folgenden Hypothesen hin untersucht:

- Die PiS vertritt eine europaskeptische und -ablehnende Haltung.
- Die PO vertritt eine europakritische aber -befürwortende Haltung.
- Die untersuchten Medien weisen unterschiedliche europapolitische Einstellungen auf.
- Die europapolitische Einstellung der „*Wprost*“ ist gekoppelt an die der PiS.
- Die europapolitische Einstellung der „*Polityka*“ ist gekoppelt an die der PO.
- Sowohl die Parteien, als auch die Medien setzen europapolitische Emotionen zur Beeinflussung der Wählerschaft/Bevölkerung bzw. der LeserInnen ein.

Der relativ lange Zeitraum, der immerhin fast drei Jahre umfasst, wurde deswegen gewählt, um ein aussagekräftiges Analyseergebnis präsentieren zu können. Der Analyseteil dieser Diplomarbeit stützte sich auf den diskursanalytischen Ansatz von Siegfried Jäger. Jäger orientierte sich bei der Entwicklung seines Ansatzes an Michel Foucault und Jürgen Link. Der Ansatz ist auch unter dem Namen „Duisburger Ansatz“ bekannt und wurde schon in zahlreichen Arbeiten angewendet.

„*Wprost*“ ist eine polnische politische Wochenzeitschrift, die seit dem 5. Dezember 1982 erscheint. Chefredakteur ist seit 2007 Stanisław Janecki, Herausgeber der Zeitschrift Marek Król. Das Profil von „*Wprost*“ gilt als rechts-konservativ. Zu erkennen ist eine klare Ausrichtung von „*Wprost*“ an rechten Parteien, was auch die Analyseergebnisse in dieser Arbeit bestätigen. Eine solche Ausrichtung wirkt sich auf die Haltung dieses Periodikums klar aus, was sich unter anderem zum Beispiel in deutschlandkritischen Berichten abzeichnet. Zu beachten ist allerdings die rückläufige Verkaufszahl.²⁴

„*Polityka*“ ist ebenfalls eine politische Wochenzeitschrift, die seit 1957 erscheint. Die erste Ausgabe erschien mit der Datierung 27. Februar – 5. März 1957.²⁵ Im Jahr 2006 avancierte „*Polityka*“ zum best verkauften Nachrichtenmagazin. Der Chefredakteur ist seit 1994 Jerzy Baczyński. Das Magazin hat ein intellektuelles, sozialliberales Profil. Es legt besonderen Wert auf distanzierte Analysen.

²⁴ URL: <http://www.taz.de/nc/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=me&dig=2008%2F02%2F07%2Fa0181&src=GI&cHash=248a7e1f77> [19. 5. 2008]

²⁵ Sie galt damals als Zeitung der Reformer in der Arbeiterpartei. Der Kommunistischen Partei gegenüber war sie eher kritisch eingestellt (vgl. Urban 2003: 115).

Aus den analysierten Diskursfragmenten von „*Wprost*“ geht hervor, dass sich Polen als Mitglied der EU und als Teil von Europa nicht gleichberechtigt gegenüber anderen Ländern, insbesondere gegenüber den „europäischen Eliten“ fühlt. Als „europäische Eliten“ sind hier vor allem Deutschland, Frankreich und Großbritannien zu verstehen. Die Präsentation des Deutschlandbildes deckt sich weitgehend mit dem Deutschlandbild, das die PiS hat bzw. vermittelt. Deutschland wird laut „*Wprost*“ als „unfares Nachbarland“ beschrieben, welches sich in der EU als Hegemonialmacht aufspielt und in gewisser Weise wie ein Diktator den Ton angibt. Durch die teilweise sehr negative Darstellung Deutschlands kommt es zu einer Instrumentalisierung und Deutschland wird zu einem Feindbild, mit dessen Hilfe die Emotionen der LeserInnen geweckt und verstärkt werden sollen. In der Entscheidungsfindung bei europapolitischen Belangen würde Polen hintergangen und nicht als „gleichwertiger Partner“ angesehen. Die Entscheidungen würden hinter dem Rücken Polens und der polnischen Regierung gefällt. In Deutschland würde über Polen gelacht und man beleidigt das Land und seine Regierung (bezieht sich auf die Regierung der PiS), wann immer es nur möglich ist (zum Beispiel in den deutschen Medien). Deutschland spiele laut „*Wprost*“ ständig ein „Spiel um die Macht“ und „kämpft“ dabei mit allen Mitteln. Aus vielen Diskursfragmenten geht eine Deckung der politischen Haltung der Zeitschrift „*Wprost*“ Deutschland gegenüber mit der der Kaczyński-Brüder hervor: Deutschland versuche mit allen Mitteln seine Interessen durchzusetzen. Des Weiteren wird explizit darauf hingewiesen, dass die schlechten Beziehungen zu Deutschland während der PiS-Regierung nicht aufgrund der angeblichen antieuropäischen Einstellung Polens und seiner Regierung entstanden seien. „*Wprost*“ führt dabei als wichtigste Vertreter dieses Gedankens die Oppositionsparteien (unter anderen die PO) an, die der PiS die ganze Schuld an den historischen Kontroversen und schlechten Beziehungen mit Deutschland geben würden. Der wahre Grund für die schlechten deutsch-polnischen Beziehungen läge in der Geschichte und in den immer gegenwärtig vorherrschenden Vorurteilen Deutschlands (Rückkehr des Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit,...) gegenüber Polen. „*Wprost*“ spielt auch auf die pro-europapolitische Haltung der damaligen Oppositionspartei PO an, die im Kontrast zu der der PiS steht. Donald Tusk wird dabei im übertragenen Sinn als „Feind“ (in Anlehnung an die „Freund-Feind-Rhetorik“ der PiS) der PiS dargestellt, der laut „*Wprost*“ immer wieder eine notwendige „Vernichtung“ der PiS betonen würde.

Die EU sei laut „*Wprost*“ immer noch zweigeteilt: eine bessere und eine schlechtere EU, eine EU, die mehr bestimmen darf, und eine, die weniger Stimmkraft besitzt und eine gleichberechtigte und eine ungleichberechtigte EU. Polen würde ungerecht behandelt, obwohl es sich tatkräftig für die EU einsetzt.

Besonders setze sich die polnische Regierung laut „*Wprost*“ für den Erhalt der christlichen Werte und eine Erwähnung dieser als Grundlage Europas in der Verfassung ein. Polen käme eine wichtige Funktion innerhalb der EU zu, die von den anderen EU-Ländern aber nicht geschätzt würde. Polen fungiere als moralische Instanz, als christliches Vorbild, an dem sich die anderen EU-Länder ein Beispiel nehmen sollten.

Die EU erwarte sich nicht viel von Polen und sei deshalb umso mehr über die positiven Erfolge Polens überrascht. Trotzdem könne das „durch Postkommunismus verarmte und geschwächte“ Polen finanziell noch nicht mit den „Eliten der EU“ mithalten. Mit dieser Rhetorik soll bei den LeserInnen in gewisser Weise ein Gefühl der „Schwäche des eigenen Landes“ aufkommen. Aufbauend auf dieses Gefühl soll eine weitere Emotion hervorgerufen werden, nämlich des Verlangens nach Gerechtigkeit – die „Stärkeren“ sollen die „Schwächeren“ (innerhalb der EU) unterstützen.

Ein weiterer Kritikpunkt im europapolitischen Diskurs von „*Wprost*“ stellt die kollektive Identität Europas dar. Existiert diese überhaupt? Wenn ja, wie sieht sie aus?

Aus den untersuchten Diskursfragmenten geht hervor, dass „*Wprost*“ eher an einer solchen kollektiven Identität zweifelt und es lässt sich eher eine durchwegs kritische Einstellung in Bezug auf diese Identität ablesen. Diese Einstellung deckt sich zu großen Teilen mit denen der PiS-Eliten. Besonders auffallend war dabei die häufige Verwendung von kritischen, teilweise rhetorischen Fragen, welche auf eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Thema hindeuten. All diese Fragestellungen zielen darauf ab, die LeserInnen zu verunsichern und sie von einer eventuellen pro-europäischen Haltung abzubringen oder sie zumindest zu überdenken.

Besonders häufig wird in „*Wprost*“ auf internationale Gefahren verwiesen, wie zum Beispiel die Gefahr einer islamischen Expansion und der damit verbundenen Terroris-musgefahr, die Gefahr der Hegemonialbestrebungen Russlands mit all ihren negativen Auswirkungen (besonders auf Polen) und die Gefährdung der (angeblichen) „Partnerpo-sition“ Polens zu den USA durch andere EU-Länder (Deutschland, Frankreich). Diese Diskurse verstricken sich wiederum in von ihnen abhängige Unterdiskurse, wie zum

Beispiel die Verbesserung der internationalen Sicherheit für Zwecke wie zum Beispiel der Terrorbekämpfung, die Gefährdung traditioneller christlicher Werte durch den Islam (zum Beispiel, wenn es um die Aufnahme der Türkei in die EU geht), Verbesserung der Energiepolitik innerhalb der EU mit gleichzeitigem Anstreben energiepolitischer Unabhängigkeit von Russland, und einige mehr. Durch alle Artikel und Diskursfragmente zog sich dabei die Kritik, die EU würde die Gefahren nicht ernst nehmen und immerfort nur auf die eigenen Interessen bedacht sein. Die EU würde durch ihre politische Korrektheit Europa immer weiter den Gefahren des Terrorismus aussetzen. Des Weiteren läge ein Problem Europas vor allem in seiner Identitätskrise, die in einem „Vergessen“ und „Leugnen“ der traditionellen christlichen und moralischen Werte wurzelt. Als Beweis dafür wird immer wieder das Fehlen des christlichen Bezugs im Projekt des Verfassungsvertrages (besonders die PiS betonte dies immer wieder) angeführt. Europa wird dabei häufig als Opfer dargestellt, das seine Position durch sein Verhalten noch zusätzlich schwächt.

Besonders häufig wird in „*Wprost*“ auch auf den „Problemnachbar“ Russland hingewiesen. Die Zeitschrift zählt häufig „Vergehen“ Russlands auf, um das von „*Wprost*“ allem Anschein nach gewünschte und provozierte Feindbild Russland weiter zu etablieren. Es wird von „*Wprost*“, aber auch von der PiS, weitgehend dazu benutzt, Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Immer wieder betont und stark kritisiert wird dabei die Abhängigkeit von Russland aus energiepolitischer Sicht, die von der EU auch noch forciert würde. „*Wprost*“ gleicht der PiS in ihrer „Feind-Freund-Rhetorik“ und infolgedessen wird unter anderem die PO als „Russland-Freund“ hingestellt und „heimlicher Machenschaften“ mit Russland bezichtigt.

„*Polityka*“ spiegelt in den untersuchten Diskursfragmenten oftmals die damaligen (tlw. auch heute aktuellen) Zweifel an der EU wider und übt Kritik an ihr. Die Autoren weisen jedoch immer wieder explizit darauf hin, dass Polen größtenteils der EU positiv gegenüber eingestellt sei. Negative Aspekte und Kritikpunkte an der EU könnten diese Haltung aber beeinflussen, sodass sich Polen vom EU-Befürworter zum EU-Skeptiker entwickeln könnte.

Über der ganzen Kritik steht der zum Ausdruck kommende Gedanke, dass die EU selbst sich noch keineswegs sicher sei, welche Identität bzw. welche Rolle sie im internationalen Geschehen spielen soll/kann.

Das „allgemeine“ Zweifeln an einer gemeinsamen europäischen Identität wird von der Zeitschrift allerdings in Frage gestellt, sie argumentiert in dieser Hinsicht damit, dass die Nationenbildung teilweise mehrere Jahrhunderte in Anspruch genommen habe, somit wäre es für die EU nicht ausgeschlossen, dass sich eine solche Identität mit der Zeit erst noch herausbilden würde. Hindernisse auf dem Weg zu einer „gemeinsamen europäischen Identität“ könnten Problematiken wie die Integration der muslimischen Bevölkerung oder demographische Probleme in Europa darstellen.

Anders als „*Wprost*“ sieht „*Polityka*“ die Hauptgefahr nicht im Terrorismus. „*Polityka*“ relativiert diese Gefahr eher und sieht größere Gefahr in der EU selbst. Der Autor weist auch explizit auf den positiven Effekt (Hebung des Wohlstandes in Polen) der EU auf Polen hin. Der Traum von einem gemeinsamen Europa und einer gemeinsamen europäischen Identität sollte trotz aller Probleme nicht aufgegeben werden, da so ein Europa wesentlich besser auf dem internationalen Spielfeld mithalten könnte. Dem Leser wird die Notwendigkeit einer starken und gut funktionierenden EU vor Augen geführt, die die Autoren mit zahlreichen Argumenten zu belegen versuchen. Zusammengefasst wäre das wesentlichste Argument für eine funktionierende EU die Möglichkeit, aufgrund einer solchen leichter auf unausweichliche und vorhersehbare zukünftige Probleme reagieren zu können.

Die Thematik Islam/Türkei/Terrorismus ist aber auch im europapolitischen Diskurs von „*Polityka*“ präsent. Die Autoren von „*Polityka*“ versuchen die LeserInnen auf den gegenwärtigen Missstand in der „Islam-Debatte“ aufmerksam zu machen und diese „wach zu rütteln“. Die LeserInnen sollen sensibilisiert werden, um den aktuellen Trend in der „Islam-Debatte“ kritisch betrachten zu können. Indirekt wird auch die häufig anzutreffende Gleichsetzung des Islam mit dem fundamentalistischen Islam kritisiert (wie es, wenn auch teilweise verdeckt, in der „*Wprost*“ praktiziert wurde).

Auch die Verhandlungen über den Beitritt der Türkei zur EU werden in „*Polityka*“ kritisch hinterleuchtet, da sie aufgrund der Terroranschläge der letzten Jahre immer langsamer vorangehen würden.

„*Polityka*“ bemängelt, dass Polen keinen „Verbündeten“ habe, was aus der tlw. auch begründeten Abwehrhaltung den anderen Mitgliedsländern gegenüber resultieren würde. Es wird vermittelt, dass Polen gerne einen „Verbündeten“ oder auch mehrere „Verbündete“ hätte und dieses Ziel durchaus erstrebenswert sei. Der Weg dorthin führe unter anderem aber über die polnischen Politiker. Angeführt werden dabei beide Parteien –

also sowohl die PiS, als auch die PO, die nicht an der Erreichung dieses Ziels arbeiten würden. Besonders angesprochen werden jedoch die Kaczyński-Brüder. Kritisiert wird dabei vor allem das Misstrauen der PiS der EU allgemein und vielen EU-Mitgliedsstaaten gegenüber. Auch die immer wieder verwendete „Freund-Feind-Rhetorik“ der Kaczyńskis wird bemängelt. Grundsätzlich werden meist beide Parteien, also PiS und PO, kritisiert. Als gemeinsamer Kritikpunkt wird vor allem die fehlende außenpolitische Erfahrung beider Parteien angeführt. In Bezug auf die polnisch-deutschen Beziehungen und ihre Verschlechterung wird aber überwiegend die PiS kritisiert bzw. verantwortlich gemacht.

Die EU würde von der PiS schlecht gemacht, kritisiert und in Frage gestellt. Der einzige (von den Kaczyńskis wohl beabsichtigte) Sinn einer solchen Außenpolitik läge in einer von der PiS propagierten Stärkung des Nationalstaates, da Gefahr von außen drohen würde, mit gleichzeitiger dahingehend unterstützender Mobilisierung der Bevölkerung. Besonders verweist „*Polityka*“ auch auf die polnisch-deutschen Beziehungen, die verbessert werden müssten. Deutschland sei zur Lösung diverser Probleme (zum Beispiel mit Russland) absolut notwendig. Die geführte Außenpolitik der PiS-Regierung sei sogar gefährlich. Durch das ständige Ankämpfen gegen die Union, würden die offenbaren Unterschiede zwischen der Union und Polen verstärkt ins Auge stechen und sich die Union infolgedessen von Polen entfernen.

In einigen analysierten Diskursfragmenten wird die von den Kaczyńskis geführte Russlandpolitik kritisiert. Vor allem das damals eingelegte Veto gegen die Aufnahme der Verhandlungen mit Russland liefert Anreiz zur Kritik. Die Autoren lassen klar anklingen, dass durchaus nicht ganz Polen von diesem Veto eindeutig überzeugt gewesen sei. Die Autoren hinterfragen die Sinnhaftigkeit dieses Schrittes und sehen eine Erklärung darin, dass der Präsident dieses Veto vor allem dazu benutzt hätte, um der EU und Russland gegenüber „Härte“ und „Unbeugsamkeit“ beweisen zu können. Als Grund für die Probleme mit Russland wird immer wieder die „Angst“ vor den Großmachtambitionen Russlands angeführt.

„*Polityka*“ nimmt Russland gegenüber eine neutrale aber kritische Haltung ein. Die EU befände sich laut „*Polityka*“ in einer äußerst prekären Situation, die vor allem durch die geringe Kompromissbereitschaft Russlands bedingt sei. Dass die einzelnen Länder differierende Meinungen zu Energiefragen bzw. zu Russland haben, begünstige die Lage für Russland noch. Trotz einer eher negativen Akzentuierung Russlands kann hier nicht von einer Feindbildkonstruktion gesprochen werden, da die Fakten überwiegend infor-

mativ präsentiert werden. Des Weiteren wäre einer solchen vermuteten Feindbildstigmatisierung Russlands durch „*Polityka*“ entgegenzusetzen, dass keines der am „Russlanddisput“ beteiligten und in „*Polityka*“ dargestellten Länder/Institutionen als absolut richtig und einwandfrei handelnd dargestellt, sondern ebenfalls einer Kritik unterzogen werden.

Angesprochen wird von „*Polityka*“ auch häufig die von der polnischen Rechten lautstark geforderte „europäische Solidarität“, die so „*Polityka*“ zwar angebracht sei, aber eigentlich in Widerspruch zur Ideologie der PiS bzw. des Präsidenten stünde, da diese „europäische Solidarität“ Polen eigentlich immer mehr weg vom Nationalstaat hin zu einem „übernationalen Europa“ drängen würde. Widersprüchlich erscheint der Zeitschrift auch die Haltung der polnischen Rechten, die in Polen einerseits als „euroskeptisch“, innerhalb der EU aber eher „föderalistisch“ erscheint.

Der im Europadiskurs (auch außerhalb der Medien) oft betonte Unterschied zwischen dem „alten (wohlhabenden) Europa“ und dem „neuen (armen) Europa“ wird auch in „*Polityka*“ erwähnt. „*Polityka*“ wertet diesen „ärmeren Teil Europas“ auf, indem sie auf die offensichtlichen positiven wirtschaftlichen Folgen der Erweiterung, vor allem auch für das „alte Europa“ hinweist. Besonders kritisch verfolgt „*Polityka*“ dabei den Kurs der westlichen Nachbarn, die mithilfe einer Wiederbelebung des polnischen Stereotyps des polnischen Installateurs ihren Ängsten vor einer Überschwemmung des westlichen Arbeitsmarktes mit polnischen Arbeitskräften Ausdruck verleihen. Bei den LeserInnen könnte sich ein Gefühl einer „nationalen Stigmatisierung“ einstellen, welches jedoch nicht direkt von „*Polityka*“ selbst, sondern von den von ihr nahezu objektiv präsentierten „Fakten“ hervorgerufen wird.

Vergleicht man die Analyseergebnisse der beiden Zeitschriften, so lässt sich erkennen, dass die behandelten außenpolitischen Themen in beiden Zeitschriften ähnlich sind. Rein qualitativ betrachtet, bietet „*Wprost*“ mehr Artikel zu europarelevanten Themen. Allerdings sind die europapolitischen Beiträge in „*Polityka*“ im Gegensatz dazu länger und informativer aufbereitet. Bei der Auswahl und Präsentation von Argumenten setzt „*Wprost*“ eher auf „Sensation“. In „*Wprost*“ kommt es klar zu einem absichtlichen Einsatz von Emotionen in der Europapolitik, um die Meinung der Leserschaft dahingehend zu beeinflussen. Bei „*Polityka*“ wird auf „Sensationselemente“ verzichtet. Zumeist beginnen in „*Polityka*“ die Artikel mit einer Präsentation von Informationen über diverse

Ereignisse oder Problematiken, darauf folgt zumeist eine kritische Beleuchtung dieser Ereignisse und Problematiken, die die LeserInnen zum Nachdenken und zur eigenen Meinungsbildung anregen sollen. Es kann hier im Gegensatz zu „*Wprost*“ nicht von „Meinungsbeeinflussung“ im negativen Sinn und von einer Instrumentalisierung von europapolitischen Emotionen gesprochen werden.

Aus der Analyse und Interpretation der Diskursfragmente lässt sich auch ableiten, dass beide Medien eine unterschiedliche europapolitische Haltung vertreten. „*Wprost*“ lässt sich verallgemeinernd als europaskeptisch und -abgeneigt einstufen, „*Polityka*“ als europakritisch aber –befürwortend.

Die europaskeptische und -abneigende Haltung von „*Wprost*“ geht stark einher mit der der PiS. Die europakritische aber -befürwortende vermittelte Einstellung von „*Polityka*“ geht teilweise einher mit der der PO, keinesfalls aber mit der der PiS.

Die Kritik in Bezug auf die beiden politischen Parteien fällt in „*Wprost*“ stark zugunsten der PiS aus. Die PO wird im Gegensatz dazu häufig kritisiert und „an den Pranger gestellt“. Nur vereinzelt wird die PiS direkter Kritik ausgesetzt. In „*Polityka*“ werden beide Parteien kritisiert, der Schwerpunkt der negativen Kritik liegt dabei auf der PiS, es lassen sich aber auch PO-befürwortende Elemente finden.

10. Zusammenfassung in polnischer Sprache

Emocje w polityce europejskiej dwóch polskich partii PiS i PO w zwierciadle wybranych mediów

Głównym celem tej pracy było odsłonięcie emocji europolitycznych dwóch polskich partii, Prawa i Sprawiedliwości (PiS) i Platformy Obywatelskiej (PO), ustalenie czy i w jakim wymiarze emocje są używane do wywierania wpływu na nastawienie społeczeństwa polskiego wobec Unii Europejskiej (UE)/Europy. Aby móc odpowiedzieć na te pytania, zanalizowane i porównane zostały dwa polskie tygodniki polityczne „*Wprost*” i „*Polityka*” pod względem nastawienia do spraw UE i Europy i odpowiedniej argumentacji. Na podstawie wybranych artykułów z obu czasopism także zostały wypracowane polityczne nastawienia wobec i ewentualna orientacja według wyżej wymienionych tygodników PiS i PO.

Pierwsze dwa rozdziały poświęcone są definicji pojęć „Europa”, „polityka europejska” i wyjaśnienia europolitycznej pozycji Polski. Od 1 maja 2004 r. Polska jest członkiem UE i zatem należy do nowej „zjednoczonej” Europy. Ale też przed wejściem do UE Polska miała swoje miejsce w Europie, bo Europa nie definiuje się przecież wyłącznie poprzez UE a przyjęcie definicji Europy na tej podstawie byłoby wręcz nieprawidłowe. Europa to coś więcej, Europa wychodzi poza granice terytorium państw UE, ale czym jest to „więcej”? Często Europa jest widywana jako wielkość geograficzna. Być może Europa to też jedność kulturalna, polityczna i ekonomiczna? Europa składa się z wielu państw, które wnoszą do niej ich własne kulturalne, ekonomiczne i polityczne „osobliwości”. Są to przede wszystkim przez dzieje historyczne i kulturę danego państwa ukształtowane cechy, które jednocześnie stanowią różnice między tymi krajami. Różnice te mogą być daleko sięgające a nawet, jednak nie koniecznie, stanowić poważne między państwowe problemy. Poza tym często niezauważane i niedoceniane jest wzbogacające oddziaływanie tych różnic na inne państwa czy kultury. Czasami po prostu brakuje dobrej komunikacji – „międzypaństwowego porozumiewania się”. Kraje te powinny zrelatywizować też ich myśli narodowopństwowe i wdać się na ten europejski projekt (UE) z wszystkimi swymi wadami i zaletami. Ale do jakiego stopnia muszą się dostosować państwa należące do Europy do innych państw? Jak wygląda i działa takie dostosowanie? Jakie emocje budzi ten proces dostosowywania się w społecznym osobniku (w obywatelach) i jak wpływa na jego nastawienie wobec „wspólnej Europy”? Czy te emocje są instrumentalizowane przez elitę polityczną danego państwa i wykorzystywane do realizacji własnych celów politycznych? Jeżeli tak, to w jaki sposób? Niniejsza praca naświetla oto właśnie przedstawione zagadnienia w odniesieniu do Polski i jej elit politycznych. Dalszy problem stanowi definicja pojęcia „polityki europejskiej”, które jest podobnie nie ściśle jak (wyżej opisane) pojęcie „Europy”. Gdyby definiowano „politykę europejską” na podstawie instytucji, można by było ją utożsamić z UE. Patrząc jednak z perspektywy geograficznej lub kulturalnej wychodzi ona poza granice UE (por. Münch 2007: 14-15). Niniejsza praca, bazująca na wynikach badań empirycznych, przede wszystkim opierających się na eurospeceficznym problematykach, opisuje zjawiska pojawiające się na poziomie UE.

W trzecim rozdziale przedstawione są dzieje historyczne w zakresie czasowym od 18 wieku do dziś, które miały istotne wpływy na Polskę „dzisiejszą”. Zaczynając od rozbicia polskiej państwowości pod koniec 18 wieku, poprzez odzyskanie niepodległo-

ści w 1918 r., Pierwszą i Drugą Wojnę Światową, czas Rzeczypospolitej Ludowej i jej upadku w 1989 r. aż do przystąpienia Polski do NATO (1999) i UE (2004). Wyjątkowo ważne i wpływowe na polskie nastawienie w stosunku do polityki europejskiej były historyczne wydarzenia ostatnich 70 lat:

Po zakończeniu Drugiej Wojny Światowej powstały „dwie” Europy: Europa wschodnia i zachodnia. Po 1989 r. Polska i inne kraje postkomunistyczne zbliżyły się ponownie do Europy zachodniej. Mimo to podzielenie Europy na dwie części pozostało. Europę dzieliło się na Europę A i B, uzasadniając podział stopniem zaawansowanego rozwoju gospodarczego. „Lepiej rozwinięta” Europa zachodnia identyfikowana była z Europą A. W ciągu pierwszych lat po upadku systemów komunistycznych w Europie środkowo-wschodniej i wschodniej, wprowadzono następujący podział w strefy:

Strefa 1: Państwa członkowskie NATO, Europejskiej Wspólnoty Gospodarczej (EWG) i pozostałe państwa Europy zachodniej.

Strefa 2: Prawie wszystkie kraje, które powstały po upadku ZSRR, zjednoczone w ramach Wspólnoty Niezależnych Państw (WNP) z Rosją na czele.

Strefa 3: Państwa środkowoeuropejskie, do której zaliczało się między innymi Polskę, kraje bałkańskie i bałtyckie (por. Holzer 2007: 95-102)

Wraz z upadkiem imperium sowieckiego Polska przestała orientować się na Wschodzie lub orientowała się na nim tylko marginalnie. Jak już, to były to wyłącznie ekstremalne, populistyczne i narodowe zgrupowania, które przeciwstawiały się zjednoczeniu z Europą zachodnią. W ogóle panował jednak konsensus co do nastawienia do Europy zachodniej. Trzeba jednak przypomnieć, że z punktu widzenia UE Polska i inne kraje postkomunistyczne zawsze były porównywane z Rosją. Rosja liczyła się jako mocarstwo, z którym trzeba było dbać o dobre stosunki, aby zapewnić bezpieczeństwo i stabilność w Europie. Mimo początkowego przeciwstawiania się Rosji, Polska i inne kraje postkomunistyczne przystąpiły do Sojuszu Północnoatlantyckiego (NATO) w roku 1999. Stosunki polsko-rosyjskie pogarszały się w ciągu ostatnich lat co raz to bardziej (n.p. jeśli chodzi o sprawy energetyczne) (por. Holzer 2007: 102-104).

Poza tym w rozdziale trzecim opisane są ogólne postawy eurokrytyczne i takie, które odwołują się do rozszerzenia unii na wschód. Do najważniejszych obaw ze strony polskiej zaliczało się: zagrażające bankructwo rolnictwa jako rezultat rywalizacji z lepiej rozwiniętymi rolnictwami krajów zachodnioeuropejskich, wykup polskich ziem i przed-

siębiorstw przez zagranicznych inwestorów, wzrost cen wskutek dopasowania poziomu cen do poziomu zachodnioeuropejskiego, upadek wartości spowodowany przez wpływy zachodnioeuropejskie (rozpad rodziny, nieograniczona moralność seksualna, itp.) (por. Holzer 2007: 102-104).

Do pozytywnych argumentów dotyczących wejścia Polski do UE zaliczano: przystąpienie Polski do grona zamożnych państw, nadzieja na szybkie poprawienie się standardu życia, perspektywa na lepiej wynagradzane zatrudnienie w państwach Europy zachodniej (por. Holzer 2007: 104).

Ze strony „starych” państw UE istniały kolejne zastrzeżenia wobec polskiego członkostwa w UE, które często miały źródło w przeciw-polskich stereotypach: strach przed zbyt szybkim wzrostem emigracji zarobkowej i w związku z tym grożącym spadkiem poziomu wynagrodzeń, podniesienie się stopy bezrobocia, zrujnowanie rynku pracy i przenoszenie miejsc pracy do „nowych” krajów członkowskich (por. Holzer 2007: 105) i obawa przed wzrostem przestępczości.

W dalszym ciągu przedstawiony zostaje polski nacjonalizm i jego wpływ na proces integracji europejskiej. Społeczeństwa krajów Europy środkowowschodniej i środkowo-południowej przez długi czas musiały obejść się bez narodowej tożsamości, którą miał zastąpić przez ZSRR narzucany internacjonalizm. Nowo powstały nacjonalizm w tych krajach jest wykorzystywany w celach samookreślenia i samostanowienia. Przy tym dochodzi do starcia się dwóch przeciwnych, pozornie nie dających się pogodzić, sposobów myślenia, które doprowadzają do sytuacji konfliktotwórczych:

Europeizacja:

Domaganie się wspólnego spełnienia narodowopństwowej suwerenności w poszczególnych zakresach. Droga do tego celu ma prowadzić przez UE.

Re-Nacjonalizacja:

Nieograniczona lojalność wobec własnego narodu przed wszystkimi innymi lojalnościami, więziami i wartościami (por. Frącz 2006: 9-11).

Konieczne trzeba rozróżniać pomiędzy nacjonalizmem zachodnio- i wschodnioeuropejskim. Nacjonalizmy wschodnioeuropejskie, są specyficznymi objawami, które polegają na specjalnych wschodnioeuropejskich warunkach (por. Frącz 2006: 12).

Zwrócenie uwagi na tą różnicę jest ważnym aspektem w procesie ogólnoeuropejskiej integracji. Tylko w ten sposób rozbieżne tendencje rozwojowe między Wschodem a Zachodem mogą zostać zniwelowane. Europa powinna dostrzec możliwość zjednania tych rozbiegłych sposobów myślenia w trwającym procesie integracyjnym, z jednej

strony przez utrzymanie narodowości, z drugiej przez wyeliminowanie destrukcyjnych cech nacjonalizmu (por. Frącz 2006: 12).

W trakcie utożsamiania własnej narodowości uwaga zwracana jest na to, co odróżnia ją od innych narodowości. W odróżnieniu do tego procesu, w ramie europejskiego kolektywu uwaga powinna zostać skierowana na międzynarodowe, europejskie wzajemności (por. Adamczyk / Gostmann 2007: 25).

Spółeczeństwa wschodnioeuropejskie są zarazem ukształtowane pasywnością spowodowaną długoletnią polityką wyobcowania i ubezwłasnowolnienia, stosowaną przez reżimy komunistyczne. Jedną z dalszych „resztek” tego czasu jest sposób dychotomicznego myślenia w polityce, który nakłania do polaryzacji pojęciami takimi jak „my” i „oni”. Czyli w sposób przypominający światopogląd oparty na przeciwstawianiu „przyjaciela” i „nieprzyjaciela”, jak było to też robione za czasów PRL, kiedy „wróg” bądź „nieprzyjaciel” był winiony za polityczne usterki i niedołęstwa systemu. W tym systemie myślenia za wyrazem „oni” kryły się nowe demokratyczne struktury władzy albo potencjalni wrogowie zewnątrzni (por. Frącz 2006: 35). W aktualnej polskiej polityce (zwłaszcza politycznej prawicy) ten oto światopogląd „przyjaciel-nieprzyjaciel” odgrywa nadal ważną rolę, jak wykazuje niniejsza praca.

Rozdział czwarty poświęcony jest charakteryzacji partii PiS i PO.

Partia PiS (Prawo i Sprawiedliwość) została założona w czerwcu 2001 roku. Tego czasu Lech Kaczyński był przewodniczącym partii a zarazem drugim w Polsce politykiem pod względem popularności (za Aleksandrem Kwaśniewskim), według sondaży opinii publicznej przeprowadzonych przez prowadzące w kraju instytuty. Tą wielką popularność Lech Kaczyński (od października 2005 r. Prezydent Polski) zawdzięczał swej przewodniczącej pozycji w ministerstwie sprawiedliwości, gdzie pracował nad środkami do zaostreżenia prawa karnego. Za pomocą tej popularności założył w 2001 r. partię PiS, którą prowadził do 2003 roku. Bezpośrednio po nim przewodnictwo partii przejął jego brat Jarosław Kaczyński (por. Adamczyk / Gostmann 2007: 67-68).

W 2005 r. miało miejsce największe „przesunięcie w prawo” w polityce europejskiej i zewnętrznej Polski postkomunistycznej (por. Münch 2007: 57).

Przy wyborach parlamentarnych, które miały miejsce 25 września 2005 r., PiS otrzymał najwyższy udział głosów (27 %) i stanowiąc 155 mandatami największą frakcję. Siódmego września 2007 r. Sejm został rozwiązany, w związku z czym zostały uzgodnione

nowe wybory, które miały odbyć się 21 października 2007 r. (por. Vetter 2008: 117-126).

Oficjalny wynik wyborów parlamentarnych 2007 wyglądał następująco: 41,51 proc. głosów otrzymała Platforma a PiS 32,11 proc., w przeliczeniu na liczbę mandatów, PO otrzymała 209, PiS natomiast 166 miejsc w Sejmie.

Pod polityczną przesłanką „Czwarta Rzeczpospolita – Sprawiedliwość dla wszystkich” politycy PiS rozumieją między innymi zaangażowanie się w wewnętrzne jak i zewnętrzne bezpieczeństwo kraju. Do najważniejszych interesów partii zalicza się wzmocnienie kultury narodowej, zapobieganie legalizacji eutanazji, lekkich narkotyków i homoseksualnych małżeństw i prawnie uregulowanych aborcji. PiS wypowiada się za bezpłatny dostęp do edukacji i usług medycznych i popiera ponowne wprowadzenie kary śmierci. W dalszym ciągu PiS domaga się odkrycia teczek założonych przez służby bezpieczeństwa PRL (lustracja) (por. Adamczyk / Gostmann 2007: 67-68).

Powyżej wymienione nastawienia do ważności państwa narodowego odgrywa się przede wszystkim w polityce zagranicznej PiS. Kaczyńscy obawiają się tego, że Polska mogłaby odgrywać coraz to mniej ważną rolę na scenie międzynarodowej (a zwłaszcza w UE), mogłaby zostać zlekceważona i niedoceniona a poza tym wykorzystana przez elity europejskie (a zwłaszcza przez RFN) jako środek do powiększenia ich władzy i wpływów. PiS wskazuje na brak europejskiej solidarności, szczególnie gdy chodzi o sprawy energetyczne. W związku z wydarzeniami rangi europejskiej Niemcy są przedstawiane jako państwo dominujące (por. Vetter 2008: 37-45).

Orientowanie się na UE stanowi dla PiS tylko „konieczność” a dalej sięgającej dynamice integracyjnej PiS się sprzeciwia (dotyczy to n.p. wprowadzenia wspólnej waluty). W przeciwieństwie do tego jest przekonana „państwem narodowym” (por. Münch 2007: 138-139).

W 2001 r. Donald Tusk, Andrzej Olechowski i Maciej Płażyński założyli partię PO (Platforma Obywatelska) (por. Vetter 2008: 103-111).

Przy ustaleniu nazwy partii założyciele Platformy Obywatelskiej świadomie uniknęli negatywnie „naładowanego” słowa „partia”. Retoryka antypartyjna zagwarantowała PO pierwszy sukces wyborczy jeszcze w roku założenia partii (por. Münch 2007: 66).

W 2003 r. po Macieju Płażyńskim przewodnictwo partii przejął Donald Tusk. W wyborach parlamentarnych w roku 2005 PO zajęła drugie miejsce (25 % głosów, 133 mandatów w Sejmie). Jednocześnie Donald Tusk przegrał jednak wybory prezydenckie (47 %

głosów), z których Lech Kaczyński wyszedł jako zwycięzca (53 % głosów) (por. Vetter 2008: 103-111).

Kolejne wybory parlamentarne w 2007 r. wygrała PO. Program partyjny PO charakteryzuje partię jako partię liberalną, która wypowiada się za silniejszą redukcją interwencji gospodarczych ze strony państwa, za redukcję biurokracji w dziedzinie przedsiębiorczej i za obniżeniem podatków. W odniesieniu do polityki europejskiej poziom europejski stanowi najważniejszy poziom dla europolitycznych rozwiązań. Polityka europejska jest widziana jako podstawa i szansa dla skutecznej polityki zagranicznej pojedynczych państw. Współpraca na poziomie europejskim jest rozważana jako sprawa konieczna i pożądana (por. Münch 2007: 68-73).

Członkostwo Polski w UE z punktu widzenia PO jest powiązane z zaletami takimi jak: oczekiwany wzrost poziomu życia i z tym powiązane dorównanie polskiej gospodarki do gospodarek zachodnioeuropejskich (por. Münch 2007: 73-79). Obok pozytywnych efektów gospodarczych PO w członkostwie widzi szansę na długotrwałe utrzymanie pokoju (por. Münch 2007: 95).

Dynamika integracyjna nie jest jednak oceniana wyłącznie pozytywnie, lecz także jako możliwe zagrożenie narodowej tożsamości, choć nie w takim wymiarze jak widzi to PiS (por. Münch 2007: 133).

Rozdział piąty przedstawia znaczenie, które stanowi prasa dla polityki i społeczeństwa, natomiast rozdział szósty w skrócie charakteryzuje polski świat prasy.

W siódmym rozdziale przedstawiona zostaje metoda zastosowana w tej pracy, wytłumaczone zostają najważniejsze pojęcia i omówione dwie istotne metody analizy dyskursów. Podstawę tej pracy stanowi „Kritische Diskursanalyse” (skrót: KDA), za pomocą której przeprowadzono analizę zagadnień z perspektywy lingwistycznej, ideologicznej, socjologicznej, społeczno- i językokrytycznej. Najważniejszymi przedstawicielami tej metody są holenderski językoznawca Teun van Dijk, austriacka lingwistka Ruth Wodak, brytyjski lingwista Norman Fairclough i niemiecki językoznawca Siegfried Jäger (por. Keller 2004: 26).

Celem przeprowadzonej analizy dyskursów wybranych artykułów z tygodników „Wprost” i „Polityki” było odsłonięcie intencji do manipulacji opinii społeczeństwa, konstytucji ogólnosłusznej prawdy i z tym powiązanego sprawowania władzy przez te dwa media. Zbadane dyskursy zostały przy tym sprecyzowane i skrytykowane.

W ósmym rozdziale przedstawiony zostaje okres czasu (od 1 lipca 2005 r. do 30 kwietnia 2008 r.), przedmiot analizy jak i dla analizy istotne pytania. Ten względnie długi przeciąg czasu, który obejmuje prawie trzy lata, został tak wybrany aby umożliwić przedstawienie wymownego wyniku przeprowadzonej analizy. Oprócz tego ten przedział czasu daje możliwość włączenia do analizy objęcia przez obie partie władzy (PiS 2005 r., PO 2007 r.) i przedtem przeprowadzonych wyborów parlamentarnych.

Następujące hipotezy były istotne dla niniejszej pracy:

1. PiS reprezentuje eurosceptyczne i -odmowne nastawienie.
2. PO reprezentuje eurosceptyczne ale -popierające nastawienie.
3. Zbadane media reprezentują różniące się europolityczne nastawienia.
4. Nastawienie europolityczne tygodnika „*Wprost*” jest powiązane z europolitycznym nastawieniem PiS.
5. Nastawienie europolityczne tygodnika „*Polityka*” jest powiązane z europolitycznym nastawieniem PO.
6. Nie tylko partie, lecz także media używają emocje europolityczne do wywierania wpływu na elektorat/społeczeństwo/czytelnictwo.

Obydwa polskie media, tygodniki „*Wprost*” i „*Polityka*”, zostały zbadane w ramach analizy empirycznej odnośnie do następujących zagadnień:

1. Jakie tematy są poruszane w odniesieniu do „Europy”?
2. Jakie nastawienie do „Europy” przekazuje poszczególny tygodnik?
3. Czy poszczególne tygodniki orientują się na partiach politycznych?
 - W jaki sposób ukazuje się ich orientacja?
4. W jaki sposób są przedstawiane partie PiS i PO?
5. Jakie emocje w odniesieniu do „Europy” wzbudza poszczególny tygodnik?
 - W jaki sposób argumentuje brany pod uwagę tygodnik w odniesieniu do tych emocji?
 - Czy emocje są instrumentalizowane, i w jaki sposób?
6. Jakie różnice istnieją między obydwoma tygodnikami? Przy tym szukano różnic dotyczących:
 - poruszonych tematów i ich częstotliwości pojawiania się

- instrumentalizacji emocji w sensie prowadzenia argumentacji
- politycznej orientacji obu mediów

Korpus artykułów zbadanych tygodników został zestawiony za pomocą archiwów internetowych. Archiwa zostały przeszukane na hasła „Europa” i „UE” w przeciągu czasu od 1 lipca 2005 do 30 kwietnia 2008. Znaleziono zostały liczne pozycje, co wymagało ponownego przeglądu i sprawdzenia materiału. Aby dotrzeć do istotnego dla niniejszej pracy korpusu artykułów, artykuły musiały zostać przeczytane i zbadane w odniesieniu do powyżej ustalonych zagadnień. Dla tygodnika „*Wprost*” w ten sposób został utrzymany korpus, składający się z 49 artykułów, dla tygodnika „*Polityka*”, składający się z 38 artykułów. Obydwa korpusy artykułów składały się prawie wyłącznie z raportów, w których można było czasami odnaleźć również cechy komentarzu.

Poza tym w rozdziale ósmym zostają scharakteryzowane obydwie tygodniki:

Tygodnik „*Wprost*” wydawany jest przez Agencję Wydawniczo-Reklamową „*Wprost*” sp.z.o.o. „*Wprost*” jest polskim tygodnikiem, który ukazuje się od 5 grudnia 1982 r. Siedziba tygodnika „*Wprost*” znajdowała się najpierw w Poznaniu, od listopada 2000 r. znajduje się w Warszawie. Redaktorem naczelnym „*Wprost*” od 2007 r. jest Stanisław Janecki, wydawcą tygodnika jest Marek Król. Tygodnik „*Wprost*” ma profil prawicowo-konserwatywny, co potwierdziły też wyniki przeprowadzonej analizy. Orientacja na prawicy oddziaływa na nastawienie tygodnika, co się też odzwierciadla między innymi n.p. w niemiecko-krytycznych artykułach.

„*Polityka*” jest wydawana przez POLITYKA Spółdzielnia Pracy. „*Polityka*” jest również tygodnikiem politycznym, który ukazuje się od 1957 r. Pierwsze wydanie ukazało się z datą 27 lutego – 5 marca 1957 r. (por. Urban 2003: 115). W 2006 r. „*Polityka*” awansowała do najczęściej sprzedawanego magazynu informacyjnego. Redaktorem naczelnym od 1994 r. jest Jerzy Baczyński. Tygodnik ma profil intelektualny, socjo-liberalny. „*Polityka*” przywiązuje wagę do zdystansowanych analiz.

Najważniejszą częścią rozdziału ósmego są jednak wyniki przeprowadzonej analizy. Po każdej analizie i interpretacji fragmentów artykułów, następuje udowodnienie odpowiednimi fragmentami artykułów z „*Wprost*” i „*Polityki*”. Analiza i interpretacja została przeprowadzona jednocześnie, gdy osobna interpretacja mogłaby doprowadzić do ztratny kontekstu.

Interpretacja artykułów stanowiła właściwą analizę. Fakty, które ukazały się w ciągu prac przygotowawczych, w fazie interpretacji muszą być widziane w związku do nich. Nie tylko to co mieli na myśli autorzy stało w centrum uwagi, lecz także oddziaływanie tekstu na czytelnictwo. Oddziaływanie tekstu na odbiorcę jest efektem indywidualnym. Dlatego też interpretacja analityka nie musi się przymusowo pokrywać całkowicie z interpretacją innej osoby. Pojedyncze fragmenty artykułów muszą być widziane jako część całego dyskursu (por. Jäger 2004: 184-185).

Następująco przedstawione i porównane zostają wyniki analizy. Poruszone tematy polityki zagranicznej obu tygodników są do siebie podobne.

Jakościowo tygodnik „*Wprost*” oferuje więcej artykułów dotyczących tematów europolitycznych. Jednak w przeciwieństwie do tego artykuły europolityczne w tygodniku „*Polityka*” są dłuższe i bardziej informatywne. Podstawa argumentacji „*Wprost*” ogranicza się prawie wyłącznie do sensacji. Schemat „przekonania” czytelnictwa w artykułach tygodnika „*Wprost*” jest w zasadzie zawsze ten sam: nawiązanie do aktualnej wiedzy i emocji czytelnika, nasilenie emocji za pomocą „elementów sensacji” (Niemcy jako „wróg”, Rosja jako „wróg”, strata wartości moralnych w UE, itp.) i ostatecznie wywieranie wpływu/nasilenie opinii czytelnika (jeśli to możliwe). Ewidentnie emocje w polityce europejskiej są celowo używane do wywierania wpływu na opinię czytelnictwa. „*Polityka*” nie korzysta z „elementów sensacyjnych”. Nie daje się też zauważyć podobnie ścisły schemat jak w wypadku „*Wprost*”. Często artykuły zaczynają się prezentacją informacji na temat poszczególnych wydarzeń lub problematyk, temu następuje krytyczne naświetlenie przedstawionych wydarzeń i problematyk, które ma nakłonić czytelnika do samodzielnego zastanowienia się i do ukształtowania własnej opinii na dany temat. W przeciwieństwie do „*Wprost*” w przypadku tygodnika „*Polityka*” nie ma mowy o „wywieraniu wpływu” na opinię czytelnika w sensie negatywnym lub o instrumentalizacji emocji w zakresie polityki europejskiej.

W odniesieniu do środków retorycznych, w wypadku tygodnika „*Wprost*” ogólnie zauważyć można było tendencję do używania słów i frazeologii negatywnych i populistycznych, w których odkryć można podobności do retoryki Kaczyńskich. W artykułach tygodnika „*Polityka*” na takie elementy napotkać można było raczej rzadko, n.p. w celowych odniesieniach do wypowiedzi tygodnika „*Wprost*” lub partii PiS.

Z przeprowadzonej analizy i interpretacji artykułów wywnioskować można, że obydwa media reprezentują różniące się od siebie nastawienia do polityki europejskiej. „*Wprost*” określić można jako tygodnik eurosceptyczny i -odmowny, „*Politykę*” jako eurokrytyczny ale -popierający.

Eurosceptyczne i -odmowne nastawienie tygodnika „*Wprost*” kryje się z odpowiednim nastawieniem PiS. Eurokrytyczne ale -popierające nastawienie tygodnika „*Polityka*” kryje się częściowo z odpowiednim nastawieniem PO, jednak w żadnym wypadku z nastawieniem PiS. Krytyka partii w artykułach tygodnikach „*Wprost*” wypada na korzyść PiS, PO natomiast często jest mocno krytykowana. Tygodnik „*Polityka*” krytykuje zarówno PiS jak i PO, głosy krytyki kierują się jednak bardziej przeciw PiS.

11. Bibliographie

11. 1. Primärquellen

Internet-Archive der „*Wprost*“ und der „*Polityka*“ vom 1. Juli 2005 bis 30. April 2008:

<http://www.wprost.pl/archiwum/>

<http://www.polityka.pl/archive/do/registry/articleSearch>

11. 2. Sekundärquellen

ADAMCZYK, Grzegorz / GOSTMANN, Peter (2007): Polen zwischen Nation und Europa. Zur Konstruktion kollektiver Identität im polnischen Parlament. Wiesbaden.

BACHMANN, Klaus: Die List der Vernunft. Populismus und Modernisierung in Polen. In: *osteuropa*. 56. 11-12/2006, S. 13-31.

BAJKA, Zbigniew: Rynek Mediów w Polsce. In: BAUER, Zbigniew (Hrsg.) / CHUDZIŃSKI, Edward (Hrsg.) (2004): *DZIENNIKARSTWO I ŚWIAT MEDIÓW*. Kraków.

BEVC, Tobias (2007): Politische Theorie. Konstanz.

BODEN, Martina (1998): *Chronik Handbuch Europa*. Gütersloh/München.

BRINKER, Klaus (2001): *Linguistische Textanalyse. Eine Einführung in Grundbegriffe und Methoden*. Berlin.

BURGER, Harald (1990): *Sprache der Massenmedien*. Berlin / New York.

BURGER, Harald (2005): *Mediensprache. Eine Einführung in Sprache und Kommunikationsformen der Massenmedien*. Berlin / New York.

DIAZ-BONE, Rainer: Die interpretative Analytik als methodologische Position. In: KERCHNER, Brigitte / SCHNEIDER, Silke (Hrsg.) (2006): Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung. Wiesbaden.

FAIRCLOUGH, Norman (1995): Critical discourse analysis: the critical study of language. London.

FELBER, Christian: Unser Europa. In: ATTAC (Hrsg.) (2006): Das kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen. Wien. 299-314.

FRĄCZ, Stanisław (2006): Im Spannungsfeld von Nationalismus und Integration. Zur Komplexität des Transformationsprozesses der postkommunistischen Gesellschaften unter den osteuropäischen Gegebenheiten. Bonn.

GRAF, Wilfried: Militärische Supermacht oder Friedensordnung. In: ATTAC (Hrsg.) (2006): Das kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen. Wien. 254-268.

HEINZE, Thomas (1992): Qualitative Sozialforschung. Erfahrungen, Probleme und Perspektiven. Opladen.

HOLZER, Jerzy (2007): Polen und Europa. Land, Geschichte, Identität. Bonn.

HUHNKE, Brigitta (1996): Macht, Medien und Geschlecht. Eine Fallstudie zur Berichterstattungspraxis der dpa, der taz sowie der Wochenzeitungen Die Zeit und Der Spiegel von 1980-1995. Opladen.

JAWORSKI, Rudolf / LÜBKE, Christian / MÜLLER, Michael G. (2000): Eine kleine Geschichte Polens. Frankfurt am Main.

JÄGER, Margarete / JÄGER, Siegfried (2007): Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden.

JÄGER, Siegfried (2004): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster.

HUTERER, Andrea: Kampf der Rechten und Gerechten. Die politische Rhetorik der Kaczyńskis. In: osteuropa. 56. 11-12/2006, S. 53-67.

KELLER, Reiner (2004): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Opladen.

LOEW, Peter-Oliver: Feinde, überall Feinde. Psychogramm eines Problems in Polen. In: osteuropa. 56. 11-12/2006, S. 33-51.

McNAIR, Brian (1995): An introduction to political communication. London / New York.

MÜNCH, Holger (2007): Leitbilder und Grundverständnisse der polnischen Europapolitik. Wiesbaden.

PAWLAS-CZYŻ, Sabina (2008): Aktorzy życia politycznego w świetle opinii dziennikarzy. Jacy są, a jacy powinni być. Dziennikarze o politykach. Kraków.

SOWINSKI, Bernhard (1983): Textlinguistik. Eine Einführung. Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz.

STANISZKIS, Jadwiga: Revolutionäre Eliten, pragmatische Massen. Der Pyrrhussieg der polnischen Populisten. In: osteuropa. 56. 11-12/2006, S. 7-12.

STARITZ, Cornelia / ZIEGLER, Petra: Die letzte Stufe des Standortwettbewerbs. In: ATTAC (Hrsg.) (2006): Das kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen. Wien. 105-117.

URBAN, Thomas (2003): Polen. München.

VETTER, Reinhold (2008): Wohin steuert Polen? Das schwierige Erbe der Kaczyńskis. Berlin.

WINTER, Thomas (2003): Medien in Polen – Die polnische Medienlandschaft nach 1989. Seminararbeit. Norderstedt.

11. 3. Nachschlagewerke

Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Hrsg.: FUCHS, Dieter / ROLLER, Edeltraud. 2007. Stuttgart.

Nowy Słownik języka polskiego. Hrsg.: SOBOL, Elżbieta. 2002. Warszawa.

Lebenslauf

Evelyne Elisabeth Kolnberger

11. April 1983	Geboren in Gmunden, OÖ als Tochter von Ursula und Erwin Kolnberger
1989 – 1993	Volksschule, Roitham (OÖ)
1993 – 1997	Hauptschule Nord, Laakirchen (OÖ)
1997 – 2002	Bundeshandelsakademie, Gmunden (OÖ)
2002 – 2003	Tätigkeit als Bankangestellte
2003 – 2008	Universität Wien Studium der Slawistik Polnisch Studium der Slawistik Russisch (1. Abschnitt)

Wien, im November 2008